

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboonementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleitzahl Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk. für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Versandgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schönlaut.

Inserate werden die 5 gelostenen Zeitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftssait 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrafenadresse: Volkszeitung Leipzig.

Der schwedisch-norwegische Konflikt.

Leipzig, 16. Dezember.

Am vergangenen Sonnabend hat der König von Schweden, der zugleich König von Norwegen ist, sich dorthin entschlossen, daß er die Beschlußfassung des norwegischen Storthing über das sogenannte Flaggengesetz nicht sanktioniert hat. Trotzdem wird aber der Beschuß des Storthing gemäß den Bestimmungen des norwegischen Grundgesetzes als Gesetz bekannt gegeben, und der königliche Erlass hierüber ist bereits ausgefertigt.

Das ist die neueste Phase im Unionsstreit zwischen Schweden und Norwegen, der nun schon lange Jahre, zum Teil mit heftiger Erbitterung, gekämpft worden ist.

Der Entschluß des Königs zeigt, daß die Verhältnisse sich wieder einmal sehr zugespielt haben. Denn seit dem Bestehen der Union (1814) geschieht es nun zum erstenmal, daß in Norwegen ein Gesetz in Kraft tritt, das vom Könige nicht sanktioniert ist.

Das norwegische Grundgesetz bestimmt, daß Gesetzesvorschläge, die das Storthing dreimal hintereinander bei zwei dazwischen liegenden Neuwahlen annimmt, Gesetz werden, selbst wenn der König seine Sanktion verzögert. Während der Regierung des jetzigen Königs ist zweimal Anlaß gewesen, sich des betreffenden Paragraphen des Grundgesetzes zu erinnern: 1882, als ein Gesetz über die Veräußerung der zu den Pfarrhöfen gehörigen Ländereien, und 1884, als ein Gesetz über die Auflistung der Kirchspielbürgte zum drittenmal angenommen wurde, nachdem der König zweimal sein Veto eingelegt hatte. In beiden Fällen hat schließlich der König nachgegeben und die Sanktion erteilt; vernünftigerweise, da es ja nach dem klaren Wortlaut des Grundgesetzes ganz gleichgültig war, ob er die Sanktion gab oder nicht.

Wenn nun jetzt beim Flaggengesetz der König von der bisherigen Praxis abweicht, so muß einmal in Betracht gezogen werden, daß das bereits 1893 und 1896 und nun zum drittenmal am 11. November angenommene Flaggengesetz für die Union eine ganz andere Bedeutung hat, als die beiden genannten Gesetze, andererseits, daß sich in letzter Zeit wieder in Stockholm eine Nervosität gegenüber dem „Brudervolk“ geltend gemacht hat, die schärferes Auseinanderstreiten verlangt.

Durch das Flaggengesetz wird im wesentlichen die Bestimmung aufgehoben, daß norwegische Handelschiffe, um in einem ausländischen Hafen „Sauz und Weiß“ von Sr. Majestät Gesandtschaften und Handelsagenten“ zu er-

halten, die Flagge mit dem Unionszeichen führen müssen. Wenn ein Jahr nach Veröffentlichung des Gesetzes im Fleischsanzeiger verlossen sein wird, werden also die norwegischen Kaufahrtschiffe unter der „reinen“ norwegischen Flagge ohne den „schwedischen Salat“ in die Welt hinaussegeln und unter dieser Flagge denselben Schutz genießen, wie jetzt, wo die Handelsflagge mit einem Abzeichen versehen ist, das die Union mit Schweden anzeigen.

Nun besteht kein Zweifel, daß die Norweger zu ihrer Forderung einer reinen Flagge berechtigt sind. Denn Norwegen ist und war immer ein freies, selbständiges Königreich, wie es im ersten Paragraphen des Grundgesetzes von 1814 heißt: „Das Königreich Norwegen ist ein freies, selbständiges, unteilbares und unablässliches Reich, mit Schweden vereint unter einem König.“ Dieser Paragraph ist auch in die Unionsakte von 1815 wörtlich hinübergenommen.

Norwegens Souveränität kann also, wie Fredrik Mansen fürsichtig in einem Artikel der Times, der ausländische Leser über den Unionsstreit orientieren soll, ausgeführt hat, auf keinen Fall bestritten werden. Im Jahre 1814 willigte Norwegen in die Union mit Schweden auf der Grundlage ein, daß beide Länder völlig gleichgestellt sein sollten. Erst als man sich über die Union geeinigt und im Grundgesetz die notwendigen Veränderungen vorgenommen waren, wählte Norwegen freiwillig den König von Schweden zum Könige von Norwegen. Das einzige, was die beiden Länder gemeinsam haben, ist der eine König mit dem gemeinsamen Recht, für beide Länder Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Die Union kann also bezeichnet werden als eine souveränen Staaten zufriedenstellende Ordnung der Dinge anzustreben. Darin sind alle Parteien in Norwegen wie in Schweden einig, aber über die Art, wie Ordnung geschaffen werden soll, sind die Meinungen in beiden Ländern sehr verschieden, und es ist eine beispielswerte Thatsache, daß von schwedischer Seite noch kein Vorschlag gemacht worden ist, den auch nur eine der politischen Parteien in Norwegen hätte annehmen können.

Nachdem dies geschehen war, wurde es natürlich für Norwegen eine unabsehbare Notwendigkeit, hinsichtlich der norwegischen auswärtigen Angelegenheiten eine für einen souveränen Staat zufriedenstellende Ordnung der Dinge anzustreben. Darin sind alle Parteien in Norwegen wie in Schweden einig, aber über die Art, wie Ordnung geschaffen werden soll, sind die Meinungen in beiden Ländern sehr verschieden, und es ist eine beispielswerte Thatsache, daß von schwedischer Seite noch kein Vorschlag gemacht worden ist, den auch nur eine der politischen Parteien in Norwegen hätte annehmen können.

Der Streit zwischen den beiden Bundesbüllern ist nun in der Hauptfrage der Frage nach Ordnung der auswärtigen Angelegenheiten entsprungen. Alles, was sonst noch an wesentlichen Zwistigkeiten existiert, gruppirt sich um und gliedert sich an diese Frage, die niemals zufriedenstellend gelöst worden ist, seitdem die Union gestiftet wurde.

Die Darstellung, die Mansen in dem genannten Artikel gegeben hat, ist von den Radikalen wie von den Konserventiven übereinstimmend als korrekt anerkannt worden, und es ist daher am besten, seine Auseinandersetzungen wörtlich wiederzugeben.

Seit 1814 sind nach vorläufiger Ordnung die aus-

wärtigen Angelegenheiten in der Regel für beide Länder von dem schwedischen Minister besorgt worden. Dies war aber vor 1885 für die Gefühle der Norweger nicht so verleyzend, da vor dieser Zeit die auswärtigen Angelegenheiten nach der norwegischen wie der schwedischen Verfassung als wesentlich unter die persönliche Leitung des gemeinsamen Souveräns gehörig zu betrachten waren. Vor 1885 hatte die schwedische Verfassung eine Bestimmung (§ 11), daß der König die auswärtigen Angelegenheiten so vorbereiten konnte, wie er es am dienlichsten fand, und es gab zum Beispiel kein Gesetz, das ihm verbot, einen norwegischen Minister die norwegischen auswärtigen Angelegenheiten allein behandeln zu lassen, wie das auch wirklich geschehen ist.

Im Jahre 1885 nahm aber Schweden eine Änderung des § 11 vor, wodurch dieses Prerogativ des Königs wesentlich verändert wurde. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und der Kabinettsrat, in dem diese Angelegenheiten erledigt werden, wurde nun in Schweden der vollen konstitutionellen Verantwortlichkeit unterworfen, und sie wurden insgesamt abhängig vom schwedischen Parlament (Reichstag) als bisher. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wurde auf diese Weise in bedeutender Ausdehnung dem gemeinsamen Souverän entzogen und ganz einem ausschließlich schwedischen Minister übertragen, der nur in Schweden verantwortlich und von dem schwedischen Reichstag abhängig ist.

Nachdem dies geschehen war, wurde es natürlich für Norwegen eine unabsehbare Notwendigkeit, hinsichtlich der norwegischen auswärtigen Angelegenheiten eine für einen souveränen Staat zufriedenstellende Ordnung der Dinge anzustreben. Darin sind alle Parteien in Norwegen wie in Schweden einig, aber über die Art, wie Ordnung geschaffen werden soll, sind die Meinungen in beiden Ländern sehr verschieden, und es ist eine beispielswerte Thatsache, daß von schwedischer Seite noch kein Vorschlag gemacht worden ist, den auch nur eine der politischen Parteien in Norwegen hätte annehmen können.

Soweit die Mansen'sche Darstellung des Sachverhalts. Es muß einerseits noch hervorgehoben werden, daß sich das schwedische Parlament im Jahre 1885 vollauf bewußt war, daß es mit der Verfassungsänderung die Norweger vor den Kopf stöhnen würde. Ein von liberaler Seite eingebrachter Antrag, dem norwegischen Storthing zu gewähren, was dem schwedischen Reichstag billig schien, wurde abgelehnt und die schwedische Einbildung, daß Schweden in der Union die Vorherrschaft habe, gestärkt. Auf der anderen Seite nun hat die Verlegung des norwegischen Selbstgefühls dazu

Seuilletoil.

Madden verboten.

Ein Fest auf Haderslevhus.

Novelle von Theodor Storm.

Nolf fühlte noch, wie ihm der Atem derzeit bei diesen Wörtern freil geworden, wie lind die Nachlust durch sein Haar gestrichen, da er sie später und vergebens ihr entgegentrug. — Leis und in Quasen rief er ihren Namen.

Es dunkelte mehr und mehr, und der Ritter war aufgestanden, um in die Burg zurückzugehen; da drang ein drehender Ton vom Außenhof herein, das schon geschlossen war; dort hingen Schaltasel und Hammer in Ketten an dem Pfosten, es hatte jemand angeschlagen, um Einlaß zu begehrn. Dann knarrte das größere Thor, und bald schritt aus der Einfahrt einer der Wächter über den Hof und meldete: „Ein Votan vom Schloßhauptmann zu Haderslevhus!“

„So spät?“ Nolf Lembeck war es, als habe er unsichtbar einen Schlag erhalten. „Läßt ihn hierher kommen!“

Es ritt dann einer in den Hof, und als er näher kam, erkannte der Ritter bei dem Mondchein, das über den Seitenbau hereinschien, daß er bunt und lustig gekleidet war; von der Achsel hing ihm ein Schrot Seidengeschür, auch solche Feder von der Haubenskappe. Als er aber schwerfällig von seinem weißen Pferde gestiegen und, das Tier dem Rüchte übergebend, mit entblößtem Haupte vor den Ritter getreten war, sah dieser, daß es ein alter Mann sei, dessen weißer Schnabelbart über einem zahnlosen Mund hing.

Der verneigte sich und begann eine lange, kaum verständliche Ansprache; doch der Ritter fiel ihm in die rede: „Ich hab' keine Lust am Ueberflüssigen; mach es Dir bequem, sag's kurz, was Dein Herr von mir begehr!“ Mir klang's, als sollt' Du mich gar zur Hochzeit laden?“

„Ihr habet recht gehabt, Herr Ritter,“ sprach der Votan;

„ich aber dank' Euch für den Nichtsteig.“

„Zur Hochzeit?“ sang Nolf Lembeck sinnend. „Man pflegt sonst solche Ladung am hellen Morgen zu bestellen!“

„Verzeihet, Herr! Ich bin nur der älteste der Rüchte und bin geritten, wie der Herr mich ausgejagt.“

„So sprich denn, wessen Hochzeit gilt es? Will Euer Herr der Witwerschaft Valet geben?“

Da schien der Votan sich mühsam aufzuraffen, und erst nach einer Weile sprach er: „Die Jungfrau Dagmar, des Herrn letztes Kind ist es, zu deren Festtag ich Eure Gegenwart erbitten soll.“

Der Ritter schwieg, in seinem Hirn erstickte er den Schrei: „Du läugst!“ Nur sein Antlitz wurde braun und wieder blau; aber der Votan sah es nicht, denn der Ritter sah im Lindenbachten. Mit trockener Stimme sprach er endlich: „So sag' mir, wie heißt der Mann, dem solch Glück gefallen ist?“

„Herr,“ erwiderte der alte, „ein schneller Freier ist es gewesen! Ich sah ihn nicht, und ward sein Name mir nicht genannt; doch soll er weit in der Welt bekannt sein. Es fehlt an ritterbürt'gen Zeugen; drum wollet der Jungfrau die erbetene Ehre annehmen! Wenn Ihr mit Mondesausgang kommt, wird es recht sein!“

Wieder schwieg der Ritter, und der Votan stand horrend vor ihm. Einzelne Schritte mit trübem Hornleuchten gingen über den Hof, und wenn im Flügel die Thür nach der Geinde stieß, flog ein Lichtschein durch die Mauer-

scharten; im Brunnens füllten die Tropfen von dem Eimer tönend in die Tiefe. Da kam ein junger Schritt vorüber. „Gehet, bist Du es?“ rief der Ritter.

— „Ich bin es, Herr!“

„So nimm den Boten mit Dir und laß ihm guten Trunk geben!“

„Und was für Kunde,“ fragte dieser, „bring ich meinem Herrn?“

„Geh' nur! Wo Jungfrau Dagmar hochzeitet, darf ich nicht fehlen!“

Sie gingen, und der Ritter sah wieder auf der Lindenbank. Vergebens bohrte sein Verstand an diesen Rüthen; aber in seinem Inneren lochte es vor Weh und Grimm.

Am nächsten Tage, da schon die Abendschatten fielen, stand in einem Burggemache Gaspard der Rabe vor seinem Herrn; die Augen des klugen Gesichts blickten fast er müd. „Du siehst übel aus; was ist Dir?“ sprach der Ritter, der mit aufgestütztem Arm am Tische saß.

„Herr, für uns ist üble Zeit,“ erwiderte der Schreiber und sah dem anderen in die verwachsenen hohlen Augen.

„Wenn Ihr's erlaubt, Ihr gleicht selber kaum einem Hochzeitsgäst!“

Ein schweres Atmen war die einzige Antwort. „Herr!“ rief Gaspard plötzlich, „gehet nicht wohin man Euch geladen hat!“

Wie abwesend sah ihn der Ritter an: „Meinst Du? Weshalb nicht, Gaspard?“

„Verzeihet, wenn ich von Euren lebten Tagen mehr weiß, als Ihr denkt“ — und Gaspard ließ den Kopf auf die Seite sinken — „Ihr seid doch unzählig in Eurem Herzen! Herz, trauet nicht den Dänen!“

gesetzt, daß die Norweger von einer Unionsverdroßheit befallen würden, die manchmal sehr scharfen Ausdruck fand. So sah der Dichter Björnson, der sich stark an den politischen Kämpfen beteiligt hat, die Stimmung in den Zeilen zusammen: "Den Bund, in dem wir jetzt verderben, Den lassen und verfluchen wir." Diese Stimmung ist wohl zu begreifen, wenn man bedenkt, daß auf schwedischer Seite in der auswärtigen Politik Neigungen hervorgebracht sind, die den norwegischen Interessen zuwiderlaufen. Es ist gesichtlich begreiflich, daß in Schweden, das Finnland verloren hat, russenfeindliche Stimmen laut werden. In Norwegen aber, das nicht dieselbe Geschichte wie Schweden hinter sich hat, fehlt für alle diese russenfeindlichen Stimmungen, die erst vor kurzem wieder sich recht bemerkbar gemacht haben, das Verständnis, und es ist begreiflich, daß Norwegen, das an der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nicht denselben Anteil hat, wie Schweden, verdroßt wird und befürchtet, daß die schwedische Politik es in Gefahren hineinziehen kann, die es nichts angehen.

Wenn nun jetzt der König dem Flaggegez das Sanktion versagt, nachdem das schwedische Kabinett es einstellig angeschlagen hat, so wird damit nur Del ins Feuer gegossen. Das Gesetz hat doch, trotzdem es vom König nicht sanktioniert wird, Bestand und muß nun dem Auswärtigen Amt in Stockholm übermittelt und durch dieses an die ausländischen Regierungen notifiziert werden. Es fragt sich nun, ob der schwedische Minister, Graf Douglas, der eine ultraschwedische Stellung eingenommen und durch sein Auftreten den Streit unntig verschärft hat, dies ausführen wird. Bei einer Weigerung des Ministers kann der Konflikt keinen Höhepunkt erreichen, die Frage der selbständigen Ordnung der auswärtigen Angelegenheiten wird brennender denn je, und es kann beweist werden, daß das Band, das Norwegen mit Schweden verknüpft, stark genug ist, um die fortwährenden Kämpfe auszuhalten, die bei der Verschiedenheit der Interessen beider Länder kein Ende nehmen zu wollen scheinen.

Politische Übersicht.

Die preußische Volksschule
ist auch ein „staatlicher Musterbetrieb“. Nach den amtlichen Ergebnissen vom 27. Juni 1896 steht es fest, daß für 92001 Schulklassen nur 78431 Klassenzimmer vorhanden waren. Es haben somit 13 570 Klassenzimmer, d. h. ungefähr 15 Prozent, überschritten.

Die ostelbischen Jägerbezirke marschieren natürlich an der Spitze, wo es sich um Verbesserung, Vereinfachung, Verbilligung der Volksschule handelt. Das platt Land im Osten hat die abscheulichsten Wohnungsverhältnisse auch für die Volksschulen.

Am günstigsten steht es in Berlin, wo auf 3583 Schulklassen 3543 Klassenzimmer kommen, und in Schleswig-Holstein mit 3945 Schulklassen und 3886 Klassenzimmern. Dann folgen die Rheinlande mit 13788 Schulklassen und 12914 Klassenzimmern. Auf annähernd gleich hoher Stufe befinden sich Hessen-Nassau, Sachsen, Westfalen, Hannover. Die Provinz Brandenburg steht schon viel tiefer, hier kommen auf 8108 Schulklassen nur noch 6659 Klassenzimmer. Wie steht es im rechten Ostelbien? Die Provinz Polen hat 5786 Schulklassen und 4149 Klassenzimmer, und am schlimmsten ist es in dieser Beziehung um Schlesien bestellt. Hier zählt man 9954 Klassenzimmer auf 13548 Schulklassen. In Pommern kommen auf 5011 Schulklassen 4865 Klassenzimmer. Das heißt, die Räume sind so überfüllt, daß Geist und Körper der Schulkinder auf das schwerste benachteiligt werden.

Selbst bei der ungemein hohen Normalziffer von 80 bzw. 70 Kindern für eine Schullasse ergibt sich, daß noch im Jahre 1896 in Preußen 1390525 Kinder in Klassen unterrichtet wurden, deren jede über diese als „normal“ angesehene Ziffer hinaus mit Schulkindern vollgestopft war! Von diesen überfüllten Klassen entfiel der weitaus größte Teil auf das platt Land.

Nicht minder schlimm als die Wohnungsknot ist die Lehrerkrise in der preußischen Volksschule, denn es fehlen zum ordnungsgemäßen Unterrichtsbetrieb nicht mehr und nicht weniger als 20 000 Lehrkräfte.

Die Volksverdummung ist das Ideal des Junkerstaats.

"Du weißt, mich hat kein Däne geladen!"

— "Er ist des Königs Mann."

Tonlos erwiderte der Ritter: "So sprich, wenn Du Unholdes von ihm wahrgenommen hast!"

"Herr!" sprach Gaspard und legte die Hand auf seine schmale Brust; „soweit unsere Herrin nicht meinen Dienst begeht, der er vorab gehörte, sind Kopf und Hand die Euren! Ich bin noch in der Nacht dem Boten nachgegangen und habe bis zum Morgenrot die Burg umjählig, dann noch von vormittag bis mittag: es ist, als sei sie zugeschaut; kein Thor, kein Schlupfschlüssel hat sich aufgethan; ich hab' nichts wahrgenommen. Doch — was soll Euch die Hochzeit? — Der Schloßhauptmann wird einen dänischen Junker sich geholt haben und mit dem das arme Kind zusammenschließen lassen. Euch aber wird man aus den Hochzeitsbedenken hohn und Weh zu trinken geben! Wer weiß, Ihr trinket wohl den Tod daraus! Bleibt, geht nicht, lieber Herr!"

Er wollte ihm zu Füßen fallen; aber Nolf ergriff ihn bei den Schultern und sah mit blitzenden Augen in die seinen: "Du Du es ehrlich meinst, so hör mich, Gaspard!" Er schrie es, daß es in dem weiten Raum von den Wänden hallte: "Und wenn auch in den Tod, ich muß! Dies Kind hat mir die Seele ausgetrunken!"

"Auf mir den Junker!" fuhr er nach einer Weile fort. "Er soll mein schwarzes Gewand bringen; das ziemt mir bei dieser Hochzeit! Und auch — mein allerhärfstes Schwert!

— Ihr beide, wenn's Euch gefällt, dürft mich begleiten!"

Um ein paar Stunden später ritten sie dahin, und schon trabten die Pferde in dem Sandweg und im Schutz des dunklen Waldes. Ein leichter Wind hatte sich aufgemacht, und Wölfe zogen über den Mond; über ihnen tauchte es in den Wipfeln. Nolf Lembeck, der voranritt,

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 15. Dezember. Zwei Stunden lang sprach heute Bebel mit dem ganzen Feuer, das seine Redeflame weit heraushebt aus der üblichen parlamentarischen Mittelmäßigkeit. Und wenn seine Worte nicht ganz so einschlagen, wie sonst, so liegt die Schuld nicht an ihm. Über diesem Haufe schwelte während der ganzen Etatdebatte eine Nüchternheit, die den besten Redner ohne Rezonanzboden läßt. Dazu kam noch eins: daß was sonst immer die größte Aufregung verursacht — die Militaria (Soldatenumshandlungen u. a.) hatte Bebel diesmal angesichts der nahen Beratung der neuen Militärvorlage freiwillig ausgeschieden. Und das, was er sonst zu behandeln hatte, Ausweisungen, bedrohte Koalitionsfreiheit, Palästina-Gesetz u. dergl., war wirklich bereits dermaßen im Laufe der ganzen Debatte ausgeschlagten, daß selbst Bebel keine wesentlich neue Note hinzufügen konnte.

Das eigentliche „Ereignis“ des heutigen letzten Tages der Budgetberatung war die Rede des Abg. Lieber. Man braucht wirtschaftlich nicht erst den Geist des fiktiven Windhorst zu citieren, um diese Leistung des Centrumsführers als die demütige Bezeugung des vollständigen Umfalles der früheren Reichsfeinde zu charakterisieren. Daß das Centrum in Sachen Militär und Marine vollständig gesäßige Regierungspartei geworden ist — das ist seit der Marinenvorlage von seiner Seite mehr bestritten. Zwar verucht Herr Lieber immer noch, den Naiven zu spielen. Er erklärt heute mit großer Emphase, daß an einen neuen Flottengründungsplan, von dem unser Genosse Bebel gesprochen hatte, nach den authentischen Erklärungen des Herrn Staatssekretärs ist das Reichsmarineamt nicht zu denken sei. Bei diesen Worten sah Herr v. Goßler seinen Kollegen Herrn Tippig vielfach lächelnd an, und dieser in seiner seemannischen Unschlüssigkeit lachte sogar ziemlich vernehmlich: was aber Herr Lieber in seiner nunmehrlich würdevollen Art vollständig überzog.

Herr Lieber erklärte ferner, daß der Tadel ausländischer Katholiken, ja des offiziellen katholischen Organs, des Civitas catholica, ihm gar nichts angehe, daß er voll und ganz sich als Deutscher fühle und nur den einen brennenden Wunsch habe, auch von der Regierung nach Verdienst gewürdig zu werden.

Aus der Ausweisungspraxis.

Aus der Praxis der Ausweisungsmahnmahmen in Nord-Schleswig teilt Niemanns Bureau in Kopenhagen folgende weiteren Beispiele mit: Ein junger Nordschleswiger, welcher die Hochschule in Helsingør besucht, hatte Mitteilungen erhalten, daß, wenn er nicht vor dem 20. Dezember nach Nord-Schleswig zurückkehrt, ein Teil seiner Verwandten und Freunde, welche nicht preußische Untertanen sind, werden ausgewiesen werden. — Einzelne Amtsvertreter im Kreis Sanderborg haben an die Kommunen vorstehende in ihren Distrikten „vertrauliche“ Bescheide geschickt und ihnen auferlegt, den preußischen Untertanen, welche konfirmierte Kinder in dänischen Schulen haben, mitzuteilen, daß wenn sie diese nicht vor dem 20. Dezember heimgerufen hätten, würden alle Optanten in den betreffenden Kommunen ausgewiesen werden.

Die Ausweisungen von Russen nehmen wie in Wandsbek, so in anderen Nachbarorten Hamburgs ihren Fortgang. Der Leberfabrikant Höhmann in Bahrenfeld erhielt von der Polizeibehörde in Altona auf Grund einer Verfügung des Oberpräsidenten die Anweisung, einen bei ihm seit Jahren beschäftigten russischen Gehilfen sofort zu entlassen, was denn auch trotz aller Vorstellungen geschehen mußte.

Ein Fabrikant in Kattowitz, der eine größere Anzahl galizischer Arbeiter beschäftigt, erhielt nach der Kattowitzer Sig. den Auftrag, diese sämtlichen Arbeiter zu entlassen.

Gleichzeitig wird aus Wandsbek berichtet: Der Minister des Innern gab die Verfügung des Landrats von Bonn an den Fabrikanten Heil in Wandsbek auf, wonach österreichische und russische Arbeiter in den Fabriken nicht beschäftigt werden sollten.

Zur Dänenvorstellung. Aus Kiel schreibt uns unser Korrespondent vom 14. Dezember: In einer Volksversammlung in Kiel am Mittwoch stand die dänische Ausweisungspolitik vor dem Forum des arbeitenden Volkes. Genosse Legien sprach über die jetzige politische Lage mit besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Ausweisungspolitik. Die Anschanung der Versammlung fand ihren Ausdruck in der einstimmig angenommenen Resolution: „Die von 2000 Personen befreite öffentliche Volksversammlung ist der Ansicht, daß die Ausweisungen dänischer Untertanen aus Nord-Schleswig politisch ebenso unklug,

wie moralisch verwerflich sind. Wie jeder Zwang, muß auch die zwangsläufige Germanisierung dänischer Elemente in Nord-Schleswig an dem gerade durch rigorose Gewaltmaßregeln herverursachten Widerstand läßlich scheitern. Weit entfernt davon, die dänisch gebliebenen Elemente dem Deutschen zu gewinnen, stachelt die mit rücksichtlosester Härte geübte Gewaltpolitik Möllers die Verfolgten und Drangsalierten zum zähdesten Festhalten an ihrer Anschanung auf. Statt dem Deutschen im Auslande Sympathien, die wahrlich schon gering genug sind, zu erwerben, setzt die unklinge Möllerische Ausweisungspolitik das Ansehen Deutschlands im Auslande herab, und provoziert Pressionen gegen die zahlreichen im Auslande lebenden Deutschen.

Besonders verwerflich wird die Ausweisungspolitik aber dadurch, daß man, um deutsche Unterthanen mit dänischer Gewinnung zu zwingen und wirtschaftlich zu schädigen, deren ganz unbeteiligte Dienstboten und Arbeiter des Landes verweist und dadurch dieselben in ihrer Existenz auf das schwerste geschädigt hat.

Gegen diese blind fanatische, ebenso sinnlose wie verdammtewerte Ausweisungspraxis erhebt die tiefer arbeitende Bevölkerung ganz besondere scharfer Protest.

Der Frankl. Igt wird wieder von einer Zürcher Firma ein Geschäftsbrief einer dänischen Firma mitgeteilt. Darin heißt es:

„Teile Ihnen hierdurch mit, daß die zugeschickte Bronze zu meiner vollständigen Zufriedenheit ausgefallen. Zugeschrieben werde ich dieselbe behalten, muß aber leider mitteilen, daß es mir unmöglich ist, weitere Waren von Ihnen zu beziehen, so lange, als Ihre Landsleute eine solch unverständliche Politik führen. Ich habe jetzt Verbindung bekommen mit einer Firma in Paris, von wo ich die Absicht habe, alle meine Ware zu beziehen, die ich sonst in Deutschland bekommen habe. Ihr Vertreter in Paris ist selbstverständlich gleichfalls ausgeschlossen. Waren für mich zu liefern, so lange solche Verhältnisse fortduern.“

Der dänische Vertreter eines großen Exportgeschäfts für Textilindustrie aus der Provinz Brandenburg schreibt an sein Haus:

„In Manderup, Kalundborg und von ein paar Firmen in Marhuse bin ich fast hinausgeworfen worden mit der Behauptung, daß deutsche Häuser dort nie mehr in unseren Artikeln Geschäfte machen würden wegen der Ausweisungen der Dänen aus Schleswig. In Horsens höre ich dasselbe. Die Kunden wollen deswegen absolut nichts kaufen. An verschiedenen Plätzen hier im Lande sollen große Demonstrationsversammlungen stattfinden, um zu veranlassen, daß überhaupt von deutschen Firmen nichts mehr gekauft wird. Diese Ausweisungen haben dem deutschen Handel sehr viel Schaden gebracht.“

Chronik der Majestätsbeleidigungssachen.

Einer Meldung des Berliner Staatsblattes: Der Volksanzeiger, zu folge, ist in Bölkow, einer Station vor Springe, welche der kaiserliche Zug passierte, ein Mann verhaftet worden, der verdächtige Neuerungen gethan haben soll. „Er wurde ins Gefängnis zu Springe eingeliefert, scheint jedoch nur ein harmloser Prohler zu sein. Er wird wegen Majestätsbeleidigung zur Rechenschaft gezogen werden.“

G. Bei dem gegen den Reichstagsabgeordneten Genossen Buek wegen Majestätsbeleidigung eingeleiteten Strafverfahren handelt es sich allem Anschein nach um den Vortrag, den Buek kurz nach seiner Entlassung aus dem Wismuter Bezugsgefängnis in der Vogteihalle zu Basel gegen die in der Dornhauser Kaiserrede angeläufige Buchthausvorlage gehalten hat.

* Berlin, 16. Dezember. Die russisch-offiziösen Petersburger Novosti ziehen aus der Ansprache des deutschen Kaisers an das Präsidium des Reichstages und aus der Rede des Staatssekretärs v. Bülow den Schluss, daß die auswärtige Politik Deutschlands sich nicht geändert habe, sondern nur noch fester und konsequenter geworden sei. Auf eine vorzügliche Armee und auf den Dreibund geführt, strebe Deutschland nach der Sicherung seiner Weltinteressen, da es jetzt eine Weltmacht sei. Staatssekretär v. Bülow habe seine Gedanken an der Stelle der Rede, die England gewidmet sei, vortrefflich zum Ausdruck gebracht. In vielen Fragen könne Deutschland mit England Hand in Hand gehen. Von einem Bündnisse sei kein Wort gesprochen worden. —

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Plenarsitzung der Vorlage, betr. die anderweitige Zeichnung der Gebühren für Postanweisungen und für Sendungen von Warenproben, und der Vorlage, betr. die Erteilung des Befehls zur Zollabfertigung von Wollengarn als hartes Rammgarn, die Zustimmung erteilt. Die Vorlage, betr. die Allgemeine Rechnung über den Landeshaus- haushalt von Elsaß-Lothringen für 1894/95, wurde den zu-

vorgetretenen waren, die ihnen die Tiere fortführten, stand ein großer Mann mit todblauem Antlitz unter grauem Haupthaar vor dem Ritter; zwei Diener mit Windlichtern, deren Flammen im Nachtwind wehten, waren ihm zur Seite. Da die Herren sich im Jackelscheine jahen, stützten sie einen Augenblick, ein jeder über des anderen schwarze Tracht; dann sprach der graue Mann: „Nehmt Dank, Herr Ritter, von mir und für mein Kind! Ihr durftet hier heut' nicht fehlen!“

„So doch! ich auch,“ erwiderte der andere bessommen, „Doch wollet mich nun führen, Herr Schloßhauptmann, auf daß ich Wunsch und Ehrerbietung der Braut zu führen lege!“

Der alte Ritter, der seinen Gast mit starrem Aug' ge mustert hatte, neigte das Haupt und sah dessen Hand; die Diener mit den Lichtern schritten ihnen voran, durch die schwiegenden Menschen dem Treppenturm im Hochbau zu. Als sie hineintraten, blickte Gaspard, der mit dem Junker folgte, durch eine offene Thür, die seitwärts in die untere Halle ging; es brannten viele Kerzen dort, sonst war es leer; nur mitten auf den Friesen schlief ein großer Hund.

Aber der Hausherr führte sie die Wendeltreppen zum oberen Stock hinan. Da sprach Nolf Lembeck im Empor steigen: „Der Hof ist voll Menschen, Herr; was ist es so totenstill hier?“

Der Schloßhauptmann aber warf das Haupt zurück: „Mein Kind hat viel Leid gelitten,“ sprach er; „es bedarf der Ruhe.“

(Schluß folgt.)

Als die Reiter von ihren Rossen gesprungen, und Diener

vorgestanden waren, die ihnen die Tiere fortführten, stand ein großer Mann mit todblauem Antlitz unter grauem Haupthaar vor dem Ritter; zwei Diener mit Windlichtern, deren Flammen im Nachtwind wehten, waren ihm zur Seite. Da die Herren sich im Jackelscheine jahen, stützten sie einen Augenblick, ein jeder über des anderen schwarze Tracht; dann sprach der graue Mann: „Nehmt Dank, Herr Ritter, von mir und für mein Kind! Ihr durftet hier heut' nicht fehlen!“

„So doch! ich auch,“ erwiderte der andere bessommen, „Doch wollet mich nun führen, Herr Schloßhauptmann, auf daß ich Wunsch und Ehrerbietung der Braut zu führen lege!“

Der alte Ritter, der seinen Gast mit starrem Aug' ge mustert hatte, neigte das Haupt und sah dessen Hand; die Diener mit den Lichtern schritten ihnen voran, durch die schwiegenden Menschen dem Treppenturm im Hochbau zu. Als sie hineintraten, blickte Gaspard, der mit dem Junker folgte, durch eine offene Thür, die seitwärts in die untere Halle ging; es brannten viele Kerzen dort, sonst war es leer; nur mitten auf den Friesen schlief ein großer Hund.

Aber der Hausherr führte sie die Wendeltreppen zum oberen Stock hinan. Da sprach Nolf Lembeck im Empor steigen: „Der Hof ist voll Menschen, Herr; was ist es so totenstill hier?“

Der Schloßhauptmann aber warf das Haupt zurück: „Mein Kind hat viel Leid gelitten,“ sprach er; „es bedarf der Ruhe.“

(Schluß folgt.)

ständigen Ausschüssen überwiesen und die Wahl von Mitgliedern der Kommission für Arbeiterstatistik vorgenommen.

Die Militärstrafgerichtsordnung nebst Einführungsgesetz, die das Datum des 1. Dezember tragen, wird jetzt im Reichsgesetzblatt publiziert.

Der Kölischen Btg. gibt aus Guatemala folgende vom 19. November datierte breslische Mitteilung zu: In dem amtlichen Blatt La Idea liberal erschien am 8. Oktober ein Artikel, der „Verleumdungen gegen Hamburger Kommissionshäuser“ enthielt und, während er zugibt, daß man Hamburg und Bremen viele Millionen schulde, die dortige Kaufmannschaft des Wuchers und des Betriges beschuldigte. Der deutsche Gesandte Dr. v. Voigts-Rheeß verlangte, daß wegen dieses Artikels das Erscheinen des Blattes zeitweilig verboten werde, und daß das Blatt sich öffentlich entschuldige. Beides wurde von der Regierung sofort zugestanden.

Wie die heutige Morgenausgabe der Vossischen Zeitung meldet, wird in Reichstagskreisen erzählt, daß Neuerungen vorliegen, die das in vorher Tagung beschlossene Flottengesetz und den Tirpitzschen Plan bereits als unzureichend darstellen und eine darüber hinausgehende Flottenvermehrung und daneben die Erweiterung verschiedener Kohlenstationen für notwendig erklären.

Der Flottenkoller ist chronisch.

Wie das Blatt weiter berichtet, ist aufgefallen, daß vom Bundesratstisch kein Wort zur Verteidigung der Ausweisungspolitik des Oberpräsidenten v. Kölker gesagt worden ist; es verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß v. Kölker des Altkolleges an entscheidender Stelle keineswegs sicher sei, und die Notwendigkeit seines Rücktrittes erwogen werden.

Aus London wird heute telegraphiert: Die Publikation des im September abgeschlossenen englisch-deutschen Übereinkommens soll morgen erfolgen; wie es heißt, hat England die Walisischbal abgetreten.

In Sachsen Bieblen wird berichtet, daß auch der frühere verantwortliche Redakteur des Sozialist, Lubbert, eine Anklage wegen Beleidigung des Polizeikommissärs Gottschalk erhalten hat.

Saujagd und Parlament. Noch während der Staatsberatung im Reichstag hat der Reichskanzler, der dem Reichstag einzig verantwortliche Beamte, sich am Mittwoch zur Jagd nach Springe begeben.

Der Kaiser jagte in Springe; er hat von dort aus dem Kolonialverein telegraphiert.

Ein neues Kaisertelegramm. Auf das Huldigungstelegramm, das der am Mittwoch in Berlin unter dem Vorbehalt des Erbprinzen zu Hohenlohe-Schillingsfürst zu einer Sitzung versammelten Vorstand des deutschen Flottenvereins, wie üblich, an den Kaiser gerichtet hatte, ist folgendes Antworttelegramm an den Vorsitzenden eingegangen:

Springe, 14. Dezember. Dem zum erstenmal versammelten Vorstand des deutschen Flottenvereins danke ich herzlich für den mir gewidmeten Huldigungstrahl. Möge die patriotische Thätigkeit des Vereins und aller seiner Mitglieder dazu beitragen, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit einer kräftigen Entfaltung unserer Kriegsfähigkeit zur See im deutschen Volle immer tiefer Wurzeln fasse, und daß eine starke Flotte eine der wichtigsten Grundlagen für die Erhaltung der Größe und des Ansehens des Reiches und für die geistige Entwicklung unserer wirtschaftlichen Interessen bildet. Gez. Wilhelm.

„Weltpolitik“ über alles! Wegen Anfangs der Karolinen schweben wirklich, wie der spanisch-offiziöse Madrider Imperial bestätigt, Verhandlungen zwischen Deutschland und Spanien. Der Karolinenstreit Deutschlands und Spaniens ist noch in frischer Erinnerung. Bismarck ließ am 25. Aug. 1885 auf der Karolineninsel Nag die deutsche Flagge hissen. Spanien protestierte, und der als Schiedrichter angesehene Papst entschied am 22. Oktober 1885, daß die Karolinen- und Palauinseln zu Spanien gehören, dieses aber Deutschland volle Freiheit des Handels und das Recht auf eine Kohlenstation gewähren sollte. Auf das Recht einer Kohlenstation verzichtete 1886 Deutschland.

Die Karolineninselgruppe liegt im westlichsten Teile des Stüßen Oceans, in Mikronesien.

Nun soll das Geld der deutschen Steuerzahler für diese Inselgruppe in Anspruch genommen werden, im Interesse der userlosen „Weltpolitik“.

Zur „Zuchthausvorlage“ erzählt der offiziöse Hamburger Korrespondent, sie beschreibe sich „keineswegs bloß auf Bestimmungen gegen den Terrorismus der Arbeiter. Es sind vielmehr strenge Strafvorschriften in Aussicht genommen, die etwaigen Angriffen der Arbeitgeber auf die Konsolidationsfreiheit der Arbeiter mit aller Entschiedenheit entgegentreten sollen. Dabei wird man insbesondere an schwarze Listen, terroristische Aussperrungen u. zu denken haben.“ Wie rührend wird hier gesunkt! Die herrschende Klasse, die sich selber strafft!

Warum man aus Nordschleswig ausgewiesen werden kann? Der Biehändler Bohnfeldt in Haderleben, ein Opfer und schwerer Grundbesitzer, wurde vor kurzem aus dem preußischen Staatsgebiete ausgewiesen. Er erkundigte sich bei dem Landrat Krause nach den Gründen der Ausweisung, und sein Rechtsbeistand erhielt folgende Gründe angegeben:

1. B. hat im Jahre 1893 einen deutschen Schnied abgehalten, bei der Wahl seine Stimme abzugeben. 2. Er hat in demselben Jahre einen Gastwirt zu derselben That verleitet. 3. Seine Kinder haben nicht regelmäßig die patriotischen Feste besucht. 4. Sein Haus zeigt die dänischen Farben. (Das Haus ist nämlich in roten Steinen ausgeführt, das Fundament mit Cement abgeputzt, und zwischen den roten Steinen ist natürlich weißer Mörtel zu sehen!) Resultat: die Farben des Hauses sind rot-weiss, ebenso aber die der dänischen Flagge, also —) 5. Frau B. soll einer deutschredenden Besucherin verboten haben, deutlich zu sprechen!

Wir entnehmen diese Angaben der dänischen Btg. Politiken, deren Mitteilungen aus Nordschleswig sich immer als zuverlässig erwiesen haben. Justizrat Mundel (Berlin) wird Bohnfelds Sache führen. Bohnfeldt wartet in Dänemark ab, ob wirklich Leute wegen solcher Gründe, die noch dazu thalsächsische Unzertigkeiten enthalten, aus Preußen ausgewiesen werden können.

Zu der samten und genialen Posadowsky-Rede über die Reichsverdrostenheit schreibt die Kölische Volkszeitung:

Dass das deutsche Volk sich in der glücklichen Lage befindet, zufrieden zu sein, davon zweifelt Graf Posadowsky keinen Augenblick. Nun, er gehört ja zu den Regierenden und die sehen in

der Regel nicht ein, warum man unzufrieden sein sollte; sie befinden sich ja ganz wohl.

Aber was thut denn nun eigentlich ein Volk, das Ursache hat, unzufrieden zu sein? Es muß doch wohl die Regierung und die Zustände nicht unaufhörlich preisen und in den Himmel erheben. Andernfalls wäre ja gar kein Unterschied zwischen einem Volke, das Grund zur Unzufriedenheit, und einem solchen, das Grund zur Zufriedenheit hat, zu entdecken. Sollte dem Grafen Posadowsky das nicht selbst aufallen sein? Und ist denn wirklich alles so musterhaft bei uns, wie er behauptet? Wir geben von vornherein zu, daß es viele Länder giebt, wo die Zustände viel mehr zu wünschen übrig lassen, als bei uns; aber die relative Vorzüglichkeit unserer Zustände dürfte denn doch weit entfernt von einer absoluten Vorzüglichkeit sein, und wenn manches bei uns besser ist als in anderen Ländern, so ist anderes auch wieder nicht gut. Graf Posadowsky möge sich bloß einmal die zahlreichen Anträge ansehen, die beim Reichstage in den wenigen Tagen seit seiner Eröffnung schon eingegangen sind. Sie zeigen doch fast alle davon, daß es in unseren Zuständen Lücken giebt, durch welche die Unzufriedenheit eindringen kann. Wenn nichts zu verbessern wäre, würden doch die Anträge nicht kommen. Und diese Anträge beziehen sich auf das wirtschaftliche und soziale, das rechtliche, das innerpolitische Gebiet, auf denen überall Vollkommenheit herrschen soll. Der Mittelsmann erfreut sich doch kaum überall solchen „Wohlbestands“, daß er Ursache hätte, Gott alle Tage auf den Armen zu bitten, ja nichts an unseren Zuständen zu ändern.

Die Sozialdemokratie schreitet fortgesetzt vor. Außerdem richteten Scharfmacher hat bisher jedermann geglaubt, daß die Mängel unserer sozialen Verhältnisse der tiefste Grund dafür seien und deshalb Reformen als notwendig bezeichnet. Neben die „Rechtsgarantien“ denken wenigstens die Leute ganz anders als der Staatssekretär, die alljährlich die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen und andere Reformen unserer Rechtspflege beantragen.

Von der „Freiheit“ wissen die Hubertie über wohl Tausende ein Lied zu singen, die wegen eines unvorsichtigen Wortes als Majestätsverleidiger oft auf lange Zeit ins Gefängnis wandern müssen. Und die Wiedereinführung des Vereinsgesetzes zur Aufhebung des Verbindungsverbotes für Vereine läßt ebenfalls vermuten, daß die Freiheit bei uns noch zu wünschen übrig läßt, ganz abgesehen davon, was einem harmlosen Staatsbürger alle Tage passieren kann, wenn er einem Polizeiorgan begegnet, und abgesehen von den Plänen zur weiteren Ausbildung unserer Freiheit, mit denen man sich noch trägt. Die Fremden im Deutschen Reich befürmen in letzter Zeit eine ganz besonders bittere Probe der deutschen Freiheit zu kosten.

Gegen die Grenzwerre für Schlachtvieh hat am Montag in Offenbach der hessische Städteitag einstimmig Protest eingelegt, nachdem ein Mainzer Vertreter darauf hingewiesen hatte, daß die von Reichen wegen veranstalteter Erhebung eine Gestalt annehme, die, wie man es in Baden erlebt habe, durchaus kein wahres Bild der Verhältnisse verspreche. Es sei daher Pflicht des Städteages, gegen eine tendenziöse Färbung aufs entschiedenste Stellung zu nehmen, damit an maßgebender Stelle die Stimme der Wahrheit nicht umgehört bleibe.

K. Bayreuth, 15. Dezember. In dem Helmbrechtser Krawallprozeß wurden als Rädelsführer wegen Landfriedensbruchs verurteilt Togelböhner Joh. Wirth gen. Tiebelböhner zu 2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Chorverlust, Weber Chr. Schobert, Weber K. Rührholz, Weber Georg Vogeler, Heizer Fr. Feil und Weber Flechner zu je 1½ Jahren Gefängnis. Die übrigen Angeklagten erhielten wegen des gleichen Vergehens und anderer Delikte von 1—9 Monate Gefängnis. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Heilbronn, 15. Dezember. In dem Wahlkrawallprozeß wurden heute wiederum alle Schuldfragen bezüglich Aufruhrs und Landfriedensbruchs verneint. Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt wurde der Angeklagte Belle zu 6, der Angeklagte Schäfer zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Von ihm erhielt wegen groben Unfugs 4 Wochen Haft. Die Angeklagten Gollner und Braunschmid wurden freigesprochen.

G. Aus den Reichslanden, 14. Dezember. Der Typhus unter den Mannschaften des 15. Infanterieregiments in Saarburg nimmt einen immer bedenklicheren Charakter an. Die strengsten Vorsichtsmassregeln erweisen sich als erfolglos. Im ganzen sollen bisher gegen 20 Mann der tödlichen Epidemie zum Opfer gefallen sein, während sich die Zahl der Erkrankten auf über 100 beläuft. Vergangene Woche sind wieder 2 Usen und 1 Sergeant von der Seuche weggerafft worden. Nenerdings wird auch die Civilbevölkerung Saarburgs und seiner Umgebung von dem militärischen Krankheitsherde aus durch die Epidemie in bedenklicher Weise bedroht.

In Saarburg wurde der Küstmeister Schlede in einem Pistolenstich von dem Artilleriehauptmann v. Planitz lebensgefährlich verletzt. Herr v. Planitz hatte mit der Frau des Schwerverletzten Gebrüder getrieben. Dafür kam der Gebrüder noch dem Gottesurteil des Duells mit heiterem Hant davon.

In einer Kneipe, in unmittelbarer Nähe der Stelle, wo Deutschland, Frankreich und Luxemburg zusammenstoßen, wollten französische Gendarmen einen gewissen Rechten festnehmen. Darüber kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Gendarmen und Arbeitern deutscher und luxemburgischer Staatsangehörigkeit. Ein Arbeiter wurde getötet, ein anderer erhielt einen Schuh in die linke Hüfte, einem dritten wurde der Arm von zwei Angeln durchschert, wovon die eine noch durch die Wange ging. Der Tote und die Verwundeten sind sämtlich Luxemburger. Ein vierter, den die Gendarmen mitschleppten, soll eine gefährliche Stichwunde erhalten haben. Weniger wahrscheinlich flüchtet das Gericht, wonach einer der Gendarmen gefährlich verletzt danniederliegen soll.

Oesterreich-Ungarn.

Woll-Krawalle.

Wien, 15. Dezember. Wegen wiederholter Beschlagnahme der österreichischen Rundschau entstand heute im Abgeordnetenhaus ein großer Turm. Abg. Wolf verteilte die beschlagnahmene Nummer an die deutschen Abgeordneten. Dieser bemächtigte sich nach Einsichtnahme der Nummer eine große Erregung. Mit der Nummer in der Hand eilten die Abgeordneten auf den Justizminister zu und erklärten die Konstitution als eine Gemeinschaft und Niederträchtigkeit. Wolf sagte zu dem Justizminister: „Der Staatsanwalt ist ein Schurk, ein Verbrecher.“ Mit diesen Worten warf er dem Justizminister die Nummer auf das Pult. Großer, anhaltender Lärm.

Der Ministerpräsident Graf Thun erhebt sich und erklärt, daß er wegen des Lärmes die Interpellationen nicht beantworten werde, man möge die Antwort einfach dem stenographischen Protokoll einverleiben. Die Opposition protestiert lebhaft gegen diese Missachtung des Parlaments. Die Erregung dauert fort, obwohl man mittlerweile in die Tagesordnung eingetreten ist.

Der Präsident Burch erklärte, er werde die Interpellationsbeantwortungen des Ministerpräsidenten nicht in das stenographische Protokoll aufnehmen lassen, bevor sie in dem

16. Dezember

Hause verlesen werden seien, sondern den Ministerpräsidenten eruchen, im Laufe der Sitzung die bezüglichen Interpellationen zu beantworten. Wenn ja, so bedauert er, der Präsident, heute, daß ihm keine anderen Disciplinarmittel, als die der gegenwärtigen Geschäftsordnung zur Verfügung ständen. Er ruft daher den Abgeordneten Wolf zur Ordnung. Er spricht sehr lebhaftes Bedauern aus, daß man einem solchen Abgeordneten noch Schutz und Hilfe leiste. Wolf habe durch sein Benehmen die Würde des Hauses erniedrigt. Es sei ganz unerhört, daß ein Abgeordneter von so geringer Bedeutung sich erlaube, das Parlament derartig herabzuwürdigen. (Beifall rechts, Zwischenrufe, Lärm links.) Hierauf beantwortete der Justizminister mehrere Interpellationen, ebenso Graf Thun. Das Haus sieht sodann die Debatte über das Staatsdienergesetz fort.

Vom ungarischen Parlament.

Budapest, 15. Dezember. Der zweite Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Kardos, hat wegen Krankheit abgedankt. Infolge der Erledigung aller drei Präsidentstellen wird der Alterspräsident Madarash in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am Sonnabend den Vorstand führen. Die liberale Wählerschaft im neunten hauptstädtischen Wahlbezirk hat eine „Vertrauenskundgebung“ für die Regierung beschlossen, die in einer kommenden Woche abzuholende Wahlversammlung erfolgen soll.

Frankreich.

Von Picquart. — Amnestie. — Vom Generalstab. — Die Nigerkonvention. — Aus der Kammer.

Paris, 15. Dezember. „Untem Vernehmen“ nach wird der Kriegsminister Freinet das Freilassungsgesetz Picquarts dem General Zuflinden zustellen mit dem Gründen, daß Kriegsgericht zusammenzuberufen, damit dieses sich über die Frage schließen mache.

Der Senatissausschuss für das Amnestiegesetz lehnt die Amnestie der algerischen Plünderer vorsichtig ab und gestaltet nicht, Zola und Gohier von der Amnestie für Freiheitsgefangene auszunehmen.

Die aus der Dreyfus-Sache berüchtigte Nachrichtenabteilung des Generalstabes erhält einen neuen Vorsteher im Oberstabsleutnant Hache, bisher Generalstabschef im 15. Armeecorps.

Die Frist für die Ratifikation der englisch-französischen Nigerkonvention, die heute abgelaufen ist, ist auf 6 Monate, vom 8. d. M. ab gerechnet, verlängert worden.

In der Deputiertenkammer steht zur Beratung die Anleihe von 200 Millionen Franken zum Bau von Eisenbahnen in Indo-China. Die Anleihe wird von der Regierung von Indo-China garantiert. Die Vorlage ist als dringlich erklärt. Der Deputierte Blachon (Rechte) bekämpft die Vorlage, weil die projektierten Arbeiten kein Interesse für Frankreich hätten. Cassagnac unterbricht den Redner: „Wir wollen unser Geld zur Herstellung von Kanonen und zum Bau von Schiffen beibehalten.“

Der Gouverneur von Indo-China, Doumer, erklärt, Indo-China verlange von Frankreich kein Opfer, es verlange lediglich eine Anleihe von 200 Millionen mit seinen eigenen Hilfsquellen aufzunehmen. Die finanzielle Lage Indo-Chinas sei gut; das Budget weise Überschuss auf. Eisenbahnen seien ein Mittel zur Entwicklung und zur Macht. Indo-China werde zur Machstellung und zum Reichtum Frankreichs beitragen. Der erste Artikel, der die Gewichtung zur Aufnahme der Anleihe erfordert, und Artikel 2 und 3 werden angenommen.

Schweiz.

Das Bundespräsidium. — Vom Fall Siehl.

Bern, 15. Dezember. Die Bundesversammlung hat zum Bundespräsidenten für 1899 Müller (Verner), zum Vizepräsidenten Dr. Rott (Verner) gewählt.

Johanna Elberskirchen ist heute morgen auf Erfüllung der Befehle in Bern durch die Zürcher Kantonspolizei abermals in Haft genommen worden.

Spanien.

Befreiung.

Madrid, 16. Dezember. Die fortdauernden militärischen Maßregeln Englands in Gibraltar, dem englischen Besitz an Spaniens Küste, erregen in Regierungskreisen große Besorgnis. Wie verlautet, ließ die Regierung den Vertreter in London ausklären, Ausklärung von Salisbury zu verlangen.

Portugal.

Von der Delagoabai.

Gegenüber den Nachrichten von der Verpachtung der Delagoabai an ein Konsortium oder Syndikat wird in portugiesischen Regierungskreisen „versichert“, daß alle solche Gerüchte „gänzlich unbegründet“ seien.

Amerika.

Die Einwanderungsbill. — Eine Rede Mac Kinleys.

In der vorigen Session hatte der Senat seine vom Senator Lodge eingebrachte Einwanderungsbill angenommen. Das Repräsentantenhaus aber lehnte am Mittwoch mit 104 gegen 101 Stimmen ab, dieses Gesetz in Erwägung zu ziehen.

Präsident Mac Kinley hielt in Atlanta (Georgia) eine Rede, in der der schwule Yankee sagte: Die amerikanische Flagge ist auf beiden Hemisphären gehisst worden und da bleibt sie als ein Symbol der Freiheit, des Rechts, des Friedens und des Fortschritts. Wer will sie von dem Volke wegnehmen, über dem sie in schützenden Falten flattert? Wer will sie niederholen? Werden wir jetzt, wo der im Krieg errungene Sieg im Friedensvertrage geschrieben steht, uns zaghaft von den Pflichten abwenden, die dem Lande durch unsere eigenen großen Thaten auferlegt sind?

China.

Ein Einspruch Englands.

Peking, 16. Dez. Der englische Gesandte Macdonald hat beim Tsung-li-Yamen energischen Einspruch gegen die Ausdehnung der französischen Konzessionen in Shanghai erhoben, unter der Begründung, daß dieselben verschiedene Gebäude und Grundstücke umfassen, die den Engländern gehören.

Zu Rutschwan, Russlands neuer Bente, ist an der Nordseite des Flusses eine britische Konzession bewilligt worden.

(Fortsetzung in der 3. Beilage.)

8 bis 12

Windmühlenstrasse
8—12

Frankfurter Schuhlager
H. Reiss & Co. (Weisser Hirsch)

empfiehlt

Damen-Hausschuhe, warm gefüttert, mit Ledersohle, von 90 Pfg. an
Hausschuhe, warm gefüttert, mit Filz- und Ledersohle, von 80 Pfg. an
H. Reiss & Co., Windmühlenstrasse 8—12.
(Weisser Hirsch.)

Wir gewähren bis Weihnachten
= 10 Prozent Extra-Rabatt =
auf alle Einkäufe.

Unser Lager umfaßt:

**Kleiderstoffe, Damen- u. Mädchen-Konfektion, Bettwaren
Leibwäsche, Tischzeuge, Handtücher, Unterröcke
und Schürzen, Gardinen, Tischdecken und Teppiche.**

Alle Baumwollwaren.

Grimmaischer Steinweg 8
gegenüber
der Hauptpost.

Gebr. Salberg

Grimmaischer Steinweg 8
gegenüber
der Hauptpost.

We kaufen die billigsten und besten
**Filz- und
Leder-Schuhwaren**
im Schuhwaren-Geschäft von
Wilh. Weidner, Wurzener Strasse 26.

Den Herren Schuhmachern
offerieren als sehr preiswert: Hamburger Rossriegel-Herrenzug-
schläfte, gewaltig, ohne Seitennah, à Paar Mf. 2.65, 2.40, 2.20, fertig mit
Futter u. Gummi Mf. 1.80 mehr, Spiegelblätter, braune, à Paar Mf. 1.20,
schwarze Mf. 1.30, Rossleder à Pf. Mf. 170 und alle Arten Rabbederschläfte.
M. Landy, Leipzig
Nikolaistrasse 15 [8702]

Ernst Hentschel
Burgstr. 9.
Holz, Kohlen u. Briketts
lieferat jedes Quantum frei Haus
zu billigen Preisen. [8479]



Otto Selle

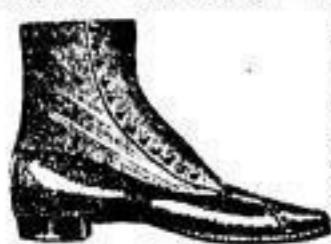
29 Eisenbahnstrasse 29 Leipzig-Neustadt 29 Eisenbahnstrasse 29
Größtes Schuhwarenlager der Ostvorstadt



empfiehlt angelegenst das wohlrenommierte Fabrikat der Firma

Gotthard Enke, Zwenkau

in reicher Auswahl zu erstaunlich billigen Preisen. Besonders sind hervorzuheben:



Herren-Promenadenstiefele von Mf. 4.00 an
Herren-Zugstiefel 4.75
Herren-Schäftsstiefel 6.50
Herren-Bergsteiger 6.50

Damen-Promenadenstiefele von Mf. 1.75 an
Damen-Zugstiefel 3.50
Damen-Knopfssstiefel 5.00
Damen-Knopfssstiefel, *la Rabbeder* 6.50



Gummischuhe, bestes deutsches und russisches Fabrikat.

Bestellungen nach Maß!

Reparaturen prompt und billig!

L.-Neustadt, 29 Eisenbahnstrasse 29.

1. Beilage zu Nr. 291 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 16. Dezember 1898.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Neben die Promotion des Prinzen Max von Sachsen, die bei der theologischen Fakultät Würzburg „mit größter Auszeichnung“ sich vollzogen hat, bringt die Augsburger Postzeitung einen von Bewunderung und Erfurcht tiefenden Bericht. Der Korrespondent der Augsburger Postzeitung macht darauf aufmerksam, welche Leistungen gerade die Würzburger theologische Fakultät von ihren Promovenden zu verlangen pflege: eine schriftliche druckserlige Arbeit von mindestens vier Druckbogen, dann ein schriftliches und mündliches Examen aus den 14 theologischen Fächern nebst vier orientalischen Sprachen.

Das alles leistet Prinz Max nach der Augsburger Postzeitung „in wenigen Wochen“, und das „mit glänzendem Erfolge“. Während dieser Zeit „gewann sich der Prinz noch aller Herzen“ und „sind noch seit, hier und auswärts zahlreiche Predigten, Vorträge und dergleichen zu halten“. „Vorlesungen hört Prinz Max in Würzburg nicht mehr“; gleichwohl sind sich Prinz Max in den verschiedenen, in der theologischen Fakultät Würzburg vertretenen wissenschaftlichen Richtungen mit staunenswerter Leichtigkeit und Vorurteilslosigkeit zurecht; allerdings „genossen mehrere Professoren die hohe Ehre, ihm in seiner Wohnung Privatvorlesungen zu halten“. Zur Erklärung dieses Erfolges führt der Korrespondent bei, daß Prinz Max seine Vorstudien eben „an dem rühmlich bekannten Eichstätter Gymnasium“ gemacht habe, und bietet dem Prinzen sofort einen akademischen Lehrstuhl an.

So wird die Promotion des Prinzen Max nicht bloß ein glänzendes Zeugnis für dessen Begabung, sondern auch für die vielgründnähten Theologen und Seminaristen und außerdem — was zur Zeit besonders wertvoll erscheint — ein glänzender Gegenbeweis gegen die angebliche Inferiorität des Katholizismus. Sie zeigt ja, daß „in katholischen Kreisen ein solcher wissenschaftlicher Elter herrscht, daß selbst in den höchsten Kreisen man sich nicht scheut, den Mühen der Examina sich zu unterziehen.“

„Das ist ja geradezu rührend!“ bemerkt dazu das Bayerische Vaterland und führt dann fort:

Wir haben alle Achtung vor der hohen Begabung, der edlen Gesinnung und dem priesterlichen Elter des Prinzen Max, ohne einen derartigen ungeschickten Panegyrikus zu billigen, der dem blödesten Auge seine Unwahrheit und Kriegerei zu erkennen giebt. Mit dieser Verhüllung ist weder dem Prinzen Max, noch der theologischen Fakultät Würzburg, noch dem Ansehen des Katholizismus ein Dienst erwiesen. Die „gute“ katholische Presse hat ein geradezu frankhares Bestreben, einerseits jedes freie Wort zu verfolgen und zu unterdrücken, um bequeme Thatsachen zu verbergen oder zu beschönigen, andererseits aber alles, was von Katholiken ihrer Sorte geleistet wird, ohne Rücksicht auf dessen Wert, aber mit um so mehr Rücksicht auf die Person, in mancher und dabei möglichst ungeschickter Weise zu verhüllen.“

Dresden, 15. Dezember. In der ersten Sitzung des Landeskulturrats entspann sich zu dem Punkt der Fleischsteuerung eine längere Auseinander, die zur Annahme einer Resolution führte, in der die Verwahrung dagegen eingelegt wird, daß ein Mangel an inländischem Schlachtwiech und dadurch eine Fleischnot eingetreten sei. „Nicht nur die eigene Erfahrung der Landwirte, sondern auch die Statistik hat das Urtheil der Ansicht, daß ein Schlachtwiechmangel besteht, bewiesen. Ebenso legt der Landeskulturrat Verwahrung dagegen ein, daß eine Fleischversteuerung durch erhöhte Viehprixe notwendig geworden sei. Die Schlachtwiechpreise sind durchaus im Durchschnitt nicht höher als sie in einer langen Reihe von Jahren gewesen sind. Es haben vielmehr früher schon höhere Preise existiert. Die etwa eingetretene Erhöhung der Fleischpreise ist daher auf anderem Wege zu suchen. Der Landeskulturrat spricht daher die Erwartung aus, daß sowohl die königl. Staatsregierung als auch die Reichsregierung aus der Agitation über Fleischnot keine Veranlassung herleitet, um irgend welche Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Landesschlachtwiechpreise herunterzudrücken.“ (Die Thatsachen lehnen so ziemlich das Gegenteil von dem, was die Agrarier behaupten.) Rittergutsbesitzer Justizrat Opitz-Treuen erstattete sodann Bericht über den Antrag des Landwirtschaftlichen Vereins zu Plauen i. B. bez. der Regelung des Milchverkaufes durch polizeiliche Regulative. Der Berichterstatter erörterte in der Hauptrede die Frage, ob die Gemeindebehörden rechlich in der Lage sind, auf dem Wege polizeilicher Regulative die Fleischhaltung und den Verkauf von unverfälschter Milch unter einem gewissen Prozentsatz Fettgehalt bei Strafe zu verbieten. Im übrigen bestimmt er die Durchführbarkeit solcher Regulative, weil der Fettgehalt der Milch bei den verschiedenen Kühen, selbst bei gleicher Fütterung, schwankt. Regierungskommissar May bezeichnete die Meinung als eine irre, daß die Ausstellung solcher Regulative gegen die Gewerbeordnung verstöße. Es wurde schließlich ein Antrag Opitz angenommen: „Die Staats-

Gleine Chronik.

Leipzig, 16. Dezember.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht am Sonnabend Shakespeares Sommernachtstraum in Scene. Die Regie singt Frau Doenges. Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen das Weihnachtsmärchen Die sieben Raben gegeben. Abends bleibt das Alte Theater geschlossen.

Am Sonntag wird im Neuen Theater die S. M. von Webersche Oper Oberon aufgeführt. Im Alten Theater wird nachmittags 3 Uhr das Weihnachtsmärchen Die sieben Raben zu ermäßigten Preisen wiederholt. Abends 7 Uhr wird der Schwan. Im weißen Röhl gegeben. — Im Carolatheater ist am Sonntag die Operette Der Übersteiger angesehen. Die Vorstellung beginnt um 1/2 Uhr.

Humoristisches.

Nene Krankheit. A.: Keine Centennar, Decennar, Quinquennarfeier läßt der Dr. Verschinder vorübergehen, ohne ein Gedicht dazu zu machen. — B.: Da, der Uermste leidet an Gedenkfeimatismus.

Berliner Pflanze. Herr: Junge, warum heulst Du denn so? — Junge (schluchzend): Weil wa heile keine Schule haben. — Herr: Na, das ist doch kein Grund, da müßtest Du doch eher lustig sein. — Junge: Ja, wenn ich — det — man — vor'n Woch' bewußt hätte. (Jugend.)

Im Wohlthätigkeitssalon. „Ich, Isidor, wo ist das jetzt, for'n Butterbrot zwei Mark! Un ich hab ja'n Hunger! — Au, da hungers met mal for de Armen!“

Soziale Rundschau.

In Hannover streiken die Lederarbeiter der Spiegelsgeschen Lederfabrik.

In Bielefeld dauert der Streik der former bei Kramer fort. Achtung, Gravure und Gläserne! In der Bijouterie-Fabrik von Hultenloher, Eshingen a. N. ist ein Streik ausgebrochen, an dem u. a. 14 Kollegen beteiligt sind.

Krefeld, 16. Dezember. (Wolfs Tel.-Bur.) Wie die Blätter melden, ist der Ausstand der Arbeiter in den Seidenfabriken wieder allgemein geworden, da die Arbeiter nachträglich neue Forderungen stellen.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetenraume.

(Sitzung vom 14. Dezember 1898.)

(Schluß)

Zur Beratung steht das Conto 1, Matschube. Auch bei diesem Conto, das die Gehälter für die beauftragten Ratsmitglieder enthält, entwickelte sich eine rege Debatte.

Stadt. Bernhard erkundigt sich, wie weit das neue Regulatit über die Sonntagsarbeit im laufmännischen Gewerbe gediehen sei und regt an, die Sonntagsarbeit von 5 auf 3 Stunden herabzusetzen und alle Geschäfte um 1 Uhr mittags zu schließen.

Stadtrat Dr. Wagler gibt nähere Erläuterungen über den öffentlichen und nichtöffentlichen Handel. Das seiner Zeit unter Stadtrat Seil, der inzwischen Oberbürgermeister in Bautzen geworden ist, vorgelegte neue Regulatit habe den Bestimmungen der Gewerbeordnung insoweit nicht entsprochen, als die Geschäftsinhaber und Arbeiter im laufmännischen Gewerbe nicht in der erforderlichen Weise gehobt worden waren. Es wurde deshalb vom Rate zurückgezogen und er (Redner) habe die Sache unerledigt überkommen und er habe infolge der ihm durch das Innungsgebot gewordenen großen Arbeit auch noch nicht an die Ersiedigung gehen können. Beplere werde aber nach Neujahr in Angriff genommen werden.

Stadt. Pommel beantragt, daß die Vorrechte der juristischen Beamten im Dienste der Stadt gegenüber den nichtjuristischen Beamten bezüglich der Kündigungsfrist befestigt, und daß die Kündigungsvorhältnisse für alle Beamte in gleicher Weise gezeigt werden.

Stadt. Nyssel bringt den schon mehrfach laut gewordenen Wunsch nach einer neuen Durchlegung der städtischen Regulative und Verordnungen vor, worauf vom Oberbürgermeister Dr. Georgi geantwortet wird, daß Stadtrat Lampke seit Jahren mit der Arbeit beschäftigt sei.

Stadt. Enke macht darauf aufmerksam, daß die Geometer bei der Stadtvermessung anders befoldet werden sollen als die Geometer des Tiefbauamtes. Die betr. Gehaltspositionen werden zur nochmaligen Vorberatung an die Ausschüsse zurückverwiesen.

Stadt. Zell bemerkt, die Ausführungen des Stadtrats Dr. Wagler seien gewiß interessant gewesen, sie ließen aber deutlich das Bestreben erkennen, jeden befriedigen zu wollen. Bei einer solchen Rechnungstragerei würden wir niemals zur völligen Sonntagsruhe kommen. Einer gleichmäßigen Regelung stehen übrigens auch die Kirchzeit im Wege. Für die Handlungsbüros im nichtöffentlichen Handel könnte sehr wohl die Sonntagsarbeit ganz verboten werden. So lange das nicht geschiehe, müßte man aber, wenn sie einheitlich geregelt werden sollte, die Kirchzeit entweder ganz ignorieren oder diese wenigstens versetzen. Redner regt noch an, die städtischen Regulative in gleichmäßiger Größe drucken zu lassen und er sucht auch um Errichtung eines Instituts, wo jeder Private Untersuchungen an Nahrungs- und Gemüsmitteln vornehmen lassen könnte.

Oberbürgermeister Dr. Georgi erwidert, die Stadt stehe ja mit dem Organiischen Institut im Vertragsergebnis, die Anträge zur Untersuchung müßten allerdings bisher durch Vermittelung des Rates erfolgen. Der Leiter des Instituts, Geheimrat Hoffmann, habe aber schon die Vermehrung des Personals dieses Instituts in Anregung gebracht.

Damit schließt die Beratung. Conto 1 wird genehmigt. Der Antrag Pommel gelangt zur Annahme.

Die übrigen Gegenstände werden von der Tagesordnung abgesetzt. Es findet noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Die nächste öffentliche Sitzung wird wegen des Weihnachtsfestes erst Freitag den 30. Dezember abgehalten werden.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. Dezember.

Terminhandel in Hammzug. Die Abteilung des Vorsitz-Ausschusses für Waren beriet am Mittwoch über das vom Bundesrat gewünschte Gutachten, ob der für Leipzig wichtige Terminhandel in Hammzug beizubehalten sei oder nicht. Mit einer Stimme Mehrheit (9 gegen 8) entschied sich die Abteilung dafür, dem Bundesrat die Abschaffung dieses Terminhandels zu empfehlen. Das ist eine Zusammensetzung, zumal, da zwei von den Mitgliedern, denen eine dem Hammzugterminhandel günstige Haltung zugeschrieben wird, bei der Abstimmung geschliefen haben. Eingeleitet wurden die Beratungen vom Unterstaatssekretär Rhode mit der Mitteilung, daß die Verhandlungen mit der französischen und belgischen Regierung wegen des Verbotes des dort bestehenden Terminhandels in Hammzug gescheitert seien. Der Terminhandel würde also durch das deutsche Verbot nur ins Ausland verdrängt werden.

Der Hamburger Korrespondent schreibt dazu noch: „Der Beschluß überrascht um so mehr, als die Voraussetzungen, von denen der Reichstag im Jahre 1896 diese Maßregel abhängig machen wollte, nicht gegeben sind. Die Tragweite des Beschlusses wird übrigens dadurch sehr verminderd, daß in der Sitzung des Ausschusses drei von den 20 Mitgliedern abwesend waren und von den fehlenden zwei für die Ablehnung der Vertreter gestimmt haben würden, das Verbot also bei ihrer Anwesenheit nicht mit neun gegen acht Stimmen angenommen, sondern mit zehn gegen neun Stimmen abgelehnt worden wäre.“ Wie die Magdeburger Zeitung mitteilt, hat es der Reichstagabgeordnete Frese abgelehnt, das Gutachten der Minderheit anzuerkennen.

Das Verbot des Terminhandels in Hammzug wäre ein Triumph der vorwiegenden Agrarierpolitik.

Ein böses Misgeschick hat die Leipziger Neuesten Nachrichten betroffen. Das bekanntlich in agrarischen Fahrwasser segelnde Blatt drückt aus dem Berliner Tageblatt eine

Nede des Fürsten Hohfeld ab, die dieser am 3. Dezember in der Deutschen Kolonialgesellschaft in Breslau hielt, und in der er betonte, daß die Landwirtschaft, die jahrelang in einer verhängnisvollen Lage sich befand, zu gebunden ansäße. Das Berliner Tageblatt holt zu diesen Ausführungen bemerk: Es geht also auch ohne die „großen Mittel“, und die Leipziger Neuesten Nachrichten, die natürlich das Berliner Blatt als Quelle ihrer Nachricht nicht citieren, drucken dessen Kritik in der harmlosesten Weise mit ab. Das Berliner Tageblatt stellt jetzt diese Thatsachen fest und bemerkt dazu: Oder thun wir dem Blatte unrecht? Vielleicht sind die Agrarier wirklich zu der Überzeugung gelommen, daß es ohne die großen Mittel auch geht.

Herr v. Frege, der 1. Vizepräsident des Reichstages, gab gestern abend ein größeres Festmahl, dem die Staatssekretäre Graf Posadowsky und v. Podbielski, zahlreiche konservative Abgeordnete und auch der sächsische Kriegsminister General v. d. Planitz beiwohnten. Der neue Vizepräsident macht also den Anfang der parlamentarischen Schauspielen. Ein schneidiger Herr.

Ein treffendes Urteil über die schriftstellerische Tätigkeit des nationalliberalen Dr. Hans Blum fällt die ebenfalls nationalliberale Kölnische Zeitung. Sie schreibt: „Dr. Hans Blum hat seine vielbindige Kompilation: Fürst Bismarck und seine Zeit (C. Beck, München) nunmehr mit einem 7. Anhang und Registerband abgeschlossen. Das Material ist mit liebevollem Fleiß und ehrlicher Begeisterung, aber ohne Urteil und Kritik zusammengetragen.“ Mit ehrlicher Begeisterung, aber ohne Kritik und Urteil — das ist bitter! Die Begeisterung allein thut es nicht. Aber auch dieses Zeugnis ehrlicher Begeisterung für den Nationalheros steht dem Sohne des großen Robert Blum gut: Könnte doch Bismarck einst zu Hans Blum, ohne daß dieser mit der Wimper zuckte, sagen, auch er würde seinen Vater in gleicher Lage haben erscheinen lassen!

Übergriffe der Väter-Gewalt. Vor uns liegt ein autographiertes Schreiben, das wir nachstehend im Wortlaut zum Abdruck bringen.

Beitrag V. Lindenau-Plagwitz.

Gedruckt Herr Kollege!

Da Sie in der am 7. d. M. abgehaltenen Bezirksvergammung nicht zugegen waren, werden Ihnen hiermit die dadurch gesetzten Beschlüsse, die für jeden Bezirkssollegen verbindlich sind, mitgeteilt und gleichzeitig eröffnet, daß Sie im Amtshandlungsbefall eine Konventionalstrafe von 50 Mk. event. Vorladung vor den Innungsvorstand zu gewähren haben.

1. Das Stoffenbadgeld ist nur nach dem Gewicht des Teiges, das Pfund Teig mit 4 Pf., zu berechnen.

2. Kaiserabzug den Viertelcentner mit 4,50 Mr.

Weizenmehl 000 " 4-

Weizennmehl 00 " 8,00 :

Hefe das Pfund 1.-

zu verkaufen.

3. Alle Viertelsejahre eine Bezirksversammlung abzuhalten und unentshuldigtes Ausbleiben mit 50 Pf. Bußpünktchen und vorzeitiges Verlassen des Saales mit je 25 Pf. zu bestrafen. Die Strafzettel fließen in die Bezirkskasse.

Leipzig am 8. Dezember 1898.

Mit toller Gruss!

Emanuel Kitterer, Obmann.

Die Herren Innungshelden, die dies Schriftstück vom Stadtvorstand haben, dürfen kaum im Zweifel gewesen sein, daß sie damit eine Gefechtsverlezung gräßlichster Art begehen. § 100 q des neuen Handwerkergerichtes bestimmt ausdrücklich:

Die Innung (Gewaltung) darf ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme von Kunden nicht beschränken. Entgegenseitige Beschlüsse sind ungültig.

Was der Innung als solcher klar und unzweideutig untersagt ist, wird im obigen Falle von dem „Obmann“ eines „Bezirks“ versucht. Eine rechtsverbindliche Wirkung hat der Utaus natürlich nicht. Wir können den Innungsmitgliedern nur raten, es auf eine „Konventionalstrafe“ ankommen zu lassen und dagegen die Entscheidung der Aufsichtsbehörde anzurufen, damit diese Gelegenheit erhält, sich mit dem Vorgehen der Innungsherrscher zu beschäftigen.

Das Verbot der Anwesenheit jugendlicher Personen bei Tanzmusikfesten erstreckt sich nach einem Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts auch auf das zur Bedienung bestimmte Hilfspersonal. Auch die Anwesenheit jugendlicher bedienender Personen in den mit dem Tanzraum zusammenhängenden Gasträumen ist, wie das Urteil hervorhebt, nicht gestattet.

Streichholzchen mit weitem Phosphor sind in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler vom sächsischen Ministerium vom Ankauf und Verkauf im Umherziehen ausgeschlossen worden.

Bei Geschlechung eines Ausländers mit einer Ausländerin und insbesondere einer Ungarin ist nach einer Ministerialverordnung die Verbringung eines sogenannten Unbedenklichkeitszeugnisses nicht erforderlich.

Fernsprechverkehr. Vom 1. Januar 1899 ab sollen regelmäßige Gesprächsaufnahmen für Doppelgespräche von sechs Minuten Dauer im Fernsprechverkehr zugelassen werden. Zwischen denselben Korrespondenten ist ein länger als zwei Einheiten dauerndes Gespräch nur dann statthaft, wenn vor oder während dieser Zeit keine weitere Anmeldung erfolgt ist. Die neue Bestimmung tritt zunächst nur für den Verkehr innerhalb des Reichs-Telegraphengebietes in Kraft.

Krankenfassungen. Das sächsische Ministerium hat in einer Verwaltungstreitsache entschieden, daß ein Mitglied einer Betriebskrankenkasse, das in einem gewerblichen Betrieb als Betriebsbeamter mit über 2000 Mk. Jahresgehalt übergeirteilt ist, Mitglied der gedachten Betriebskrankenkasse bleiben kann.

Bei der Arbeit verunglückt. Der Maschinist Nob Fischer, Berliner Straße 11 wohnhaft, mußte gestern mittag wegen schwerer Brandwunden an beiden Händen und dem Gesicht dem Krankenhaus St. Jacob zugeführt werden. Er verlor in einer hiesigen Holzwarenfabrik, woselbst er beschäftigt ist, ein unidicht gewordenes Ventil zu schließen. Hierbei sind ihm die heißen Dämpfe an die Hände und in das Gesicht gebrungen.

Überfahren. An der 107er Römer in Möckern starzte der 64 Jahre alte Kutscher Heinrich N. aus Klein-Wiederitzsch infolge Scheuens seiner Pferde wegen eines Schusses vom Wagen. Es gingen ihm die Blader über den rechten Unterarm. Der Verletzte mußte nach dem Krankenhaus St. Jacob gebracht werden.

Blödiglich an einem Gehirnschlag verstorbene ist am Mittwoch abend in der achten Stunde die im 46. Lebensjahr liegende Briefträgerin Sophie Schramm, Lützowstrasse, Marien-

straße 30, wohnhaft, als sie in einem Grundstück der Albertstraße zu Lützowstrasse mit Waschen beschäftigt war.

Die Einbrecherbande macht sich wieder stärker bemerkbar. Am Mittwoch nachmittag und abend ist in zwei Parterrewohnungen der Leibniz- und Kregelstraße eingebrochen worden. Es wurden gestohlen: zwei goldene Damenuhren, die eine S. G., die andere A. G. graviert, nebst goldenen Ketten, eine silberne Herrenuhrkette mit ziemlich starken Gliedern, eine goldene Brosche, bestehend aus zwei ineinander befestigten Ringen, in der Mitte 2 Saphire und an der Seite mit je 9 kleinen Brillanten, eine goldene Brosche in Form eines Siegburgs, ein silbernes Cigaretten-Etui. Der Gesamtwert der gestohlenen Gegenstände beträgt ca. 800 Mark. — Es ist nur zu bedauern, daß es noch nicht gelungen ist, der Diebesgesellschaft, die nun schon ein paar Dutzend Einbrüche auf dem Kreisgebiet hat, auf die Spur zu kommen.

Weisse Männer. Also ist endlich ein erster schwacher Versuch gemacht, um den Winter wenigstens etwas glaubhafter zu machen. Seit heute Mittwoch rießt der längst sehnsüchtig erwartete Schneeflocken vom grauen Himmel zur Erde nieder, die frisch für die Aufnahme der himmlischen Wälder noch sehr wenige vorbereitet ist. Wohin das Auge blickt, überall zeigt sich der Boden noch mit jener häßlichen braunen Sauce bedeckt, die die Hoffnung auf Schneeballwerfern, Schuhschuhs und Schlittenfahrern noch in weiter Ferne rückt. Und doch wäre diesem Nebelstande schnell genug abgeholfen. Wollte sich das Quecküber nur ein wenig herablassen, zeigen, so könnte sich morgen früh bereits eine schone weiße Decke vor uns ausbreiten, und mehr als einem von uns wäre damit geholfen. Nicht zum wenigsten der Geschäftswelt, die noch in seinem Winter so viel gelingt hat wie bislang. Wollte doch, wenn sich zu dem Schneegestöber, das in diesem Augenblick bestiger zu werden beginnt, also auch noch ein wenig Kälte gesetzt, der nächste „goldene“ Sonntag doch einigermaßen wieder einbringen, was die letzten Wochen und Tage versäumt haben.

Eine aristokratische Spielhölle und das Agrarier-Elend.

Gest einer Reihe von Jahren besteht, so schreibt das Berliner Tageblatt, in Berlin eine „freie Vereinigung“, deren Mitglieder allabendlich zusammenkommen, um dem Hazardspiel — in erster Linie selbstverständlich Bacarat — zu huldigen. Die Vereinigung wurde besonders von Offizieren der Garde-Regimenter, der Kavallerie-Regimenter in der Nähe von Berlin, und von der hannoverschen Reiterschule kommandierten Offizieren besucht, ferner aber auch von Referendaren, Aufführern und Mäzen zahlreicher Beamtenkollegen in Berlin und Potsdam, von Sportleuten, Kunstsammlern und Herrenreitern. Hierzu gesellen sich Angehörige der Hochfinanz, aristokratische Abgeordnete aus Reichstag und Landtag, sowie andere in Berlin vorübergehend anwesende Personen, die keinen der hiesigen Spielclubs angehören und daher zern die Gelegenheit wahren, sich von zwei Mitgliedern des „Clubs der Fröhlichen“ — so nennen sich die Vereinigung — dort einzuladen zu lassen und in aller Sülle und Verchwegenheit dort tüchtig zu „feiern“. Der Club nahm vor einiger Zeit in einem der ersten hiesigen Hotels Quartier. Geld spielt natürlich keine Rolle, und so mielete man dort einen Saal, den splendiferdesten des Hotels, nebst zwei Nebenzimmern für 1000 Mark monatlich, und allabendlich wurde tapfer gespielt. Aber während es in der Woche verhältnismäßig ruhig zuging, gab es am Sonnabend stets „grand jeu“. Da kamen gewöhnlich Offiziere und Großgrundbesitzer von auswärts an, und oft geschah es, daß man ununterbrochen den Sonntag durchspielte, bis in der Nacht zum Montag die auswärtigen Herren wieder abreisen mussten. Die Umsätze waren kolossal. So verlor der an allen internationalem Spielplätzen bekannte ungarische Baron G. in ganz kurzer Zeit 120000 Mark. In den letzten Monaten häuften sich überhaupt die Verluste der meisten Spieler im Club der Fröhlichen ganz enorm. Manche wurden völlig „ausgepumpt“, und gar manche Stellung à la suite, mancher Übertritt zur Reserve und sogar manche Verabschiedung jugendlicher Offiziere war auf einen besonders schmerzlichen „Anschlag“ im Club der Fröhlichen zurückzuführen. Bald trat — erst ganz leise, dann etwas lauter, das Gericht auf, daß die kolossal Verluste mit dem Augenblick begonnen hatten, als ein älterer Herr mit den Allüren eines ladelosen Gentleman in den Club eingeführt worden war. Er gewann und gewann, ohne daß ihm die sonst so trügerische Glücksgöttin jemals untreu wurde. Über plötzlich lauchte eine „peinliche Erzählung“ auf. Es behauptete jemand, der „charmantre Kerl“ sei als Freund und Kollege des „allen chilenischen Reutte“ und des „ouen ehrlichen Seemann“ in einem bösen Prozeß verwickelt gewesen.“

Nun ist der „Stand“ da, die gerupften „Edelsten“ sind außer sich, die Polizei aber hat die ganze Zeit die Spielhölle der Aristokraten nicht gestört. Sie lämpft gegen den „Umfürd“; das ist wichtiger. Das Innere und die Hochfinanz, die das Volk mit Liebesgaben ausplündern, hazardieren und kommerzieren mit den Lumpenproletarien, die ihrerseits die Beutemacher der oberen Gehaltsstufen ausplündern.

Von Nah und Fern.

Es wird fortgeknallt.

Aus Hamburg meldet man: Ein Pissolenduell hat gestern im Ahrensburger Schloß zwischen einem Attache einer auswärtigen Gesandtschaft in Berlin und einem hiesigen Schiffsoffizier stattgefunden. Bedingung war dreimaliger Angelwechsel. Beim zweiten Gang erhielt der Attache einen Schuß in den rechten Arm. Der Attache, der einige Tage besuchte in Hamburg weilte, soll in einer Gesellschaft über die Tochter des Hauses wegwerfende Menschen gemacht haben und deshalb von dem Schiffsoffizier, einem Freunde der betreffenden Familie, gefordert worden sein.

Fünf Seelente ertrunken.

Aus Memel wird gemeldet: Bei Pillkopp auf der Kurischen Nehrung strandete gestern ein unbekannter Dreimaster. Von zehn Mann der Jagung wurden fünf gerettet, die übrigen ertranken.

Seenot.

Dansg. 16. Dezember. Der Stettiner Dampfer Pomerania, der aus Hela gekracht war, wurde heute nachmittag durch drei Danziger Schleppdampfer flott gemacht und in den hiesigen Hafen bugsiert.

Wie sich aus dem heute abend hierher gemeldeten Inhalt einer bei Wujiger Heisterbahn angestrebten Flachenhof des Kapitäns Krüppel ergibt, ist der Kieler Dampfer Adele Sonntag nach zwischen Bornholm und der pommerischen Küste untergegangen. Starz-

seen hatten die große Luke eingeschlagen und die Mannschaft konnte trotz furchtbare Anstrengung das einbringende Wasser nicht bewältigen. Wahrscheinlich ist die ganze Besatzung ertrunken. Im der Flachenhof nimmt Kapitän Krüppel von seiner Frau und seinem kleinen Sohn Abschied.

London 15. Dezbr. Der Dampfer Maria Niemers, welcher bei Kap Henry (Virginia) acht Überlebende von dem verlassenen Dampfer Londonian gerettet hat, berichtet, als Londonian in Sicht gekommen sei, habe hoher Segang und Ölwind das Gerütteln eines Bootes von der Maria Niemers sehr erschwert. Dennoch machte der 2. Steuermann Lenz mit 6 Leuten einen Rettungsversuch; dieselben konnten jedoch erst nach 8 Stunden Rettungsversuchen zu dem verlassenen Schiffe gelangen. Als die Rettenden endlich nach dem Hinterteil der Londonian kamen, riefen sie den auf der Brücke zusammengekrochenen Deutzen zu, nach hinten zu kommen und waren ihnen alsdann Taue zu. Die Überlebenden schlängten die Taue um den Dampf und sprangen in die See und wurden dann in das Rettungsboot und von dort an Bord der Maria Niemers gezogen. Man sah die Londonian in der Dunkelheit forttreiben; dieselbe ist zweifellos gesunken. Wegen hohen Seganges konnte die Maria Niemers das ausgestandene Rettungsboot nicht wieder an Bord nehmen und mußte es zurücklassen.

Letzte Nachrichten.

Bei der Jubelfeier des Volkschullehrer-Seminars in Schenklengsfeld hat Herr Bosse, der preußische Kultusminister mit dem kultusbildenden Herzen, eine für ihn bezeichnende Rede gehalten, aus der einige Sätze angeführt zu werden verdienen:

„Herr Gott hat Gott unter Volk reich gesegnet; aber unter den Kindern des starken deutschen Vaters wogt der heile Kampf um die höchsten Friedensgüter, auch der Kampf um die Schule. Unverzagt und freudig wollen wir ihn aufnehmen. Über den Sieg behalten wir nur, wenn wir alle, auch die Lehrer aller Grade, ihre volle christliche, ganz Persönlichkeit einbringen für die Mitarbeit an den großen Aufgaben, die vor uns liegen. Nur wenn jeder seine Schuldigkeit thut, wenn alle Lehrer auf dem ewigen Grunde des göttlichen Wortes Fuß fassen und, tief eingewurzelt im Evangelium, sich durchdringen lassen von dem alten preußischen Pflichtgefühl, dem schönen Erbe unserer Väter, — nur dann wird es uns gelingen, ein Geschlecht zu erziehen, das fähig ist, den Sternen der Welt zu trotzen und in freier Liebe zu König und Vaterland ein glückliches und auf unerschütterlichen Rechtsgrundlagen gesetztes Vaterland zu tragen bis in den Tod. — Dazu mitzuhelfen, unerschütterlich bis in den Tod da zu stehen, wo unser Kaiser und Königs Fahnen flattern — das ist auch für die Zukunft die Aufgabe dieses Seminars...“

„Dazu wolle der gnädige Gott die jungen und zukünftigen Lehrer und Lehrer der Anzahl segnen und durch seinen Geist tüchtig machen. Er wolle allen Jünglingen Kraft und Lust verleihen. Auch an Sie, meine jungen Freunde, werden die Lockungen und Versuchungen der Welt mit ihrer falschen und betrügerischen Lust herantreten. Aber vergessen Sie nicht diesen Tag und Ihre treuen Lehrer und bleiben Sie fest auf dem Grunde des Evangeliums.“

Am Herrn Bosse ist ein Nachmittagsprediger verloren gegangen.

Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Wien, 16. Dezember. Der deutsche Botschafter Graf Philipp zu Eulenburg („Graf Phili“, der Reisediplomat und Nordkapitronbadour), der gestern auf sein Ansuchen vom Kaiser Franz Joseph empfangen wurde, überreichte diesem einen Brief des Kaisers Wilhelm II.

Paris, 16. Dezember. Die Sammlung der Libre Parole zu Gunsten der Witwe des Obersten Henry aufhöhl ihres Prozesses gegen den Deputierten Reinach ergab bisher über 22000 Franken. An der Spitze der gestrigen Sammlungsliste steht der Generalstabstrottel und Kriegsminister General Mercier.

Madrid, 16. Dezember. Eine offizielle Note besagt, die Regierung werde die Ratifikation des Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat abwarten, ohne die Abreitung des spanischen Gebietes zu verschleunigen, da der Senat den Vertrag möglicherweise nicht genehmigen werde. (?)

New York, 16. Dezember. Der Wert der Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten betrug im November 129783512 Doll., das sind 4724000 Doll. mehr als im Dezember vorigen Jahres, welcher Monat bisher das höchste Ergebnis zu verzeichnen hatte. Die Ausfuhr überstieg die Einfuhr um 77673000 Doll.; aber auch letztere war um 3 Millionen höher als in dem bisher höchsten Monat.

The Times melden aus Philadelphia: Der Ausschuss des nordamerikanischen Repräsentantenhauses für Mittel und Wege ist übereingekommen, einen Gesetzentwurf über die Ausfuhrung der Gültigkeit der englischen Zoll- und Tarifgesetze auf Hawaii dem Hause vorzulegen. Das Gesetz dürfte vom Kongress angenommen werden.

Bur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name der Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unrichtliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben.

Die Expedition.

Zur gefälligen Beachtung!

Gratis-Inserate für die Sonnabend-Nummer werden nur bis Freitag abend 6 Uhr angenommen.

Die Expedition.

Verhandlungskalender.

Freitag: Verein der Markthäuser. Spiels, Gedächtnisse. Z.-D.: 1. Vorlesung über: Weinsachen und die Arbeitsmacht. Referent: Hans Dünker. Düss.

8. Vortrag über: Die entbehrlichen, Verlaubten und Diagnosen. Sonnabend: Vergleich. Einwohner-Verhandlung. Rathaus zum Schwarzen Bären. Vergleich. Abends 4-8 Uhr. Z.-D.: 1. Gemeindeangelegenheiten und Beratung über die Thätigkeit unserer Vertreter im Gemeinderat. 2. Aufstellung der Abordnungen zur bevorstehenden Gemeinderatssitzung. 3. Aufträge über vorliegende Punkte.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.

Reichstag.

6. Sitzung. Donnerstag, 15. Dezember, 1 Uhr.

Am Bundesratssitz Graf Posadowsky, v. Bülow, Freiherr v. Thielmann, v. Gohler u. a.

Zunächst wird auf Antrag der Abg. Agster (Soz.) und Gen. das schwebende Strafverfahren gegen die folgenden Abgeordneten für die Dauer der Session eingestellt: Stadthagen, Thiele, Molzenbühler, Schmidt-Frankfurt, Bach und Schmidt-Auersleben (alle Sozialdemokraten).

Die Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze wird durch Kenntnisnahme als erledigt erklärt.

Die Ueberichten über die Ausgaben und Einnahmen für die Jahre 1896/97 und 1897/98 werden der Rechnungscommission überwiesen; ebenso die über die Einnahmen und Ausgaben der Schatzgebiete für diese Jahre und die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für 1896/97.

Beim Bericht der Reichsschulden-Kommission regt

Abg. Kamp (Reichsp.) an, die disponiblen Mittel des Reichs nicht bei Privatbankhäusern wie Warschauer und anderen anzulegen.

Unterstaatssekretär Achenhorn erwirbt, daß nur der Reichsinvalidenfonds, auf den die Reichsfinanzverwaltung keinen direkten Einfluß habe, zum Teil bei Privathäusern angelegt sei.

Der Bericht der Reichsschulden-Kommission wird hierauf für erledigt erklärt.

Hieraus wird die erste Beratung des Staats fortgesetzt.

Abg. Bebel (Soz.):

Ich werde auf den Stat., soweit er mit der neuen Militärvorlage zusammenhängt, nicht eingehen, weil ich die Absicht habe, bei Gelegenheit der ersten Lesung der neuen Militärvorlage namens meiner Fraktion darüber zu sprechen. Ich will nur dem Abg. Ritter gegenüber bemerken, daß wir unsrerseits über die neue Militärvorlage nicht überrascht waren. Wir haben bisher niemals erlebt, daß eine Gelegenheit, wie sie die Neuordnung der militärischen Verhältnisse bedeutet, vorübergegangen wäre, ohne daß die Reichsregierung die Gelegenheit benutzt hätte, in ausgiebigster Weise neue Mehrforderungen und Lasten vom Volke zu verlangen.

Aus dem gleichen Grunde, aus dem ich nicht näher auf die Militärvorlage eingehe, will ich auch nicht die Bemerkungen des nähern einer Kritik unterziehen, die gestern der Abg. Ritter gegen unsere Stellung zum Militärsystem vorgebracht hat.

Da nun aber auch weiter die Frage der auswärtigen Politik und der ganzen europäischen Lage im innigsten Zusammenhang mit der neuen Militärvorlage steht, so werde ich auch dieses Gebiet nicht näher berühren.

Nur zwei Bemerkungen: Herr v. Bülow hat mitgeteilt, daß Deutschland sich veranlaßt gefeiert habe, von der Anteilnahme in der kretischen Frage zurückzutreten, weil die Dinge dort einen Gang nehmen, der der deutschen Politik nicht behagte.

Ich möchte hier konstatieren, daß die gefährten europäischen Großmächte in der Kretafrage sich eine große Blamme zugezozen haben. Sie haben nicht das greuliche Blutvergießen und den Krieg zwischen Griechenland und der Türkei verhindert, während der unverlegene Teil doch schließlich das bekommen hat, was er erstrebt hatte und dessentwegen gerade der Krieg entbrannte. Daselbe Resultat hätte bei richtigem politischen Vorgehen der Mächte von vornherein ohne Blutvergießen, ohne Kanonenrausch erreicht werden können. — Dagegen hat es mich gefreut zu hören, daß unser Verhältnis zu England sich wesentlich verbessert hat. Wir haben von vornherein betont, daß es keinen größeren Fehler für die deutsche Politik geben könnte, als zum Huk gegen England zu schützen, wie dies in den letzten Jahren in der Presse fast aller bürgerlicher Parteien der Fall war. Ich erinnere an meinen Standpunkt vor zwei Jahren der bekannten Depesche an den Präsidenten Krüger gegenü, jener Depesche, die liegt von demselben Manne, der sie damals veranlaßte, als die ungünstige Devesche bezeichnet worden sein soll. Heute steht also die deutsche Politik genau auf unserem damaligen Standpunkt.

Den Herrn Schatzsekretär hat es mit großer Genehmigung erfüllt, daß die wirtschaftlichen Einnahmen des Reichs für 1898 sich auf 904 Millionen belaufen. Über die Gegenrechnung hat er nicht ausgemacht. Den wirtschaftlichen Einnahmen stehen 907 000 000 Mark Ausgaben gegenüber, die ausschließlich für Militär und Marine ausgegeben werden, d. h.: die gesamten wirtschaftlichen Einnahmen des Reichs werden um mehr als 8% Millionen Mark von diesen Ausgaben übertroffen. Da stehen wir denn doch vor der Frage, ob unsere Zukunft so rosig aussieht wird, wie der Herr Schatzsekretär meint. Wirtschaftliche Vorgänge lassen sich ja schwer voraus sagen, aber bereit im vorigen Jahre hat Dr. Hammacher davor gewarnt, allzu illusionstisch der Zukunft entgegenzusehen. Wenn nicht im nächsten, so wird die Depesche sicher im übernächsten Jahre kommen und mit ihr ein bedeutender Aufschwung an Einnahmen. Dagegen haben wir sichere Mehrausgaben für die nächsten Jahre zu erwarten. Für die neue Militärvorlage sind bis zum Jahre 1902 noch 21 Millionen Mark auszugeben, die Flottenvorlage bringt an regelmäßigen jährlichen Ausgaben mindestens

5 bis 6 Millionen Mark mehr, der Pensionsfonds steigt von Jahr zu Jahr, bei ihm haben wir bis zum Jahre 1908 eine Mehrausgabe von 12–15 Millionen Mark in Rechnung zu stellen. Der Kolonialstaat ist in den letzten Jahren kolossal gestiegen, und er wird weiter steigen. Dazu kommen die Mehrausgaben für Kiautschou. Sachverständige haben bereits vor Jahr und Tag die notwendigen Ausgaben, die Deutschland in die Hafenumgebungen von Kiautschou hineinzustellen hat, auf mindestens 18 Millionen Mark geschätzt. Ebenso steigen alljährlich die Beiträge des Reichs zur Alters- und Invaliditätsversicherung. Angesichts dieser Mehrausgaben müssen Sie sich fragen: kann man denn in der That glauben, in den nächsten Jahren ohne Erhöhung der Steuern, selbst wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bestehen bleibt, auskommen zu können?

Aber noch weiter Pläne stehen im Hintergrunde, die mit erheblichen Mehrausgaben verbunden sind. Mit den sogenannten Tropischen Flottenplänen ist es nicht abzethen. Die Kreuzzeitung macht bereits für eigene Kohlenstationen Propaganda und, wie heißt, hat man an einer sehr einflussreichen Stelle bereits An bedeutungen fallen lassen, schon jetzt mit einem neuen beratigen Plan an den Reichstag heranzugehen, die betreffende verantwortliche Stelle aber habe sich entschieden geweigert, nach allen Erklärungen, die man im vorigen Jahre dem Reichstage gegeben hat, jetzt mit einem solchen Plan vor ihn zu treten (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten). Dab aber ein solcher Plan kommen wird, steht für mich selbstverständlich, Herr von Kardorff hat gestern etwas Ähnliches angekündigt und auch die Kölnische Zeitung, ein Organ, das lange Ohren hat nach Berlin, hat darauf hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen Gestaltung der Weltverhältnisse, bei der Notwendigkeit, fortgesetzt eine größere Anzahl von Kreuzern in allen Weltmeeren stationiert zu haben, Deutschland eine Anzahl Kohlenstationen in verschiedenen Teilen der Welt zu erwerben suchen müsse. Es hat mich freutet, daß der Staatssekretär von Bülow uns darüber bestreift hat, daß uns die bekannte Wallfahrtsreise nach Jerusalem wenigstens vorläufig nicht im Mittelmeere eine Kohlenstation bringen werde. Zedenfalls steht ein neuer Flottenplan am Horizont und die Herren, die die erste Flottenvorlage bewilligt haben, müssen auch die zweite bewilligen.

Genau so gings ja auch mit den Militärbewilligungen. In den Jahren 1879/80–1888 haben wir für das Reichsheer an fort dauernden Ausgaben 3412 Millionen bezahlt und an einmaligen Ausgaben 896 Millionen, in Summa 4298 Millionen. In den folgenden 10 Jahren aber unter dem neuen Herrn sind die Ausgaben für die gleichen Zwecke auf 5996 Millionen gestiegen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben also in den 10 Jahren eine Mehrausgabe von 1688 Millionen für Militär und Marine durchschnittlich jährlich 169 Millionen mehr (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn der Reichstag in den nächsten zehn Jahren so bewilligungslustig bleibt, dann müssen wir uns auf weitere gewaltige Mehrausgaben gefaßt machen. Dabei war bis 1898 das Centrum in Militärs- und Marinestrom geworden ist, wie die Nationalliberalen. Nur ein Unterschied ist da: die Nationalliberalen suchten bei der ersten Lesung wenigstens den Schein zu erwecken, als ob sie sich in der Opposition befänden; aber die Herren vom Centrum fallen jetzt gleich bei der ersten Lesung der Regierung in die Arme (Heiterkeit). Herr Friese will bei der neuen Militärvorlage erst die besonderen, für die Deessentlichkeit nicht geeigneten Mittelungen der Regierung in der Kommission abwarten. Ich protestiere schon gegenwärtig gegen diese, als eine Art von Gewohnheit einreichende Methode, daß man unter dem Vorwand, man habe uns ganz besonders wichtige Staatsgeheimnisse mitgeteilt, denjenigen Leuten, die gern bewilligen möchten, es aber vor ihren Wählern nicht zu tun wagen, die Aussrede geben kann: Ja, wir haben in der Kommission so wichtige, so bedeutsame Nachrichten erhalten, daß unsere Opposition wie Butter in der Sonne dahin schmelzen mußte. Wir haben dieses Spiel schon bei der Flottenvorlage kennengelernt und werden es uns diesmal nicht gefallen lassen. In der jetzigen Militärvorlage sind im Prinzip alle neuen Militärvorlagen enthalten, die fünfzig dem Reichstag gemacht werden. Herr von Kardorff hat bestritten, daß die Schuldenlast des deutschen Reichs sehr hoch wäre und hat auf Frankreich verwiesen. Dieser Vergleich hinkt außerordentlich. Deutschland ist ein junges, Frankreich ein altes Staatswesen, das an uns 5000 Millionen Franken Kriegskosten zu zahlen hatte. Wir haben keine Ursache, uns in die Brust zu werfen. Das besiegte Frankreich hatte außer der Kriegsentlastigung auch noch die Schäden im eigenen Lande zu reparieren. Das deutsche Bürgertum ist, wie Herr Bassemann mit Recht hervorhob, zu seinem Widerstand gegen Militärvorlagen zu haben; die Opposition dagegen, sonst sie das Bürgertum repräsentiert, ist bis auf einen kleinen Rest verschwunden.

In der Kolonialpolitik stehen die steigenden Ausgaben in einem starken Misverhältnis zu dem, was die Kolonien leisten und einbringen. Wir haben für die Kolonien im nächsten Jahrzehnt eine Summe von 19½ Millionen Mark. Diesen Verwaltungskosten steht ein Reichsgutschub von rund 15½ Millionen gegenüber. Rechnen wir nun noch, was die Stationierung der Schiffe, der Depeschenverkehr mit den Kolonien kostet, so können wir die Ausgaben auf

mindestens 16½ Millionen beziffern. Die Gesamtausfuhr der Kolonien in das Kolonialgebiet beträgt aber im Jahre 1896 nur 4743 000 M., die Einfuhr nach den Kolonien 9502 000 M. Die Einfuhr in die Kolonien aber hätte diese Höhe gar nicht erreicht, wenn wir nicht unseren eigenen Verbrauch für die Beamten der Schutztruppe am Eingang zu verzollen hätten.

Das Reich gibt also 1½ Millionen mehr aus, als die gesamte Ein- und Ausfuhr im Jahre 1897 betragen hat. Kann der deutsche Reichstag es auf die Dauer verantworten, daß er solche Summen fortgesetzt und in steigendem Maße für Zwecke ausgleibt, denen sich eine abschbare Zeit auch nicht das geringste Äquivalent entgegenstellen läßt? Auch die großen Hoffnungen auf Westafrika sind nicht in Erfüllung gegangen.

Ich verstehe eine Politik nicht, die auf der einen Seite mit immensen Opfern künftig und treibhausmäßig ohne entsprechende Erfolge Handel und Verkehr in den Kolonien zu heben sucht, und auf der anderen Seite gesicherte Absatzverhältnisse für den deutschen Handel durch die Behandlung der Angehörigen fremder Staaten in Frage stellt. Was bedeutet denn der ganze Handel nach den Kolonien allein dem Verkehr mit dem kleinen Dänemark gegenüber? Dorthin haben wir eine Ausfuhr von rund 100 Millionen. Was hat sich die preußische Regierung darum zu kümmern, ob die Angehörigen eines nichtdeutschen Staates, die sich in Deutschland aufzuhalten, ihrer Militärfreiheit genügt haben oder nicht? Das geht uns gar nichts an. Aber den Holländern in Deutschland wird gesagt: weist nach, daß ihr euerer Militärfreiheit in Holland genügt hat, sonst müßt ihr entweder als preußische Staatsangehörige der preußischen Militärfreiheit genügen, oder ihr werdet herausgedroschen. Die Auswirkung über diese Auswirkungen hat sich über den ganzen Norden Europas erstreckt, Versammlungen von Deutschen im Ausland protestieren dagegen, da diese fürchten müssen, daß sie die Repressalien in erster Linie treffen werden. Da wird, weil ein Deutscher angeblich unrechtmäßig in Haiti im Gefängnis sitzen soll, ein Kriegsschiff hinausgeschickt, da werden impertinenten Noten gewechselt, da wird der Haiti-Republik eingesetzt, daß die Haitianer glauben, ihre Stadt werde morgen niedergebrannt, und hier werden mit kaltem Blute Tausende und Abertausende deutscher Eigentümer in der Fremde geschädigt, weil die Auswirkungen den Ingenuen über die Behandlung der Fremden in Deutschland wecken.

Die Handlungsweise des Herrn von Körber, unschuldige Dienstboten auszuweisen, ist geradezu barbarisch, aber sie ist in ihrer Brutalität furchtbar einleuchtend. Wir wissen ja vom Sozialisten-Geley her, wie es bei den Ausweisungen geht. Eine böswillige Denunciation genügt, um die Ausweisung zu veranlassen. Wir haben nach dieser Richtung in Deutschland noch so manches andere erlebt. Es ist weiter nichts Neues, daß Reichsdeutsche von einem Bundesstaat in den anderen wie Verbrecher abgeschoben werden. Noch heute besteht in Sachsen eine Bestimmung, wonach ein politisch thätiger Mann, der wegen eines Vergehens die Minimalstrafe von 6 Wochen bekommen hat, in einen bestimmten Bezirk gebannt werden kann. Unser gegenwärtiger Kollege Rosenow hat zwei Jahre lang das Gebiet von Chemnitz nicht verlassen dürfen, weil er aus dem umliegenden Bezirk ausgewiesen war. (Heiterkeit links.) Selbst bei den Nationalliberalen erweckt dies Vorwürfe Kopfschütteln, aber wissen Sie denn nicht, daß vor einigen Wochen der neue Präsident in Erfurt den Arbeiter Hasert, der Weimarner ist, aus dem preußischen Staatsgebiet ausgewiesen hat, weil er einige Tage Gefängnis bekommen hatte! Dieser Fall hat unangenehmes Aufsehen gemacht, und die Ausweisung ist bis auf Weiteres zurückgenommen worden. Dem sozialdemokratischen Redakteur Schulz in Erfurt, der aus Bremen stammt, wird die Aufnahme in den preußischen Staatsverband vom Regierungspräsidenten verweigert, weil er das und das politische Vergehen begangen hat. Dafür ist auch nicht ein Schein von geistlichem Recht vorhanden. Wenn ein einfacher Arbeiter etwas tut, dann geht das Gericht regelmäßig von der felsenfesten Überzeugung aus, der Mann kennt das Gesetz genau und hat das Vergehen mit Vorbedacht begangen. Wenn aber die Beamten, die jahrelang Jura studiert haben, um sich für die Verwaltung auszubilden, gegen die klarsten gesetzlichen Vorschriften die allergrößten Verlöste machen, so findet sich kein Staatsanwalt, der solche Herren zur Verantwortung zieht. Ich rufe einmal den Mittweidaer Bürgermeister, der sich die offensbarste Gesetzesverletzung zu schulden kommen ließ, lassen zu lassen. Es wurde auch gegeben, jawohl die Handlungsweise ist ungeschickt, aber der Bürgermeister der Stadt Mittweida war sich dieser Ungezüglichkeit nicht bewußt. (Heiterkeit links.)

Und wenn wir dabei lesen, welch schöne Worte auf der Wallfahrtsreise in das Morgenland gefallen sind! In dem Altenstück, das der deutsche Kaiser bei der Einweihung der Erlöserkirche vorlas, kommt folgender Satz vor: ... daß die die Welt erneuernde Kraft des von hier ausgegangenen Evangeliums uns antreiben soll zu christlicher Duldung und zur Verhüttung selbstloser Nächstenliebe an allen Menschen.“ (Heiterkeit links.) Kann es denn da einen bittereren und größereren Hohn geben, als diese Behandlung der eigenen Reichsangehörigen gegen die Gelehrte, während hier gesprochen wird von Bruder- und Nächstenliebe an allen Menschen? Was sollen die Leute in der Schweiz, in Holland, in Österreich

Billige Weihnachts-Geschenke.

Gelegenheitsposten. Nur soweit der Vorrat reicht. Gelegenheitsposten.

Unterrock
aus reinwoll. Velour mit Bordenbesatz
Stück 3.50.

Unterrock
aus reinwoll. Velour mit elegantem
Bordenbesatz
Stück 4.75.

Morgenrock
„Aurora“
aus dickem Velour-Barchent in hübschen Mustern Stück 3.75.
In kurzer Zeit mehrere Hundert
Stück verkauft.

Morgenrock
aus Velour mit Samtbesatz
Stück 5.00.

Morgenrock
aus prima Velour mit Samtbesatz
Stück 8.50.

Hauskleid
aus gemustertem Haustuch
Stück 3.00.

Hauskleid
aus prima Haustuch
Stück 6.00.

Bluse
aus reinwoll. Tuch in den modernsten
Farben
Stück 3.25.

Bluse
sogenannte Hemdbluse aus schott.
Flanell
Stück 5.75.

Man beachte unsere Schaufenster!

Steigerwald & Kaiser.

denken, wenn sie diese Phrasen lesen, denn Phrasen sind es. (Schr. richtig! links. Oho und Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präf. Graf Ballerstrem:

Der Abg. Bebel ist nicht in der Lage und handelt gegen die Ordnung des Hauses, wenn er ein feierliches Altenstück, das Seine Majestät verlesen hat, als Phrasen bezeichnet. Ich rufe ihn daher zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (fortfahren): Ich überlasse hierüber das Urteilung der öffentlichen Meinung, sie wird wissen, ob diese Bezeichnung von mir recht war oder nicht. Keine Woche vergaßt, wo nicht Kirchen eingeweiht werden mit einem Prunk, wie man ihn früher niemals gefeiert hat. Überall wird offiziell das Christentum im Mund geführt. Angelebt dieses Vorwommiss muss ich sagen, wir Sozialdemokraten, soweit wir Nichtchristen sind, leben mehr nach christlichen Grundsätzen, als jene, die sie tagtäglich im Munde führen. (Schr. wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte über diesen Widerspruch in Worten und Thaten einmal die Anerkennung des Herrn Reichskanzlers hören. Leider sehe ich ihn heute nicht auf seinem Platz, auch gestern nicht, weil, wie ich gelehrte habe, er die Notwendigkeit hat, nur Saufzug zu gehen. (Heiterkeit.) Reichstagssitzungen sind Nebensache, das Vergnügen ist die Hauptsache. (Bewegung.) Auch die vielen, die bisher treue Reichsschafe waren, schütteln die Köpfe, wenn sie dieses beständige Predigen von schönen und herrlichen Grundsätzen mit den grausamen, zum Teil unmenschlichen Thatsachen vergleichen.

Man sollte in der That glauben, wir wären in Deutschland in einem Lande, wo fortwährend die Gefahr vorhanden ist, dass unter unseren Söhnen die Revolte und Revolution emporkriecht. Unmittelbar nach der Wahl ist in Erfurt ein Krawall ausgebrochen, und da der Zufall wollte, dass ich ungefähr 8 Tage zuvor in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung dort eine Wahlrede gehalten habe, so hatte man die Freiheit, mich mit jenem Krawall in Verbindung zu bringen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Hätte ich in jener Versammlung so gesprochen, wie mir das damals von einem Teile der Presse unterstellt wurde, die überwachten Polizeibeamten hätten mich nicht frei aus dem Saale gehen lassen. Nichts davon ist passiert. Trotzdem bat der Herr Oberbürgermeister von Erfurt die Ruhmheit gehabt, in der Stadtverordnetenversammlung zu erklären, an dem Krawall sei die Sozialdemokratie schuld. In zwei Prozessen ist auch nicht der Schein für diese Behauptung beigebracht, obwohl der Oberbürgermeister Zeuge war. Gerade unsere Partei war mit einer öffentlichen Proklamation an die Einwohnerchaft, Ruhe zu halten, noch früher als der Oberbürgermeister auf dem Platz. Freilich hat man das Blafat des Bürgermeisters zuerst anklagen lassen, um nicht den Anschein zu erwecken, dass die Sozialdemokratie früher für Ruhe und Ordnung eingetreten sei, als das Oberhaupt der Stadt. (Heiterkeit und hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Trotzdem hat Herr von der Recke am 28. Juni dieses Jahres mit Hinweisung auf jenen Erfurter Krawall der Polizei die Waffung gegeben, wie sie künftig zu versetzen habe. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie soll nicht über die Köpfe der Masse hinwegschicken. Kann man barbarischer handeln als hier? Schreckfüsse sind eine alte, gute Gewohnheit, hier aber wird das Vorgehen vorgeschrieben. Jänner in den Häusern hinein, mögen da so viele fallen, wie wollen! Das Gesetz schreibt bei solchen Gelegenheiten die Vorleitung des Aufruhrsparsaphen vor, aber hat denn die Menge eine Ahnung von dem, was ein Mann im Tumult mit schwacher Stimme leistet. Die hinteren hören es sicher nicht und die vorderen können nicht zurück. So kommen in 99 Fällen von 100 die Unschuldigen am übelsten davon. Herr v. der Recke schreibt weiter vor, das gleich mit den schweren Klängen dreingeschlagen werden soll. In der That eine sehr menschliche, sehr humane, sehr aristotelische Order, die der Minister des allerchristlichsten Königs, des Königs von Preußen, hier an die Polizei erklärt. Vor vier Jahren hat die Berliner Polizei beim Ausgang einer Versammlung die Menge in brutalster Weise attackiert und provoziert. Mit Gummischläuchen wurde unter die Menge gehauen; jetzt begnügt man sich auch damit nicht, jetzt soll gleich schart breingehauen werden, es muss Blut fließen, denn Blut ist ein ganz besonderer Saft. So wird die Ordnung aufrecht erhalten in einem christlichen Staate. (Schr. gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und als Ergänzung gewissermaßen zu diesem Erlaß ist ein anderer Erlaß, der die Verwendung von Militär bei Unruhen, in die Offenheit gebracht, der von der Militärbehörde ausgeht und den die Frankfurter Zeitung veröffentlicht hat. Warum erklärt man solche Erlasse nur immer geheim, die Offenheit erfährt ja doch davon. Diese Erlasse führen fast zu dem Glauben, als könnten wir uns, ohne es zu ahnen, im großen Belagerungsstaat zu befinden, zu Revolten oder gar zu Revolutionen geneigt wäre. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das stärkt aber ist der leichte Erlaß, der in die Offenheit gebracht ist, und der von dem Vorgänger des Herrn von Gohler und dem General Hahnke unterzeichnet ist. Danach sollen im Falle des Ausbruchs von Unruhen, die einen revolutionären Charakter anzunehmen drohen, ohne weiteres die als sozialistische Führer bekannten Persönlichkeiten festgenommen werden, (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Meine Parteigenossen rufen, das geschiehe offenbar zu unserer eigenen Sicherheit. (Heiterkeit.) Es scheint bald so, denn der Erlaß ist unterzeichnet: Bronhart von Schellendorf, Kriegsminister — von Hahnke, Chef des Militärbürokratischen. (Ahal und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die leichte Unterzeichnung zeigt, woher der Wind weht. Es scheint bald, diese Leute können keine Nacht mehr ruhig schlafen aus Angst vor der Sozialdemokratie. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokraten.) Glaubt die Polizei etwa, dass neben unserer öffentlichen Tätigkeit noch eine geheime bestände? (Schr. gut! bei den Sozialdemokraten), dass wir eine große Verhörrerregenschaft bilden, um eine Revolution vorzubereiten? Wir kommen mit der öffentlichen Tätigkeit am allerweitesten und verlangen nichts weiter, als dass man uns da freie Bahn lässt. Aber freilich mit Gründen kämpft man heute nicht mehr gegen uns, nur mit gemeinen Verdächtigungen. (Schr. richtig!)

Auso der innere Feind ist die Sozialdemokratie, und sie hat ja auch wieder in den letzten Tagen hier stark herhalten müssen. Den Neigen eröffnete der Abgeordnete Bassermann. Aber die Nationalliberalen haben endlich durch Erfahrung etwas gelernt. Sie haben eingesehen, dass Polizeimethoden gegen uns nichts nützen. Man hat in den letzten Tagen wieder einmal sehr darüber geschritten, wer eigentlich die Nährväter der Sozialdemokratie seien. Herr v. Limburg-Stirum hat das bekannte Wort des Fürsten Bismarck wiederholt: die Fortschrittpartei ist die Vorfahrt der Sozialdemokratie. Diese Behauptung wird allmählich langweilig. Der Nährvater der Sozialdemokratie ist niemand anders als die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, zu der Sie (nach rechts) genau so gehören, wie unsere Nachbarn. Gewiss hat die Bewegung in den Städten angefangen, weil in den Städten die kapitalistische Wirtschaftsordnung weiter entwickelt ist. Aber mittlerweise ist auch das flache Land nicht stehen geblieben: Ostpreußen und Posen sind nicht mehr sozialistisch. Und gerade die Partei des Grafen Limburg-Stirum hat uns in den letzten Jahren am allerneisten das Wasser aus die Mühle getrieben. Graf Stollbergs Erklärung unserer Erfolge in Ostpreußen ist nicht richtig. Diejenigen, die früher in den östlichen Provinzen die fortschrittlichen Wahlen gemacht haben, sind im Laufe der Jahre alle in Ihr Lager (nach rechts) übergegangen. Unsere Leute wenden sich in ihrer Agitation an das Proletariat, die Tagelöhner, die Industrie, an die kleine niedriggebrachte Klasse, die ein Leben führt wie die Hunde. (Große Unruhe rechts. Sehr richtig! bei den Soz.) Die sind es, an deren Interessen, an deren Bedenken und Qualen wir anknüpfen, und da finden wir das Agitationsmaterial, und die Stimmen haben darauf Antwort. Polnische und russische Arbeiter, Leute, die selbst auf

außerordentlich tiefer Kulturstufe stehen, sind bereits in Scharen von Ihren Gütern (nach rechts) davongelaufen, weil die Löhne, die Wohnung und die Kost zu schlecht waren. Das können Sie nicht leugnen, in zahlreichen Prozessen ist nachgewiesen worden, in welchen traurigen Wohnungen die Grätearbeiterv. z. B. leben müssen. Im Teltower landwirtschaftlichen Verein hat fürstlich Oberamtmann Ring selbst mitgeteilt, nirgends wohnen die ländlichen Arbeiter schlechter, als auf den Domänen und Hofstammengütern! (Hört, hört! bei den Soz.) Der Staat gleicht also selber das aller schlechteste Beispiel.

Und wie erst sieht es mit den Schulverhältnissen aus! Man könnte hier von dem Kulturstaat Preußen Bilder vortragen, dass die ganze Welt starr sein würde. Sie (rechts) führen eine Wirtschaft, ein Regiment, das, wenn eines Tages Ihre Arbeiter zur Erkenntnis kommen, sie Ihnen allerdings sehr ungemein und unangenehm werden können, und deshalb werden auch alle Mittel anwendet, um die Arbeiter möglichst in geistiger Verrohung zu erhalten. Kein Koalitionsrecht, keine Möglichkeit zu sprechen, keine Möglichkeit, ein Blatt zu lesen, das irgendwie dem Gutsherrn oder dem reichen Bauer nicht gefällt. Dann kommt man ja auch und wirft uns vor, wir seien die Väter des Anarchismus. Herr Bassermann, der offenbar von Zeit zu Zeit zu seiner Information sozialistische Blätter liest (Heiterkeit), hat uns in leidlicher Objektivität mit den Anarchisten nicht in einen Topf geworfen. Aber er meint, unsere mögliche Kritik züchtet Anarchisten. Ja, wie kann man denn in Deutschland mögliche Kritik üben, ohne dass der Staatsanwalt eingreift? Graf Posadowsky hat in bewunderungswürdiger Unkenntnis des Auslandes pathetisch erklärt, solch freiheitliche Rechtszustände, wie bei uns, gebe es sonst nirgends. Nun, in der Schweiz, in Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden und England besteht zweitens ein unendlich größeres Maß von Freiheiten, als in Deutschland! (Schr. richtig!) Das deutsche Reichsgesetz ist ein schlechteres Prezess als das von 1875. Und nun gar das eines Vereins- und Versammlungsrecht! Freilich, wenn sich die Unternehmerverbände zu politischen Zwecken verbinden, dann kriegt sein Hahn danach. Macht eine Gewerkschaft aber auch nur im allgemeinen Interesse, wider das Gesetz zu lösen, so wird mit den allerharschesten Strafen vorgegangen! Wer so wie Sie in der Macht sitzt und wenn auch nicht geschrieben, doch tatsächlich Vorrechte hat, der kann leicht sagen: die Rechtszustände im deutschen Reich lassen nichts zu wünschen übrig! (Schr. gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist schwer, den Satten zu predigen, wie den Hungrieren zu Mute ist!

Anarchismus und Sozialismus haben zwar eine gemeinsame Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, aber damit hört ihre Gemeinsamkeit auch auf. Was wir in Deutschland an gefährlichem Anarchismus gehabt haben, das ist durch die Polizei groß gezogen worden. (Schr. richtig!)

Bei der vorigerichteten Sitzung will ich von den vielen Vorgängen zur Zeit des Sozialistengesetzes nur erwähnen, dass der Versuch, das Niederwalddenkmal in die Luft zu sprengen, mit Kenntnis eines Polizeibeamten unternommen wurde (Hört, hört!), der Mitglied des Anarchistenclubs war und der nichts davon gehindert hat. Wenn Herr von Henk bei den von hier vorgebrachten Vorgängen den Kopf schüttelt, so kennen wir die Dinge aus nächster Nähe. Wenn ich einmal alles ausspielen wollte, würden Sie Ihr Kopfschütteln sehr bald einstellen. Wenn Herr Bassermann die Befreiung des Aylrechts anstrebt, so hat mich das bei ihm einigermaßen überrascht. Bevor Anarchisten und Sozialisten überhaupt auf der Bühne erschienen, gab es Attentate in Hölle und Hölle, und ihre Anführer gehörten den bürgerlichen Parteien an. Leute, die von der Geschichtsschreibung als die besten Patrioten bezeichnet wurden, haben in früheren Zeiten Attentate und Morde selbst gegen hochgestellte Persönlichkeiten angezettelt. Redner erinnert an das Urteil des Theologieprofessors de Witt, das dieser in einem Briefe an die Mutter des Mörders Kogebus über das artige Vergehen ausgesprochen hat; und diese That verdient in Wirklichkeit genau dieselbe Verurteilung wie die eines Esauro, Luccheni u. a. Angelebt dieser Thatsache sollte man die allzugroße Entrüstung, als wenn das Ding und Thatsachen wären, die es noch niemals früher in der Welt gegeben hätte, beiseite schließen. Leider giebt es in erregten Zeiten, wie allgemein bekannt, immer einzelne Individuen, die sich von der Leidenschaft hinreihen lassen, sogar aus falsch verstandenen Idealismus — wo ich, wie ausdrücklich beweist sei, Luccheni nicht rechne — glauben, durch eine derartige heroische That, wie sie es nennen, der Welt Befreiende Dienste zu leisten, während in den meisten Fällen genau das Gegenteil eintritt.

Ferner hat Herr Bassermann behauptet, der Abg. Schippel habe in Stuttgart einen sehr schußzollfreundlichen Standpunkt eingenommen, womit die Sozialdemokratie eine Schwenkung gemacht haben soll. Männer mit schwäbischen Neigungen haben wir in unserer Partei auch schon 1878 gehabt, als es sich hier um den ersten großen Schußzollgegensatz handelte. Die Abg. Frische und Max Klinger waren damals ähnlich in der Wölfe gesäßte Schwäbner, bei der Majorität der Fraktion haben sie indes keinerlei Gegenleide gefunden. Die Partei als solche hat niemals einen solchen Standpunkt vertreten, am wenigsten in Stuttgart. Wie falsch der Abg. Bassermann die Sachlage aussieht, zeigen schon ein paar Sätze der dort gesetzten Resolution. Also der Standpunkt der Partei in Bezug auf Agrar- und Industriezölle steht unzweifelhaft fest. Herr Bassermann meinte ferner, wir machen neuerdings gar manche Sorvernung (Schr. richtig! rechts), eine ganze Reihe von Letzttagen hätten wir aus unserem Programm preisgegeben. Im Laufe der Jahrzehnte haben wir drei, vier Programme gemacht, aber wenn Sie glauben, dass wir uns durch ein neues Programm auch nur ein Schriftchen Ihrem Standpunkt nähern, dann sind Sie jedesfalls auf dem Holzweg. (Schr. richtig! b. d. Soz.) Wir studieren eben die thaträgerlichen Verhältnisse, und sind nicht so blöde, dass wir meinen, wir hätten den Stein der Weisen gefunden. Nein, wir glauben alle, dass wir noch jeden Tag lernen können, dass die Entwicklung der Dinge jeden Tag neue Erscheinungen zeitigt, die wir genau zu beobachten verpflichtet sind, denn die sozialdemokratische Partei ist keine dogmatische, sondern eine kritisierende Partei, die wie die Handlungen ihrer Gegner, so ihre eigenen Grundlagen fortgeführt kritisirt. So sieht also die Sache in Wirklichkeit aus, und wenn es dabei vielleicht für Sie so scheint, dass der eine oder der andere von uns auf einen etwas weiteren Standpunkt hinausgeht, dass der eine oder der andere etwas zur bürgerlichen Gesellschaft neigt, dann werden wir uns auch mit diesem auseinander setzen, und wenn keine Verständigung möglich ist, gehen wir einfach auseinander. (Schr. richtig! bei den Soz.)

Herr Bassermanns Ideal ist vor allem eine gemeinsame Vertretung für Arbeiter und Unternehmer. Aber mit diesem Triumph gegen die Sozialdemokratie sind Sie wieder genauso auf dem Holzweg: die Arbeitsämter, die Arbeitssammern, ein Reichsarbeitsamt, das ist bereits in dem großen Arbeiterschutzgesetz enthalten, das wir 1885 hier im Reichstag eingebracht hatten. Was also heute die Nationalliberalen wollen, was das Centrum auf diesem Gebiete vorschlagen will, das haben wir vor Jahren bereits vorgeschlagen, und Sie haben damals unsere Vorschläge abgelehnt. Wir haben ferner nichts dagegen, dass die Gelder der Invaliditäts- und Altersversicherung für die Schaffung von Arbeiterwohnungen zugänglich gemacht werden, wenn Arbeiter und kleine Leute diese Sache selbstständig in die Hand nehmen. Aber dass man diese Schaffung den großen Unternehmern überweist, dagegen protestieren wir, weil wir in dieser Art Gründung von Arbeiterwohnungen ein großes Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter erwidern.

Sympathisch waren mir die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bassermann, als er sagte, das Tempo in der Sozialreform sei zu langsam. Bekanntlich hat der Herr Staatssekretär des Innern das Gegenteil behauptet. Unsere Sozialreform ist in

der That nicht nur ins Stocken gekommen, sondern zum Teil durch eigentümliche Verordnungen verschlechtert. In der vorherigen Session ist die Unfallversicherungsreform im Reichstage nicht zu stande gekommen, weil der Centralverein der Großindustriellen die entschiedenste Opposition dagegen gemacht hat. Man thut jetzt so gross mit den bevorstehenden Invaliditäts- und Altersversicherungsreform; was wir davon gehört haben, da kommt für die Arbeiter nichts weiter heraus, viel aber für die Herren Agrarier, für die die Reform im wesentlichen gemacht werden soll. Wir haben eine ganze Reihe von Verordnungen, die die Sonntagsruhe für die Arbeiter beschränken. Sie wissen ferner ganz gut, dass in den meisten Städten die unter unendlichen Schmerzen erlassene Bäckereiverordnung nur auf dem Papier steht. Bis heute haben die Regierungen keinen Schritt gegen die mehr als bedenklichen Zustände im Bäckereigewerbe gethan. Der Achtklischus ist bis heute ein frommer Wunsch geblieben. Wir sehen auf der anderen Seite, wie der Staat selber in Verbindung mit den Unternehmern die Arbeiterorganisationen als seine Feinde betrachtet, wie er gegen seine Arbeiter in der Post, in der Telegraphie, in den Militärwerstätten, den Marinewerstätten, den Eisenbahnwerstätten sofort auf die Strafe wirkt, wenn ein solcher Arbeiter esagt, einer Organisation anzugehören. Der Staat selber tritt dem Unternehmerverbund bei, mit schwarzen Listen und vergleichen. Der Bergarbeiterkongress befindet sich in der traurigsten Lage, die Zahl der in den letzten zehn Jahren in den preussischen Bergwerken Verunglückten beläuft sich auf ca. 1000 für die Getöteten, auf ca. 800 für die Schwerverwundeten. Und bis heute hat die preussische Regierung sich noch nicht zu den geringsten Schuhmärschen verstanden. Warum? Weil fortgesetzt die Unternehmer klagen, dass alle derartigen Schuhmärsche regeln ihnen schweres Geld kosten, dieselben Unternehmer, die in den letzten Jahren Dividenden gehabt haben, wie sie niemals im Laufe der Entwicklung vorgekommen sind. Vom Bauarbeiterkongress hört man nichts.

Wenn so überall die Arbeiterselbständigkeit zu Tage tritt, kommt man und nicht mit Reden von Sozialreformen.

Es ist geradezu unsägbar, wie man beständig von Arbeiterselbständigkeit reden kann, wo man doch lediglich von Unternehmerselbständigkeit etwas hört. (Schr. richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Behandlung der Arbeiter ist ja geradezu himmelreichend. Wir haben vor kurzer Zeit den ersten Fall gehabt, dass seit § 158 der G.O. existiert, auch einmal ein Unternehmer verurteilt wurde. Und warum? Weil ihm von seinem Mitkollegen in Eisenach die schärfsten Vorwürfe gemacht und Drohungen ausgeprochen wurden, dass er die Forderungen seiner Arbeiter bewilligt habe. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und doch beschloß die Staatsanwaltschaft erst auf höhere Metropolen einzuziehen. Und was kam heraus? Beim Schöffengericht wurde der Mann mit 2 Tagen Gefängnis, beim Landgericht mit einem Tage Gefängnis bestraft. Zu derselben Zeit passierte es in Dresden, dass ein Arbeiter in Unterhandlungen mit seinem Unternehmer wegen eines Ausslasses trat. Als der Unternehmer sagte: ich werde die Forderung nicht bewilligen, ich kann meinen Bau ruhig ein paar Monate liegen lassen, da sagte der Arbeiter: Wir werden dafür sorgen, dass in den nächsten 4 bis 6 Wochen kein Arbeiter auf Ihren Bau kommt! Wegen dieser Neuerung wird der Mann zu 6 Monaten Gefängnis und 8 Jahren Ehroverlust verurteilt. (Hört, hört! Allgemeine Bewegung.) Es ist geradezu unerhört, wenn man derartige Gerichtsurteile vergleicht. (Andauernde grobe Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten. Pässident blättert um Ruhe.)

Abg. Bebel (fortfahren): Meine Herren, wenn Ihnen meine Rede nicht paßt, dann geben Sie zur Thür hinaus. (Schr. gut! bei den Sozialdemokraten.) So könnten wir die Beispiele hausweise vorbringen.

Seit den Reden in Bielefeld und Deynhäusern urteilte ein großer Teil unserer Richter geradezu auf Kommando. Bei der Wehrhaft der Klagen fiel § 158 gar keine Rolle mehr; da werden nach dem Wehrhaftungsparagraphen, den Bedrohungs-, Erpressungs-, Nötigungss-, Körperverletzungssparagraphen von den Gerichten, die sich als Klägerseite herausgestellt haben, unerhörte Urteile gefällt. Da haben Sie es nicht nötig, noch an neue Strafbestimmungen zu denken.

So lange solche Zustände existieren, werden wir stets diesem Staat unser Recht entgegenstellen. (Vehemente Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister von Gohler:

Der Vorredner kritisierte einen Erlass des Ministers des Innern und erzählte, es sei früher Brauch gewesen, über die Köpfe von Empörern hinwegzuschreien. Mir ist ein solcher Brauch nicht bekannt. Wir haben ganz bestimmte Gesetze und Vorschriften über den Gebrauch der Waffen. Der Offizier, der in einem Falle, in dem die Gesetze den Gebrauch der Waffe vorschreiben, über die Köpfe der Empörer hinwegschreien lässt, gehört vor das Kriegsgericht. (Beifall rechts.) Abg. Bebel erzählte dann weiter von einem Erlass, der vor zwei Jahren ergangen sein sollte. Der Inhalt hat bereits heute morgen im Vorwärts gestanden, ich habe deshalb in den Akten nachzuschauen lassen, aber trotz aller eifrigsten Bemühungen ist es mir nicht gelungen, einen solchen Erlass aufzufinden. Es kann auch gar nicht existieren, denn Erlass, der von dem Kriegsminister und dem Chef des Militärbürokratischen gemeinsam gegeben werden, giebt es eben nicht. Herr Bebel leugnet den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie. In dieser Beziehung verweise ich ihn nur auf die Verhandlungen auf dem Stuttgarter Parteitag, durch die es sich wie ein roter Faden zog, dass die Sozialdemokratie revolutionär bleiben müsse. Abg. Bebel hat versichert, dass die sozialdemokratische Partei niemals daran dachte, irgendwie eine Revolution vorzubereiten. Demgegenüber verweise ich auf eine große Reihe von Parteigenossen und Genossinnen, die die Wege der Sozialdemokratie unbedingt für revolutionär erklären. Abg. Schoenau hat z. B. gefragt: "Die revolutionäre Taktik ist die einzige Möglichkeit für die Sozialdemokratie." (Zuruf des Abg. Singer: "Ist auch richtig!") und Abg. Bleckwinkel hat erklärt: "Das Ende der Sozialdemokratie ist der Untergang der kapitalistischen Gesellschaft." (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Beschwerden des Abg. Bebel über Ausweitung von Reichsdeutchen aus einzelnen Bundesstaaten haben wieder einmal gezeigt, wie bedenklich es ist, solche Sachen hier zur Sprache zu bringen. Wir können unmöglich über solche Vorfälle in allen Bundesstaaten unterrichtet und mit Material versehen sein. Die Herren können daher hier nur auf den allein richtigen Weg verwiesen werden, nämlich die Dinge in den Einzeldistanzen vorzubringen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Beschwerden über mangelhafte Ausführung der Sozialgesetzgebung sind unbegründet. Ich brauche mir auf die lange Reihe von Verordnungen des Bundesrats zu verweisen, die Arbeiterschutzbestimmungen für diejenigen Berufsarten enthalten, deren Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit durch den Betrieb bedroht sind. Wenn ich neulich gesagt habe, wir erfreuten uns weitgehender Freiheiten, so kann ich das nur wiederholen, wenn eine Reihe der sozialdemokratischen Kandidaten ganz offen einsprechen, dass sie den Umsturz von unten nach oben erstreben — wie neulich ein

sprochen. Nach authentischen Mitteilungen seitens der Regierung ist davon gar keine Rede. Die letzte Flottengründung stellt ja gerade den Abschluß einer Ära von Versuchen dar. Ich halte es für eine blonde Unmöglichkeit, daß derselbe Herr Staatssekretär, der uns in der Budgetkommission das bewiesen hat, nunmehr mit einem neuen Flottenplan an uns herantritt.

Herr Bebel hat von dem Anstand und der Ordnungsliebe in sozialdemokratischen Versammlungen gesprochen. Das kann bei uns nur ein mißliebiges Lächeln hervorrufen. Wir alle haben an unserem Elche längst das Gegenteil erfahren. Ich erinnere nur an die jüngsten Verhandlungen vor dem Landgericht in Beuthen.

Der Herr Abg. Graf von Limburg-Strünk hat eine Aenderung in der Reichsfinanzpolitik vorgebracht. Herr Schatzsekretär, ich muß Ihnen offen sagen, wenn Sie kein Fiasco machen wollen, so bleiben Sie mit dieser Reichsfinanzreform einstellen ruhig im Schlagmäntel. Sie werden auf dem von uns unterstützten Wege der Reichsabschaffung bedeutend besser fahren.

Herr von Kardorff hat uns vor einem neuen Vorgehen auf dem Gebiete der Sozialpolitik gewarnt. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß man der Sozialdemokratie nur dadurch wirksam entgegentreten kann, daß man den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nachzukommen sucht. Als eines der wirtschaftlichsten Mittel betrachte ich gerade die Thätigkeit der Arbeiter im Besitzvermögen.

Rebner tritt sodann der Behauptung des Herrn v. Kardorff entgegen, daß das platte Land mehr Rekruten stelle als die Industriebevölkerung, und beruft sich dabei auf eine von Prof. Brentano aufgestellte Statistik.

Herr v. Vollmar ist in seiner Rede trotz aller Warnungen seines Parteigenossen Auer unter die Propheten gegangen. Wir geben den Propheteihungen von der nationalliberalen schiefen Bahn, auf der sich das Centrum befinden soll, zu schanden zu machen. Wir werden uns in unserer festen Absicht, an des Reiches Wohlhaber und Ehre mitzuwirken, durch Ihre Anzupfungen nicht irre machen lassen.

Die Neuherungen meines Freundes Arlken über die Protokollfrage haben im Auslande mancherlei Missdeutungen erzeugt. Ein italienisches Blatt hat gefragt, daß der Herr Abg. Arlken der ganzen katholischen Welt Genehmigung schuldig sei. Da muß ich erklären, daß der Herr Abg. Arlken diese seine Neuherungen in vollem Einverständnis mit seinen politischen Freunden gethan hat. (Bravo! rechts.) Wir sind ebenso deutsch, wie wir katholisch sind. (Bravo! rechts.) Beides sind wir voll und ganz. (Bravo! rechts.) Und deshalb wünschen wir auch, daß man uns als das behandelt, was wir sind, als gute Deutsche (Bravo! rechts), und daß man uns das Vertrauen entgegenbringt, das wir verdienen. (Bravo! rechts.) Und daher will ich gleich den Hauptpunkt berühren, der uns Katholiken immer wieder von einer vollständigen Gleichberechtigung zurückhält. Die Monarchen sind verblüft, die Minister wechseln von Jahr zu Jahr, die Parlamentsmehrheiten ändern sich; der einzige ruhende Punkt in den Erhebungen ist der geheime Rat. (Heiterkeit.) Und wenn sie sich dazu entschließen könnten, auch den Herrn Geheimrat einmal zur Ordnung zu rufen, dann wird die Stunde des Friedens für die deutschen Katholiken geschlagen haben. (Lebhafte Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antl.):

Besonders erfreulich war in der Rede Vollmars das Betonen der nationalen Gesinnung. Auch in Bezug auf die Verdammung jeder Gewaltthat steht der Herr Abg. v. Vollmar in seiner Partei wohl fast vereinzelt da. Eine Mauserung der Sozialdemokratie nach der Seite des Herrn v. Vollmar wäre zwar sehr wünschenswert, ist aber sehr unwahrscheinlich.

Als ein vorzügliches Mittel gegen das Ueberreichen der sozialdemokratischen Stimmen betrachte ich die Einführung einer allgemeinen Wahlpflicht.

Dem Sache des Abg. v. Vollmar, daß das internationale Kapital der Hauptausbeuter ist, möchte ich zustimmen, denn das internationale Kapital befindet sich in den Händen des internationalen Judenthums.

Meine Freunde sind erfreut über den Gesetzentwurf zum Schutz der Arbeitswilligen. Auch der Militärvorlage werden wir zustimmen. Um uns gegen die amerikanische Konkurrenz wirklich zu schützen, muß das angestrebte Fleischschaußgesetz möglichst bald verwirklicht werden.

Was die auswärtige Politik anlangt, so müssen wir beim Abschluß von Handelsverträgen die Interessen unserer von Amerika so stark bedrohten Landwirtschaft wahren. Den Grafen Thun hat Herr v. Bülow neulich zu rücksichtsvoll behandelt. Unter Bismarck hätte Graf Thun eine solche Rede nicht zu halten gewagt. Meine Freunde können es bei dieser Gelegenheit sich nicht verleugnen, ihren Freunden in Österreich ihre Sympathien auszudrücken. (Beifall bei den Antl.)

Nächste Sitzung: Dienstag, 10. Januar 1898, 2 Uhr. (Mechanischachen. — Interpellation v. Wangenheim, betr. die Fleischnot.) Schlüß 6 Uhr.

Aus Podbielskis Reich.

Aus Hannover wird uns vom 15. Dezember geschrieben: Vor der Disziplinarkammer des hiesigen Landgerichts stand heute die Verhandlung gegen den Postschaffner Wolf aus Braunschweig statt, dessen Suspension aus dem Amt am 1. September durch folgenden Erlass des Staatssekretärs des Reichspostamts erfolgte mit Kürzung der Hälfte seines Gehaltes:

Berlin W., 20. August 1898.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts

IV. 34111.

Der beim Postamt in Braunschweig auf Lebenszeit angestellte Postschaffner Friedrich Karl Wolf hat seiner sozialdemokratischen Gesinnung öffentlich Ausdruck gegeben und durch sein Verhalten bei den Stichwahlen für den Reichstag am 24. Juni d. J. Anstoß erregt. Dadurch hat er die Pflicht seines Amtes verletzt und der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt. Ich verfüge daher hiermit gemäß §§ 10, 72, 83 und 84 des Reichsbeamten-Gesetzes wider ihn die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung und gemäß § 127 a. Orte feste Suspension vom Amt.

J. A.: gez. Spilling.

An die Kaiserl. Ober-Postdirektion in

Die Kammer wurde gebildet durch den Landgerichtsdirektor Jenborth, Landgerichtsrat v. d. Beck, Landgerichtsrat Siemens, Ober-Postdirektor Frank und Regierungsrat Pollack als Beisitzende. Die Anklage vertrat Ober-Landesgerichtsrat Bach aus Braunschweig.

Der Angeklagte ist 50 Jahre alt und wurde 1877 von der Postdirektion zu Braunschweig auf feste Vergütung angestellt. 1884 wurde er als Landbriefträger fest angestellt und ist seit dem 10. November 1896 unklindbar. Er bezog ein Gehalt von 1420 Mk. und 180 Mk. Wohnungsentschädigung. Seine Führung im Amt ist als tadellos bezeichnet, abgesehen von einer kleinen dienstlichen Unterlassung am 22. März 1878, die mit einer Ordnungsstrafe von 2 Mk. geahndet wurde. Er erhielt 28 mal Unterstützungs-Befreiungen in Höhe von 20—30 Mk.

Die Anklage behauptet: Am 24. Juni fand in Braunschweig die Stichwahl zum Reichstag zwischen dem Konservativen Bierck und dem Sozialdemokraten Wolf statt. Nachmittags 3½ Uhr habe der Angeklagte sein Wahlrecht ausgeübt und sei gegen 6 Uhr wieder erschienen, um sich Aufzeichnungen über den Ausfall der Wahl zu machen. Er habe sich an den Tisch gesetzt, an dem die Beauftragten der Sozialdemokratie die Stimmen

notierten; es sei ihm bekannt geworden, daß dies Sozialdemokraten seien, er habe sich jedoch nicht an einen anderen Tisch gesetzt und sich noch Auleitung geben lassen, wie er notieren solle. Zu der Voruntersuchung ist festgestellt, daß er von Schwedt und Schröder, den Beauftragten des sozialdemokratischen Wahlkomitees, gefragt worden sei, wen er gewählt habe. Der Angeklagte erklärte: „Wenn Sie mir sagen, wen Sie gewählt haben, dann sage ich es auch.“ Schwedt habe gesagt: „Biereck.“ Wolff habe dann entgegnet: „Ich auch.“ Während der Befragung habe er noch erklärt, sie sammelten das Resultat für den Volksfreund, während der Angeklagte gestand, er sei von der Oberpostdirektion aufgefordert, das Resultat zu notieren. Ein solcher Auftrag sei ihm jedoch nicht erteilt worden. Der Wahlvorsteher des 33. Bezirks habe seiner Entrüstung Ausdruck gegeben, daß ein Beamter in Uniform mit Sozialdemokraten freundlich verkehre. Durch andere Zeugen sei ausgelegt, der Angeklagte habe den beiden Sozialdemokraten gegenüber gehuscht, er habe Vlos gewählt. Dadurch habe er sich als Beamter unwürdig gezeigt, und deshalb sei seine Suspension erfolgt.

Die Voruntersuchung hat ergeben, daß der Angeklagte mit Sozialdemokraten nicht verkehrte. Von der Ober-Postdirektion wurde gestellt gemacht, daß der Angeklagte leichtfertig gehandelt habe und daß seiner Sicht, etwas zu thun, seine Handlung zu Grunde liege. Der Angeklagte bestreite bei seiner Vernehmung, daß er sozialdemokratische Gesinnung behaftet habe. Dass er mit den Sozialdemokraten angestossen habe, sei Menschlichkeit, da diese anständig gekleidet waren. Als er sich an den Tisch setzte, habe er nicht gewußt, daß diese beiden Sozialdemokraten seien, auch habe er nicht erklärt, daß er den Kandidaten Vlos, sondern nur, daß er bloß gewählt habe. Ebensoviel sei es richtig, daß er einer Frage gegenüber, sein Verhalten betreffend, erklärt habe, seiner vorgelegten Behörde könne es egal sein, sondern dem Fragesteller könne es gleichgültig sein, was er thue. Auch stellte der Angeklagte in Abrede, daß er auf die Frage, ob er sich dem nicht schame, mit Sozialdemokraten zu beschreiben, geantwortet habe: „Mit den Wölfen muß man heulen.“

Diese Aussagen decken sich nicht ganz mit den in der Voruntersuchung gemachten und dies veranlaßt den Präsidenten zu der Auseinandersetzung: Es scheint, daß Sie sich von anderen haben belehnen lassen, welche Aussagen Sie hier machen sollen. Auf die Frage des Präsidenten, ob er zugebe, daß er die Postuniform schädigen würde, wenn er mit Sozialdemokraten verbrechen würde, antwortet der Angeklagte mit Ja.

Der Verteidiger Reichsanwalt Dr. Cohen beantragt die Verlehung je eines Schreibens vom Kriegerverein und seiner vorgelegten Behörde, durch die befunden wird, daß er sich stets als patriotischer Mann, wie als braver Beamter erwiesen habe. Damit ist die Vernehmung beendet.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärt in seinem Plaidoyer, der Angeklagte habe eigentümliche Angaben gemacht, es siehe ihm leider nicht zu, aus der Voruntersuchung Aussagen heranzuziehen, sonst würde er ihn lügen strafen können. Der Angeklagte habe den Schwedt gefragt, welche Farbe er trüge, damit meine er eine andere im Innern, als die Uniform sei. Er habe zugeben müssen, daß er Vlos gewählt habe und habe dem Schwedt und Schröder seine sozialdemokratische Gesinnung zugegeben. Das habe Anstoß erregt und durch Zeugen sei befunden, daß es für den Beamten ungehörig sei, mit Sozialdemokraten zu verkehren. Er habe sich seines Amtes unwürdig gezeigt und seine Dienstpflichten verletzt. Die Treue als Beamter habe er nicht gehalten, da er Sozialdemokrat sei.

Der Staat kann keinen Beamten dulden, der mit seinem inneren Feinde gemeinsame Sache macht.“

Daher beantragt er Dienstentlassung ohne Pensionsberechtigung.

Der Verteidiger stellt dem gegenüber fest, daß die Wahl geheim sei und daher kein Zwang, so zu stimmen, wie der vorgelegten Behörde es angenehm sei, für die Beamten bestehet. Moralisch sei notwendig, daß jeder so wähle wie er denkt und kein Gesetz hindert den Beamten auch außerhalb seiner Beamtenpflicht, seine Gesinnung zu behaupten. Die Behauptung sozialdemokratischer Gesinnung ist keine Dienstverleistung. Die Beamten seien nicht fürstliche, sondern Reichsbeamte, und Untreue sei es daher nicht, wenn einer sozialdemokratisch wähle. Es verdiene keinen Tadel, denn soweit sind wir Gott sei Dank noch nicht, daß den Beamten verboten wird, neben Sozialdemokraten zu sitzen. Die Sozialdemokraten sind anständige und ebenso noble Leute, welche Meinung der Angeklagte auch ebenfalls hatte. Er beansprachte nur wegen der Unwahrheit, er sei im Auftrage seiner Behörde in dem Lokale, eine kleine Ordnungsstrafe. Das Urteil lautete: Der Angeklagte ist des Dienstvergehens schuldig und wird zur Strafverfehlung und Kürzung seines Gehaltes um ½ des bisherigen Betrages verurteilt.

In der Begründung sagte der Präsident: Der Angeklagte habe die Uniform geschädigt, da er den Vorlese mit den Sozialdemokraten im Wahllokal nicht abgebrochen habe. Dem Angeklagten seien die unsittlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, die auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtet seien, bekannt, und nur sein Reichtum habe ihn vor härterer Strafe bewahrt.

Es ist ein Glück, daß die aus dem bourgeoisen Klassenvorurteil des Richters entsprungene Auffassung von der „Unsittlichkeit“ der Sozialdemokratie von Millionen nicht geteilt wird.

Quer durch Leipzig.

Auskunftsstelle der sächsischen Staatsbahnenverwaltung (Dresdener Bahnhof, geöffnet Wochentags von 8 Uhr vorm. ununterbrochen bis 6 Uhr nachm., Sonn- und Festtags von 10 bis 12 Uhr vorm.) und

Auskunftsstelle der preußischen Staatsbahnenverwaltung (Brihl 75 u. 77 [Kreditanstalt]), parterre im Laden, geöffnet Wochentags von 8—1½ Uhr vorm. und von 1½—6 Uhr nachm., Sonntags von 10—12 Uhr mittags) geben beide unentgeltlich Auskunft

a) im Personenverkehr über Ankunft und Abgang der Züge, Zuganschlüsse, Reiserouten, Billetpreise, Reiseerleichterungen, Fahrpreismäßigungen etc.;

b) im Güterverkehr über allgemeine Transportbedingungen, Frachträte, Markierungen etc.

Auskunftsstelle für See-Schiffahrts- und Reise-Verkehr. Reisekarte der Hamburger Reederei: F. W. Graupenstein, Blücherplatz 1. Unentgeltliche Auskunftserteilung: Wochentags 9—12 Uhr vormittags und 8—6 Uhr nachmittags.

Städtisches Brausebad, am alten Johannisfriedhof, Läubchenweg. Geöffnet: Wochentags von vorm. 6—1 Uhr mittags, 8—9 Uhr nachm., Sonntags von 6—12 Uhr vorm. Preis eines Bades 10 Pf.

Historisches Museum im Gesthause zum Napoleonsstein. Ausstellung historischer Gegenstände aus der Zeit Napoleons I. und der Freiheitskriege, enthaltend über 5400 Nummern.

Grafs-Museum. Museum für Volkskunde geöffnet an Sonn- und Feiertagen von 10½ bis 3 Uhr, an den übrigen Tagen von 10—3 Uhr. Montags geschlossen. Eintritt Sonntags, Mittwochs und Freitags frei, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 50 Pf., an Menschenmaren 2½ Pf.

Deutsches Buchgewerbe-Museum, Buchhändlerhaus, Portal Ecke Gerichtsweg, 1. Stock, Sonntags, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 10½ bis 1 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Grafs-Museum. Kunstgewerbemuseum geöffnet an Sonn- und Feiertagen von 10½—3 Uhr, an den Wochentagen von 10—3 Uhr, Montags geschlossen. Bibliothek und Zeichensaal an allen Wochentagen von 7 bis 9 Uhr abends geöffnet. Eintritt Sonntags, Mittwochs und Freitags, sowie an Wochentagen abends frei, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 50 Pf.

Kaiser-Panorama. Neumarkt 2. Täglich geöffnet. Zoologisch-zoologisches Museum (Thälstrasse 33) Geöffnet Mittwochs von 2—4 Uhr.

Städtisches Museum und Leipziger Kunstverein geöffnet an Sonn- und Feiertagen 10½—3 Uhr, Montags 12—4 Uhr, an den übrigen Wochentagen 10—4 Uhr. Eintritt in das Museum Sonntags, Mittwochs u. Freitags frei, Montags 1 M., Dienstags, Donnerstags und Sonnabends 50 Pf. Am den Menschenmaren 25 Pf. Der Eintritt in den Kunstverein beträgt für Nichtmitglieder 50 Pf.

Der Wechself-Ausstellung, Markt Nr. 10, II. (Rauhalle), geöffnet von 9 bis 5 Uhr Wochentags und 1/11 3 Sonn- und Feiertags.

Verein für die Geschichte Leipzigs. Johanniskirch 8. Die Sammlungen sind geöffnet jeden Mittwoch und Sonntag von 11—1½ Uhr. Eintrittsgeld 20 Pf.

Neues Gewandhaus. Täglich von früh 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr geöffnet. Eintrittssachen zu 1 M. pro Person für Vereine und auswärtige Gesellschaften bei Entnahme von mindestens 20 Billets zu 50 Pf. pro Person sind am Eingang zu lösen.

1. Sanitätswache (Nikolaistraße 2) u. 2. Sanitätswache (Peterssteinweg 17) u. 3. Sanitätswache (Dresdener Str. 22, Thorhaus) des Samariter-Vereins sind Tag und Nacht geöffnet. Zimmermähnder ärztlicher Dienst. Fernsprech-Anschluß Amt I, Nr. 507.

Universitäts-Ander-Klinik und Poliklinik, neues Kinderkrankenhaus in L.-Reudnitz, Plaumannstraße 1, Sprechstunde unentgeltlich jeden Wochentag 2—3 Uhr nachmittags; für chirurg. Kräfte 3—4 Uhr. Aufnahmen in die Anstalt (gegen Verpflegungsgebühren) zu jeder Zeit.

Poliiklinik für Nervenkrankte, Windmühlenweg 20, Sprechstunden Dienstags und Freitags von 1½—2 Uhr.

Homöopathische Poliklinik. Wochentags 9½—10½ Uhr im homöopathischen Krankenhaus, Sidonienstraße 44.

Universitäts-Augsenklinik und -Gaukraulanzialt. Liebigstraße 14, Sprechstunden täglich außer Sonn- und Feiertags von 1/10 10 Uhr bis 1/12 12 Uhr, erstmalige Konsultationen nur bis 11 Uhr.

Poliiklinik des Albert-Zwergvereins Leipzig (Vange Straße 25). Poliklinik für Nervenkrankte, Windmühlenweg 20, Sprechstunden Dienstags und Freitags von 1½—2 Uhr.

Homöopathische Poliklinik. Wochentags 9½—10½ Uhr im homöopathischen Krankenhaus, Sidonienstraße 44.

Universitäts-Augsenklinik und -Gaukraulanzialt für Hautkrankheiten. Die Poliklinik w. tägl. zw. 10 u. 12 Uhr vorm. im St. Jakobshospit. abgeh.

Ehrgängliche Poliklinik im städt. Krankenhaus St. Jakob. Hauptbehandlungszeit täglich vormittags von 8—11 Uhr, für Verleugnungen ist die Poliklinik jedoch Tag und Nacht geöffnet.

Ausstellung der städtischen Gasanstalten von Gaslonium-Artikeln aller Art, Kurprinzstraße 14, Gebäude an der Markthalle, Eingang Seite Brüderstraße, täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 8—1 und 3—7 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Panorama (Wölterschlacht). Rossmarkt. Täglich bis abends 9 Uhr geöffnet.

Dauernde Gewerbe-Ausstellung. An der Promenade, Reichshalt. und vielseitige Vereinigung gewerbl. Erzeugnisse u. Neuheiten der versch. Art. Täglich geöffnet von 9, Sonntags von 11 Uhr.

Gemeindeverein Stünz.

Sonnabend den 17. Dezember abends 1/2 Uhr [12213]
Außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthause.
Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Die Vorstandsmitglieder werden erachtet, pünktlich zu erscheinen. Jeden zweiten und vierten Sonnabend im Monat Mitgliederversammlung. Sängerprobe jeden Donnerstag. D. V.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Leipzig.)

Sonnabend den 17. Dezember abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung im Coburger Hof.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Der Arbeiterverein und die Gewerkschaften. [12232]

Der Vorstand.

Buchbinder-Fachverein

Sonnabend den 17. Dezember abends 8 Uhr

Versammlung

im Restaur. Johannisthal, Hospitalstr. 22.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Entwicklung der Gesellschaft. Ref.: Genosse E. Grenz. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. [12210]

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Bürtigliches Erscheinen erwartet.

Die Verwaltung.

Stuckature. Filiale Leipzig.

Sonnabend den 17. Dezember abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung bei Spieß, Seeburgstraße.

Tagesordnung: 1. Steuerberichtigung und Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Wahl einer Kommission für die Vorarbeiten zur Vorstandswahl. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. [12218]

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.

Die Verwaltung.

Leutzsch.

Sonnabend den 17. Dezember abends 1/2 Uhr

Einwohner-Versammlung im Gasthaus zum Schwarzen Jäger, Leutzsch.

Tagesordnung: 1. Gemeindeangelegenheiten und Bericht über die Tätigkeit unserer Vertreter im Gemeinderat. 2. Aufführung der Kandidaten zur bevorstehenden Gemeinderatswahl. 3. Aussprache über vorstehende Punkte. [12192]

NB. Da die Versammlung am 14. Dezember behördlich verboten wurde, findet dieselbe nunmehr am 17. Dezember statt.

Es steht zu erwarten, daß sich die Einwohner zahlreich einfinden, indem weitgehende Tagesfragen zur Behandlung kommen.

Der Einberufer.

Verband der Bau- und Erdarbeiter.

Zahlstelle Leipzig I.

Sonntag den 18. Dezember vormittags halb 11 Uhr [12226]

Mitgliederversammlung im Goldenen Ring, Nikolaistr.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Wahl zweier Verbandsdelegierter. 3. Bericht vom Gewerkschaftsrat durch Kollegen Helmke. 4. Gewerkschaftliches.

Zahlreicher Besuch erwartet.

Der Vertrauensmann.

Arbeiter-Verein Wahren.

Sonntag den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag).

Grosse humoristische Abend-Unterhaltung im Saale des Birkenschlösschens zu Wahren

ausgeführt von der Sängers- und Dramatischen Abteilung des Vereins unter Leitung des Dirigenten Oswald Schmidt. Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ein genüßlicher Abend versprechend lädt ein. D. V.

Thüringer Dorforschmiede

Restaurant mit Saal, Kreuzstr. 14.

Empfiehlt einen kräftigen Mittagstisch mit Bier 50 Pf., sowie früh und abends Stamm. Jeden Freitag und Sonnabend Tafelspaten mit Thüringer Röcken sowie Pökelschweindknochen. f. Zwankauer Lagerbier und Bayrisch. Um freudl. Zuspruch bittet L. Starke, Dorforschmied.

Mein gemütlicher Saal eignet sich vorzüglich zu Hochzeiten, Kindertagen und sonstigen Feierlichkeiten und Versammlungen. [12178]

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfiehlt kräftigen Gemüse-Mittagstisch, à portion 40 Pf.

Coburger Hof.

Teleph. I. 483. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I. 483.

Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfiehlt meine Lokalitäten zur gesell. Benutzung.

Empfiehlt meinen guten preiswerten Mittagstisch insl. Bier 50 Pf., Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.

Herner empfiehlt meine kleine Asphalt-Kegelbahn.

Sonnabends Schweindknochen.

50 Betten von 30 bis 150 Pf. Hochachtung Karl Langert.

Restaurant Brüderburg, Brüderstr. 19.

Morgen sowie jeden Sonnabend Thüringer Röcken mit verschied. Braten. f. Außmbacher sowie Lagerbier, Apfelwein vom Hof à Glas 15 Pf.

Kurprinzstr. Nr. 20 Kleine Markthalle Kurprinzstr.

(Albin Kirschky)

Empfiehlt seine Lokalitäten allen Freunden und Bekannten zur gesell. Benutzung. Gemütlicher Familienaufenthalt bei täglicher Unterhaltungsmausik. Empfiehlt meinen kräftigen Mittagstisch, sowie Stamm nach Wahl à 40 Pf. f. Bier u. Böse. Jeden Mittwoch Thüringer Röcken. Jeden Sonnabend Schweindknochen.

Restaurant zur Linde, Lindenstr. Nr. 10.

Empf. meine frdl. Lokalitäten. Arzt. Mittagstisch. Bier ff. wie alle Getränke in bef. Güte. Achtingvoll Wilh. Werchan gen. Lehmann. NB. Jeden Sonnabend Schweindknochen. [12102]

Restaurant Eilenburger Hof, Leipzig Antonstr. 7.

Morgen Sonnabend Grosse humoristische Abendunterhaltung. Anfang 1/2 Uhr. Eintritt frei. Emil Höhne.

Restaurant F. Schulze Nachf.

Karlstr. 6 (Int. Grenzendorfer.) Karlstr. 6.

Heute sowie jeden Sonnabend ff. Schweindknochen, ff. Lagerbier und Außmbacher vom Hof. [10579]

Restaurant Saxonie L.-Plagwitz

Ecke Zschochersche u. Schmiedestraße

Große freundliche Lokalitäten, jeden Freitag, Sonnabend und Sonntag musikalische Unterhaltung. ff. Lager von C. W. Naumann, Außmbacher von C. Pöhl. [10960]

Kräftigen Mittagstisch.

Empfiehlt ganz besonders meine ff. Seltz, Rhein-, Mosel- und Ungarweine zu billigen Preisen. Portwein, à Flasche Mk. 1,25, Glas 15 Pf.

Wiener Würstchen. Specialität: Regensburg mit Sauerkraut.

Jeden Sonnabend Schweindknochen, Sonntags Spezialkuchen. Hochachtungsvoll

Georg Schröder.

Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. Nr. 52

empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten. Speisen und Getränke hochfein

Sonnabends Schweindknochen, Sonntags Spezialkuchen. Hochachtungsvoll

Restaurant National, L.-Plagwitz, Karl Heine-Strasse 71.

Halte meine Lokalitäten und Vereinszimmer bestens empfohlen. Biere und

Speisen von bekannter Güte. Sonntags frisch Spezialkuchen. Karl Müller.

Vockes Restaurant, Plagwitz

Merseburger u. Weissenfelscher Straßen-Ecke 32

empf. seine Lokalitäten. Speisen u. Getränke hochfein. Sonnabends Schweind-

knochen. Sonntags Spezialkuchen. Karl Zeldler gen. Vocke. [10970]

Restaurant Gambrinus, Connewitz, Lange Strasse.

Empfiehlt meine Lokalitäten bestens zur geselligen Benutzung. Sonnabend

Grosses Schinkenfest. Hierzu lädt ergebenst ein Herm. Fiedler.

Feders Restaurant, Reudnitz Feldstr. 25

empfiehlt seine geräumigen Lokalitäten. Gesellschaftszimmer, Saal, 200 Pers.

fassend, für Vereine und Gewerkschaften. Hochachtungsvoll Karl Feder.

Altdeutscher Hof, Neustadt, Hauptstr. Schweinauskegeln.

Freitag u. Sonnabend [12173]

O. Schindler.

Gohlis Restaurant zur Amsel Gohlis

Möckernsche Str. 2 Int. Paul Schubé

empfiehlt kräftigen Mittagstisch, ff. Büschener Lagerbier.

Wahren. Restaurant zur Salzmeste

Sonntag den 18. Dezember

Einweihung meines neu erbauten Gesellschaftssaales verbunden mit musikalischen Vorträgen.

ff. Hosen- u. Gänsefedern. [12205]

Es lädt ergebenst ein W. Gräßner.

Arbeiterverein Leipzig. Gem.-Ver. Marzflieberg.

Sonnabend d. 17. Dezbr. abends 9 Uhr

Mitgliederversammlung im Gasthof zur grünen Eiche.

12204] D. V.

Große Versteigerung

d. ganz. Warenlag. i. Herren- u. Knaben-

Garderobe Eisenbahnhof, 13, Neustadt.

Winter-Überzieher, Hohenzollern-

Mantel, Knaben sowie ein Posten ele-

gantester kompletter Auszüge für Herren

und Jungen sollen im Geschäftslatal

Neustadt, Eisenbahnhof, 13, von Sonnabend den 17. d. M. ab,

sowie die nächsten Tage versteigert werden.

Besichtigung des Lagers gern gestattet.

Verkauf vor und während der Auktion

zu jedem nur annehmbaren Preise.

A. Weiss, Neustadt, Eisenbahnhof, 13.

Auch Sonntag zum Verkauf und Be-

sichtigung geöffnet. [12237]

Achtung, Äpfel!

Verkäufe wie alle Jahre frühe Röhr-

und Tafel Äpfel, dabei 400 Centner

auschmeckende große Steiermark Äpfel sowie

Steiermark Äpfel, Reinetten, Borsdorfer

Äpfel, grobe und kleine Weihnachts-

Äpfel, Gr. von 6 Pf. an, bei 10 Pf.

Gr.-Preise. Geöffnet bis 9 Uhr abends.

Ranständter Steinweg 49, hof.

Billig! Billig! 25 Bettstellen

mit Matratzen

finden einzeln mit 5 & 6 Abzahlung

und wöchentlich 1 & 2 Abzahlung

abzugeben. [2119]

S. Osswald, Königplatz 7, I.

gegenüber der Markthalle.

Disquisition.

Hiermit schließt unsere Tätigkeit in

diesen Jahren, und erwartet daher einen

zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

3. Beilage zu Nr. 291 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, den 16. Dezember 1898.

(Fortschreibung aus dem Hauptblatt.)

kleine politische Nachrichten. Zum Empfang des Reichstagsschlusses durch den Kaiser will das Berl. Tagebl. erfahren haben, der Kaiser habe bezüglich Faschoda bemerkt, obgleich die Angelegenheit reguliert sei, so dürfe man doch, ohne schwächerisch zu sein, eine große Rivalität zwischen den Engländern und Franzosen nicht übersehen. — Eine Tausendadresse an den früheren Präsidenten v. Buol für seine parlamentarische Wirksamkeit hat die Centrumspartei des Reichstags gefordert. Das Beenden des Freiherrn v. Buol ist, wie der Berl. Beobachter von durchaus zuverlässiger Seite, entgegen einer in mehrere Blätter übergegangenen Notiz bemerkt, zur Zeit ein durchaus bestreitbares. Seine Überredung werde spätestens im Beginn des Frühjahrs, wenn nicht schon früher erfolgen. — Herling geht nicht nach Bonn, er bleibt den Münchenern "erhalten". — Dem deutschen Panzerkönig Brandenburg wurde im Nordwesten auf der Rückfahrt aus den schwedischen Gewässern nach Kiel eine Barkasse entzissen und zertrümmt. Der Panzer selbst wurde von seinem Ankerplatz bei Kungsbacka (Schweden) abgetrieben und kam längsseits des Panzerabiffs Bayern zu liegen, ohne jedoch eine Beschädigung anzurichten. — Erschöpft hat sich in Angermünde der Major Boden vom 64. Infanterieregiment. — Die Bebauung des Holms bei Danzig ist nach der Danz. Stg. freigegeben. Er unterliegt also nicht mehr den Beschränkungen des Rayongesetzes. — Das Organ der Demokraten in München, die Oidboden-Münchener Freie Presse, wird ihr Erscheinen nicht, wie gemeldet wurde, am 1. Januar einstellen. — Der braunschweigische Landtag wurde gestern bis zum 10. Januar vertagt. — Auch Detmold scheint seinen "Fall Kohe" zu haben. Die Altpfälzische Landeszeitung schreibt: "Schon seit langer Zeit werden über Vorgänge am Hofe, in Kreisen der Staatsbeamten und besonders über höchst vertrauliche Angelegenheiten auf den verschiedenen Wegen Nachrichten in das Publikum gebracht. Wiederholt ist dazu Mitteilung durch anonyme, offenbar von Damenhand stammende Briefe gewährt. Die Briefstellerinnen sind sehr gewandt im Gebrauch der Feder, kennen die Geheimnisse der intimsten Art und auch die Ansichten der leitenden Personen. Letztere wurden in den verschiedensten Gestalten mitgeteilt. Bald wird ein Rat, bald eine Wohnung, bald ein Appell an das Gewissen oder an das Ausstandsgesetz daran geknüpft. Der Regel nach folgt der so bewirkten Kenntnis der Vorgänge ein schnell durch gefällige Colporteurs verbreitetes Gerücht. Dieses führt sich gleichfalls auf Kenntnis der betreffenden Vorgänge, wenn diese auch arg ausgestellt werden. Gerücht und anonymes Schreiben bedecken sich. Nachdem die Verbreitung beforgt, entbrennt dann überall die Hebe gegen den Empfänger des anonymen Schreibens. Ein aus der Beamten gesellschaft vor längerer Zeit hervorgegangener Brief ist Gegenstand eines Strafantrages geworden. Die Erfolglosigkeit des Ermittlungsverfahrens und die daraus entstandenen großen Unannehmlichkeiten schreien vor ähnelichen Schriften ab." — Im Gothaischen Hochstammler für 1899 ist folgende Neuerung "bemerkenswert": Zum erstenmal seit dem 1884 erfolgten Tode des Herzogs Wilhelm von Braunschweig wird das Haus Braunschweig-Lüneburg wieder selbstständig unter den europäischen Regentenhäusern aufgeführt. Der Chef dieses Hauses ist der Herzog von Cumberland, der Sohn des Königs Georg V. von Hannover. Er wurde bisher mit seiner ganzen Nachkommenchaft im "Gothaer" im Regentenhaus Großbritannien und Irland (Braunschweig-Lüneburgisches Haus, jüngere Linie) als "höchster Prinz von Großbritannien und Irland" aufgeführt. Im Jahre 1899 ist nun der Herzog von Cumberland nicht mehr unter "Großbritannien" zu finden, sondern er figuriert als Chef des Welfenhauses "Braunschweig-Lüneburg". Schauderhaft! — Über die Spaltung des Rhein-Warnelanaals ist ein provisorisches Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich geschlossen worden, das am Mittwoch im Pariser Journal offiziell veröffentlicht wurde. — Das Wiener Amtsblatt bringt die Enthebung des Prinzen Liechtenstein vom österreichischen Botschaftsvorsteher in Petersburg. — Die Strafmaßner in Bologna verurteilten den früheren Botschafter Favilla, einen Spießgesellen Crispis, wegen Betrugs zu 80 Monaten Zuchthausstrafe. — König Leopold von Belgien liegt an einer Schneuverzerrung stark. Die kleinen "Ratten" vom Ballott werden darüber traurig. — Bei den Kommunalwahlen in Christiania hat die Linke eine Niederlage erlitten, indem sie die Mehrheit eingebracht hat. 84 Kandidaten waren zu wählen. Von den Gewählten sind 42 Konservative, 32 Anhänger der Linken und 7 Sozialdemokraten. Dazu kommen noch 8 Temperanzler, die zu den Liberalen gerechnet werden. Die Schuld an der Niederlage wird der Linken selbst zugeschrieben, da sie im Rathaus keine entschiedene fortschrittliche Politik getrieben hat. — Ein Mittel gegen den Umsturz. Die Kaiserin Witwe von China hat dem Prinzen zweiten Grades, Tsai-Tschi, sowie dem Prinzen dritten Grades, Tsai-Lien, das Schwert Schung-Fang verliehen. Das Schwert gibt seinem Träger das Recht, einem jedem ohne Rücksicht auf Rang und Würde den Kopf abzuschlagen, ohne zuvor die Erlaubnis beim Thron einzuholen. Der Vorwärts bemerkt dazu: "Das wäre eine hübsche Auszeichnung für Herrn v. Simm, wenn ihm jöch ein Schwert verliehen würde. Dann könnte er einmal energisch Politik treiben!"

Aus dem deutschen Kolonialgebiet.

Über die Bedeutung von Kiautschou urteilt der Pekinger Vertreter der Times wie folgt: Kiautschou scheint, soweit bis jetzt zu sehen ist, ein vollständiger Feuerschlag zu sein. Der Gouverneur hat seinen Posten niedergelegt, denn, wie ein deutscher Offizier sagte, das Auswärtige Amt erwarte von ihm, daß er aus Höderling Hofer mache. Bis jetzt ist kein Eisenbahnbau in Schantung ver sucht worden, und seinem Handelshaus ist es gelungen, sich in Kiautschou niederzulassen. Es gibt dort keinen Handel, es herrscht keine Thätigkeit, und wenn nicht Deutschland dort ein ganz anderes Verwaltungsverfahren einjuht, wird die Kolonie ein Miserat sein. Die Deutschen selbst meiden den Ort, sie können ihre Thotkraft besser auf den Gebieten anwenden, die von den Engländern schon geöffnet und entwickelt worden sind.

Italien.

Kirklapolitik. — Die Allianzfrage in der Kammer.

Nom. 15. Dezember. In der Deputiertenkammer erwidert bei Beratung des Budgets des Ministeriums des Kaisers der Minister des Kaisers Canevaro auf verschiedene Anfragen, Italien stehe in den besten freundschaftlichen Beziehungen zu Menelik, dem Abessinierkönig, bei dem es einen Vertreter habe, der fortlaufend beruhigende Nachrichten schicke. Menelik sei geneigt, in sehr entgegenkommender Weise über die Grenzfrage mit Italien zu verhandeln, und Italien die gegenwärtige Grenze zu lassen mit der einzigen Bedingung, daß, wenn Italien das Hochplateau aufgabe, ihm (Menelik) allein das Recht zustehe, dasselbe zu besetzen. Es besteht absolut keine Verallianzung zu der Annahme, Menelik marschiere gegen Tigré mit sündlichen Absichten gegen Italien. Das Manascha habe die italienische Regierung gebeten, bei Menelik für ihn die Vermittelung zu übernehmen. Die italienische Regierung habe das Manascha geraten, sich zu unterwerfen, und Menelik empfohlen, die Unterwerfung anzunehmen. Es habe sich lediglich um eine freundschaftliche Union gehandelt, die italienische Regierung habe sich

in keiner Weise engagiert. Es könne natürlich unvorhergesehene Konfliktsfälle geben, aber die Stärke der in Erythrä stehenden Truppen seien Italien in Stand, mit voller Sicherheit widerstand zu leisten bis zur Ankunft von Verstärkungen aus Italien. Die Regierung seye einfach die Politik ihrer Vorgänger fort.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Sangiusano erwidert der Minister, die Regierung verfolge die Politik des vorigen Kabinetts sowohl in deren allgemeiner Richtung, als in allen Einzelfragen. So sei es bezüglich der Allianzen als bezüglich der Beziehungen zu den anderen europäischen Nationen, die sie, er verzichere dies in aller Form, so freundschaftlich wie jetzt gewesen seien. "Während wir uns bemühen", sagte der Minister hinzu, "die guten Beziehungen mit allen Staaten zu pflegen und zu festigen, müssen wir besonders glücklich über das Handelsabkommen sein, das dank wechselseitigen guten Willens und hohen Billigkeitszinses auf beiden Seiten klarlich mit Frankreich abgeschlossen werden konnte. Dieses Abkommen hat, während es wichtigen wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder genügt, zugleich die Wirkung, daß wir haben wir volles Vertrauen, die letzten Spuren von Missverständnissen verschwinden zu lassen und eine Lage gegenseitiger Herzlichkeit und Freundschaft zu schaffen, wie es Völkern zukommt, die Gemeinschaft der Rasse und der Kulturentwicklung besitzen." (Sehr lebhafte Zustimmung.)

Großbritannien.

Paul Cambon als französischer Gesandter in London. — Major Martyn und die Ugandaebahn. — Sir William Harcourt's Drohung, von der Parteileitung zurückzutreten.

London, 14. Dezember. Man erwartete eine Besserung der Beziehungen zwischen Frankreich und England von der Persönlichkeit des neuen französischen Gesandten Paul Cambon, der am letzten Freitag der Königin Victoria vorgestellt worden ist, und ihr sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat. Paul Cambon hat zuletzt den Gesandtschaftsposten Konstantinopel inne gehabt und stand dort auf ganz besonders freundschaftlichem Fuße mit Sir Philipp Currie, dem englischen Botschafter, der jüngst nach Rom versetzt worden ist. Ein Bruder des Paul Cambon ist Gesandter in Washington.

Sir Philipp Currie und Paul Cambon haben an der Lösung der kretischen Wirren miteinander gearbeitet; daß es gelungen ist, Frankreich und England in der kretischen Frage zusammenzubehalten, trotz den Bemühungen mit Russland in China, und besonders trotz der durch die Besetzung von Faschoda verursachten hochgradigen Spannung ist zum größten Teil das Verdienst Cambons. Er war vier Jahre lang Ministerresident von Tunis und ist mit den afrikanischen Angelegenheiten aus jener Zeit hier genau vertraut.

Paul Cambon ist außerdem in London, daß er häufig besucht hat, und wo er viele Freunde besitzt, gut bekannt; als Freund des Sportwesens wird es ihm auch nicht schwer fallen, in der guten Gesellschaft festen Fuß zu setzen; den archäologischen Studien, denen er mit Leidenschaft obliegt, kann er im britischen Museum, dessen Schätze er längst kennt, mit Gemüthsleid nachgehen.

Neuesten Nachrichten zufolge ist Major Martyn mit den britischen Truppen, d. h. den indischen Sepoys, unter dem Befehl englischer Offiziere in Wadai angelangt und soll auch bereits Dusile erreicht haben, so daß die Zeit nicht mehr fern sein kann, wo Lord Kitchener von Norden und Major Martyn von Süden herkommend in Centralafrika zusammentreffen. Wie es scheint, hat die britische, von Uganda herkommende Truppe große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt; erst starben die Zugochsen und dann die Maultiere, so daß der Marsch große Verzögerungen erlitten. Besonders baut die englische Regierung eine Eisenbahn von Mombasa nach Uganda, die den letzten Nachrichten zufolge schon gegen 200 Meilen landeinwärts vollendet ist, während die Telegraphenlinie weitere 100 Meilen erreicht. Der Bau wurde im vorigen Jahre durch den Ausstand im Maschinenbau gewerbe verzögert, und auch die Eisenbahn hat unter den Zugtieren, welche das Material über das Trace schleppen mussten, grobe Verzögerungen angerichtet; jetzt geht der Bau regelmäßig vorwärts und der Schienenweg verlängert sich jeden Monat um etwa fünfzehn englische Meilen. Leider ist es eine schmalspurige Bahn, so daß, wenn einmal die beiden Bahnen, die von Kitchener dem Nil entlang gebaute breitspurige und die schmalspurige Ugandaebahn, zusammentreffen, das Rollmaterial gewechselt werden muß.

In Uganda selbst herrschen keine befriedigenden Zustände; es kommen beinahe täglich auf den verschiedenen Stationen Kämpfe vor und die Bevölkerung wird als träge gezeichnet, scheint jedenfalls nicht viel zu tun. Es ist daher die Rede davon, aus Indien die überschüssige Bevölkerung nach Centralafrika abzuleiten, was aber erst nach Fertigstellung der Eisenbahn möglich sein wird.

Sir William Harcourt hat den von einem liberalen Verein gemachten Antrag, die Zeuge der Parteileitung in Birmingham zu lösen, ernst genommen, und droht mit dem Rücktritt von der Leitung der Opposition. Es wird voraussichtlich zu dem Rücktritt kommen, auch wenn der Parteiausschluß in Birmingham die Angelegenheit nicht in die Hand nimmt; denn es herrscht eine große und seineswegs ungerechtfertigte Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen, vor allem mit der Art und Weise, wie Sir William Harcourt seine Aufgabe ausübt. Er ist mittlerweile ein etwas bequemer Herr geworden, berät sich nur selten mit den anderen Vorführern der Partei im Parlament und hat durchaus keine Fähigkeit mit der Partei im Lande selbst. Nun ist allerdings wenig Aussicht vorhanden, daß in absehbarer Zeit die liberale Partei wieder ans Ruder kommen wird, aber Sir William Harcourt hätte gleichwohl der Stimmung im Lande in seiner Kritik der Regierung besser Rechnung tragen sollen, statt auf den Vorbeeren auszuruhen.

England auf Kreta. — Ein Russen-Trunkspruch.

Die Londoner Zeitung Daily Mail erfährt, die gegenwärtige britische Besetzung von Kreta werde wahrscheinlich dauernd werden, obwohl sie nicht gleich sei mit der britischen Stellung in Ägypten. Man hatte zuerst gehofft, Kreta baldigst räumen zu können, aber nun sei man der Ansicht, die gegenwärtigen Zustände dürften eine Besetzung zur Folge haben, die viele Jahre dauern dürfte. So lange wie die Besetzung Ägyptens...

London, 16. Dezember. Bei einem Bankett der Anglo-Caucasian Oil Company (der englisch-kanadischen Petroleum-Gesellschaft) zu Ehren des russischen Kommissars für die Finanzangelegenheiten in London, Talitschew, hob dieser in Bezug-

wortung eines Toastes auf den Kaiser von Russland, herbor, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Russland bildeten eine wesentliche Bedingung für den Weltfrieden. Er wies mit "Vorfriedigung" darauf hin, daß die maßgebenden Persönlichkeiten in England zu einem freundschaftlichen Einvernehmen mit Russland reißen. Nachdem Talitschew sodann die Wichtigkeit der neuen englisch-russischen Gesellschaft betont hatte, fügte er hinzu, wenn in zwei Jahren der Augenblick für die Revision des Handelsvertrages mit Deutschland, der die Grundlage für die Handelsbeziehungen Englands mit Europa bilde, gekommen sei, solle England seine Wünsche formulieren in dem Vertrauen, daß die russische Regierung nicht verschleiern werde, sie in sorgsame Erwögung zu ziehen. Talitschew befürwortete weiter die Beteiligung englischen Kapitals an den russischen Handelsunternehmungen und erklärte, der russische Finanzminister Witte lege großen Wert auf die Konsolidierung der gegenwärtigen guten Beziehungen.

Vom Reichstage.

Mehrere nationalliberale Abgeordnete brachten einen Antrag über die Vorlegung einer Novelle zu dem Gesetz, betreffend den Verkehr mit Wein und weinartigen Getränken, ein.

Die Abgeordneten Graf Kildowström und Dietrich haben mit Unterstützung der konserватiven Fraktion im Reichstag den Antrag gestellt, zur Ergänzung des Strafgesetzbuchs unter den Vergaben die Bestimmung aufzunehmen, daß die Veröffentlichung von Geheimnissen durch die Presse, namentlich wenn das Bewußtsein obwaltet, daß die Kenntnis derselben auf unlauterem Wege erworben worden ist, mit Strafe belegt werden soll.

Die agrarische Interpellation, die Fleischnot betreffend, ist mit 106 Unterdriftern versehen, dem Reichstag zugegangen.

Zur Verhütung von Scrotum beabsichtigt noch der Post die freikonservative Partei eine Resolution einzubringen, die den Reichstag erfordert, behufs Herbeiführung internationaler Maßregeln zur Verhütung von Scrotumfällen und zur Sicherung des Lebens der Seeleute und der Seerelenden mit den übrigen Seemächten in Verhandlungen einzutreten.

Ein von der freikirchigen Vereinigung unterstützter Antrag Padonike-Rösle, der die Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise verlangt, ging dem Reichstag zu.

Die Konvention der amerikanischen Gewerkschaften.

Aus New York schreibt uns unser B.-Mitarbeiter vom 1. Dezember: Nicht vom deutschen Sozialismus, sondern vom englischen Trade-Unionismus wird die amerikanische Arbeiterbewegung beeinflußt. So lange der englische Arbeiter den politischen Klassenkampf noch nicht begriffen hatte, stand auch sein amerikanischer Bruder ganz im Banne der bürgerlichen Politik. Wirtschaftlicher Kampf und politischer Kampf waren für ihn zwei voneinander getrennte Gebiete. Und die dreißig Jahre deutsch-socialistischer Agitation in Amerika konnte ihn über den Widerspruch, in dem er sich befand, nicht aufklären. Erst der Umschwung im englischen Trade-Unionismus, wie er sich in den sozialpolitischen und sozialistischen Kongressbeschlüssen auspricht, hat einige der bedeutendsten amerikanischen Gewerkschaften veranlaßt, auf eine Revision der Taktik zu drängen.

Noch sind es Vorpostengefechte, die wir sehen. Und die Monatschriften der Gewerkschaften bilden den Schauplatz dieser Gefechte. Es giebt heute in Amerika nur wenige gewerkschaftliche Organe, die den sozialpolitischen Fragen der Zeit noch gleichgültig gegenüberstehen. Dagegen beschäftigen sich die meisten und einflußreichsten mit der Frage der unabhängigen politischen Aktion und mit dem Sozialismus. Sogar ein so konservatives Organ wie das der Ritter der Arbeit (Knights of Labor) brachte in seiner Novembernummer einen ausgezeichneten sozialistischen Artikel über die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten. Dabei ist die Kritik der alten gewerkschaftlichen Taktik sowie die Kritik der heutigen Gesellschaft so unwillig und jugendlich, wie man sie nur in der sozialistischen Presse Deutschlands vom Anfang der achtziger Jahre finden konnte.

Wie erfuhr man diese Diskussionen in gewerkschaftlichen Kreisen nicht, beweist die Thatache, daß der allgewaltige Herr Samuel Gompers, Präsident der Gewerkschafts-Föderation, sich doch herbeilte, in seinem Organe, dem American Federationist, den revolutionären Sozialismus zu widerlegen. Schlau und verschmitzt wie Gompers ist, hätte er sich nie mit dem Sozialismus beschäftigt, wenn er nicht genau gewußt hätte, daß das sozialistische Gift in den Gewerkschaften um sich greift.

Das wird ihm jedoch nicht helfen. Die Sozialisten sind nicht mehr aus der Föderation hinauszueilen. Und was ihnen an Zahl abgeht, ersetzen sie durch Energie, Gedankenstärke und Klassenbewußtheit.

Das erste größere Treffen wird auf dem am 12. Dez. 1898 stattfindenden Kongreß (Konvention) in Kansas City geliefert werden. Dort werden die Delegierten der amerikanischen Gewerkschaften — American Federation of Labor — versammelt sein, um über das Wohl und Wehe der organisierten Arbeiter Amerikas zu beraten. In erster Linie rückt die Typographische Union vor mit der Empfehlung an ihre Delegierten, auf der Konvention dafür zu wirken, daß die Gewerkschaften es sich zur Pflicht machen sollen, in ihren Versammlungen alle politischen und sozialen Probleme zu diskutieren, die auf die Wohlfahrt der Lohnarbeiter Bezug haben. Entscheidener ist die Resolution der Nationalen Union der Metallarbeiter. Sie lautet: "Wir verlangen, daß Artikel III, § 8, nach welchem politische Diskussionen in Gewerkschaftsversammlungen verboten sind, aus unseren Statuten gestrichen wird. Dafür aber ist zu inserieren: Diskussionen über irgend welches Thema, das die Arbeiter interessieren kann, sind gestattet. Jedoch soll keine Partei von den Arbeitern unterstützt werden, die den Klassenkampf und die Notwendigkeit der Abolition des Lohnsystems nicht anerkennt." Zwei ähnlich laufende Resolutionen liegen auch vor von den Holzarbeitern und Bierbrauern.

Die klugen und respektablen Arbeitersührer à la Gompers werden es diesmal nicht so leicht finden, die Konvention zu beherrschen. Jedoch ist nicht zu erwarten, daß die jetzige Konvention eine Mehrheit von Delegierten aufweisen werde, die für Annahme einer sozialistischen Resolution reif wären. Jedenfalls aber werden die betreffenden Diskussionen agitatorisch wirken und zur Befestigung der alten revolutionären Taktik viel beitragen.

Unser Genosse William Thorpe aus London wird als Delegierter der englischen Gewerkschaften der Konvention beitreten.

Stollenbutter!

wirklich feine Molkerel-Butter, à Pfd. 112 und 118 Pfg.
Ersatz für Naturbutter „Margarine“, à Pfund 60 Pfg.
Marke FF von A. L. Mohr, à Pfd. 65 Pfg.
Beste Schmelz-Margarine, à Pfd. 70 u. 80 Pfg.
I. Geschäft:
Tauchaer Str. 2, gegenüber d. Kristallpalast.
II. Geschäft:
Neuschönfeld, Kirchstr. 81, Ecke Eisenbahnstr.

Carl Bredow

früher Niederlage E. F. Krüger.

**Die Margarine-Werke
W. Bornheim & Schanzleb**
mit beschränkter Haftung
Köln-Ehrenfeld
liefern nur bessere resp. allerfeinste Sorten
Margarine

und ist die Erzeugung geringer minderwertiger Qualitäten grundsätzlich
stets ausgeschlossen gewesen.
Die Konsumenten werden gebeten, bei Einkäufen genau auf
die Firma zu achten, welche auf jedem Gefäß verzeichnet ist.
Vertreter: Tümmler & Gruner, Leipzig, Hainstrasse 7.

Umsonst erhält jeder Käufer, so lange der
Vorrat reicht, beim Warenkauf
von 5 Mk. an
1 Paar reizende Figuren
als Weihnachtsgeschenk.

Zum
bevor-
stehenden
Weihnachtsfest
empfiehlt als sehr
passendes Geschenk
sämtliche Haushaltungsgegenstände in
Porzellan, Emaille, Steingut, Glas und
Holz sowie Galanterie-, Bijouterie- und
Spielwaren in grösster Auswahl und
zu ganz enorm billigen Preisen.

S. Markendorf

L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 35.
Kaufhaus für Küchen- u. Wirtschaftsbedarf.
Billigste Bezugsquelle der Ostvorstadt.

Richard Ruhland, Schuhmacher



Plagwitz, Zschoch. Str. 31b, am Kanal
empfiehlt sein reichhaltiges Schuh- u. Stiefel-
lager von einfacher bis zur elegantesten
Ausführung zu billigen Preisen.
Maussarbeit u. Reparaturen schnell u. billig.

Backwaren
10 Prozent
Rabatt

G. O. Heinrich
Plagwitz
Karl Heine-Str.
75.

Die beste und ergiebigste Butter zum Stollen-
backen ist und bleibt echte bayerische Schmelz-
butter (garantiert reine Naturbutter) und
offertere id.

à Pfd. 98, 105 u. 110 Pfg.

à Pfd. 112 und 118 Pfg.

à Pfund 60 Pfg.

à Pfd. 65 Pfg.

à Pfd. 70 u. 80 Pfg.

früher Niederlage E. F. Krüger.

Ein- und Verkaufs-Geschäft
von L. M. Geldner

45 Sternwartenstrasse 45

lann jeder Arbeiter billig einlaufen: neue
und getragene Kleidung, Hosen, Jacken,
Pantoffs, Mützen, Bettlen, Wäsche, Schuhe,
Holz- und Handarbeiter, edle goldene Uhren
und aufgehende Uhren von 4 Mark an.

Kinderkörbe 3.— Mk.
Tragkörbe 2.75 Mk.

Einfache Kinder-
stühle . . . 45 Pfg.

Matratzen . . . 75 Pfg.

etc. etc.

Alle Reparaturen
schnell und billig.

R. Barth, Kurprinzenstrasse 24.
Ecke Windmühlenstr.

R. Ritter

Juwelier

17 Windmühlenstrasse 17

Nähe der Markthalle.

Weite Auswahl in Juwelen, Gold- u. Silberwaan.

Großes Lager Herrens u. Damen-Ketten.

Billige Kreise. Kleine Bedienung.

Spec. Massiv gold. Ringe.

Brillen, alt. Gold. u. Silb. w. In Gold. gen.

Reparaturen schnell, prompt u. billig.

Preis Mk. 2.50.

Die darin enthaltenen Rezepte sind
durchweg gut und erprobte, sowie klar
und verständlich abgefaßt, so daß wir
das auch äußerst sehr hübsch ausge-
gestaltete Buch als praktisches Weihnachts-
geschenk empfehlen können.

Sehrliche Buchhandlung

12152] Neumarkt 7b.

Kochbuch für drei und
mehr Personen.

Mit über 1000 Rezepten von

H. Lamprecht.

Preis Mk. 2.50.

Das bereits in vierter Auflage erschienene
Werk ist das Ergebnis langjähriger
Erfahrungen und enthält in
gemeinsverständlicher, knapper Form und
Deutlichkeit zahlreiche Lehren und Rat-
schläge, welche von einer ärztlichen
Autorität (Obermedizinalrat Dr. von
Kerschensteiner) begutachtet worden sind.
Frauen aller Stände sei das nützliche
Buch bestens empfohlen.

Sehrliche Buchhandlung

12152] Neumarkt 7b.

Die Mutter

von Marie Höglz.

Arztschwester und 25 Jahre Gebamme.

Preis Mk. 1.50.

Das bereits in vierter Auflage erschienene
Werk ist das Ergebnis langjähriger
Erfahrungen und enthält in
gemeinsverständlicher, knapper Form und
Deutlichkeit zahlreiche Lehren und Rat-
schläge, welche von einer ärztlichen
Autorität (Obermedizinalrat Dr. von
Kerschensteiner) begutachtet worden sind.
Frauen aller Stände sei das nützliche
Buch bestens empfohlen.

Sehrliche Buchhandlung

12152] Neumarkt 7b.

Steinkohlenstaub

groß, verkauft billig, solange der
der Vorrat reicht

Albert Reimann,

Anciere Tauchaer Straße 19.

Singer-Nähmaschinen

sind überall zu haben.

Hermann Schub, Petersstr. 94, i. Hof.

Spezialgeschäft in Nähmaschinen.

Alljährliche Weihnachtspreise!

Tuchreste

in Mähen, passen zu
Paletots, Anzügen, Blusenleidern
u. zur Kinderkleiderobe.

Neuerst billig!

Carl Hartmann

L.-Gohlis, Dorotheenstraße 11.

Naethers

Puppenwagen . . . Mk. 1.50

Triumphsäule . . . 2.50

Vorstellb. Kinderst. . . 4.50

Georg Popp, Panorama

Stößpl. neb. d. Markt.

Kleine Preise

Schniederartikel

von F. SEGER

Leipzig, Markt 10

in der Kaufhalle.

Reichenberg

16. Dezember

1898

Buchhandlung Arthur Gasch.

Zum Christmarkt: **Markt, 8. Reihe.**
Gleich am Rathaus-Durchgang.

Empfehlungen den Genossen: Schönste und billigste Bilder- u. Märchenbücher, Kinderbücher, Geschichtsbücher, Erd- u. Sternatlanten, 4 Mk. 1.20.
In Zeitschriften: Platen, Die Neue Heilmethode, Meyers Kl. Lexikon, Klassiker, Brehms Tierleben, Handatlas. Ferner: Brief- u. Postk.-Albums von 50 Pfg. an. Kalender, Arbeiterführer, Diaphanion-Glasbilder von 75 Pfg. an. Zugabe bei 9 Mk. 1.50: Bernsteinglas-Gitarrenspile mit Bild von Beethoven und Beethoven.

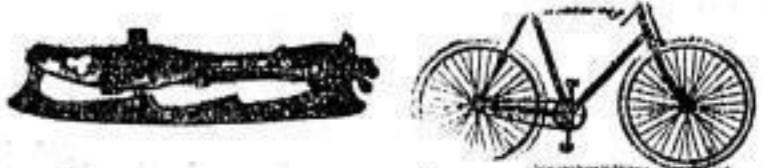
***** * *****
Butter-Special-Handlung
Robert Funke, Lindenau, Gundorfer Str.
billig frisch eingefangen
Stückchen-Butter von 53 Pfg. an.
Naturbutter, ausgezogen, Pf. von 1 Mk. an.
Molkerei-Butter und feinste Meierel-Butter.
Backbutter hochfein.

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum von Lindenau und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich das von Herrn Hugo Meyer, Lindenau, Dommerlingstraße 92, innegehabte Barbier- und Friseur-Geschäft läufig übernommen habe. Es wird mein ehrliestes Bestreben sein, die mich befrende Freundschaft in sauberster und zuverlässigster Weise zu bedienen.

Hochachtungsvoll
Paul Rudolph.

N.B. sauberste Ausführung häuslicher Haararbeiten. Puppenkunst.



Arthur Schäfer

16 Tauchaer Str. 16

empfiehlt sein großes Lager in Fahrrädern und Solinger
Stahlwaren mit anerkannt besten Marken.

Große Weihnachts-Ausstellung

in allen Wirtschaftsartikeln
Schlittschuh von 65 Pfg. per Paar an
Kinder Schlitten von 2.50 Mk. an
Wringmaschinen, Reibemaschinen, Familien-
wagen, Messer, Gabeln, Bestecke etc.
Kaffeemühlen, Plätzchen etc.

in allen Sorten und Preislagen.
Billigste Fabrikpreise! Streng reelle Bedienung!



Bücklinge Bahnkiste ca. 11—12 Pfd. Mark 1.45
Postkiste ca. 8 Pfd. . . . 1.20

Ostsee-Sprotten Kiste Mark 1.40

offert

[12080]

Rich. Pfeiffer, Ritterstrasse 31—33.

Als passende
Weihnachtsgeschenke

eignen sich besonders

Photographien

Pinkau & Gehler
Leipzig, Turnerstrasse Nr. 11.

Jetzt erteilte Aufträge

werden

bis zum Feste

noch prompt und sauber ausgeführt.

Günstigste Zeit für

Kinder-Aufnahmen

Wochentags von 10 bis 2 Uhr.

Staunenswert
sind die
billigen Preise
und die
Riesen-Auswahl
im
Warenhaus
Selmar Kraft
Lindenau.

Verkauf
nur
guter, brauchbarer Waren.

Wollseide Damenhemden mit Spangen
Grosse Barchent-Frauenhemden
Barchent St. 63,-
Großes Barchent-Mannhemden
Barchent St. 78,-
(Diese Hemden erregen wegen
der kolossalen Bildigkeit größtes
Staunen)
Herren-Normalhemden 63,-
Herren-Normaljacken 55,-
Herren-Unterhosen 68,-
Knaben-Unteranzüge 30,-
Frauen-Barchentunterhosen 78,-
Herren-Jagdwesten 130,-
Knaben-Jagdwesten 100,-
Hübsche Damen-Velourblusen 75,-
Velour-Frauenunterröcke 60,-
Kanten-Frauenröcke 90,-
Barchent-Betttücher, weiß
blau St. 48,-
Barchent-Betttücher, groß und
gut St. 65, 85, 105,-
Schlafdecken St. 135,-
Reizende Kopftücher St. 26 u. 48,-
Kinder- u. Damenkapotten von
35,- an
Damen-Regenschirme St. 83,-
Wischtücher St. 3 u. 8,-
Taschentücher St. 3, 4, 7, 11, 17,-
Damen-Korsette St. 43,-
Hosenträger für Knaben 9,-
Hosenträger f. Herren 25, 35, 47,-
Echt schwarze Frauenstrümpfe
Meter 50,-
Herren-Socken Vaar 22, 30, 35, 50,-
Schwarze Kinderstrümpfe
Vaar 30, 35, 40, 45, 52, 55,-
Handschuhe Vaar 8, 15, 20, 25,-
Halblama zu Haussfeldern
Meter 25, 28, 30,-
Betzeuge, waschecht, 1/2 Meter 27,-
Heimden-Barchent 70,-
Heimden-Barchent, prima 95,-
Heimden-tuch 16,-
Röhe Küchenhandtücher 9,-
Röhe Küchenhandtücher, 1/2 Meter
breit 19,-
Weiss u. bunt gestreifte Hand-
tücher 30,-
Rockfutter, schwarz u. grau 17,-
Tailenkörper 22,-
Kleider-Velours, schwere Qualität 42,-

Tüll-Gardinen
prachtvolle Auswahl, von 25 Pf. an.

Kleiderstoffe
viele Neuheiten, doppelbreit
Meter von 48 Pf. an.

Damenschürzen

reizende Neuerungen, von 15 Pf. an.
Blaudruckschürzen St. 50,-
Strickwolle, schöne Quai, Vld. 180,-
1/2 Vld. 30,-
Strickwolle, pr. weiche Quai, Vld. 225,-
1/2 Vld. 45,-
Pelz-Muffen 100, 135, 175,-
Kinder-Muffen 35, 65, 75,-

Für Weihnachten

empfiehlt
große Gelegenheitsposten:

Messer u. Gabeln, Scheren
Löffel, Portemonnaies
Cigarren-Güns
Schachspielzunge, Trompeten
Peitschen, Bankosten
Mundharmonika, Ziehharmonika.

Puppen
entzückende Sachen, spottbillig.

Entzückende
Schürzen
für Damen u. Kinder
anßerst preiswert.

Selmar Kraft
Lindenau, Markt 10.

Zuhrester
bei Heinrich Rost, Brühl 3
außerordentlich billig.



Buchdruckerei u. Verlagsanstalt der Leipz. Volksztg.
G. Heinisch.

für den Weihnachtstisch

empfehlen wir als besonders geeignet:
Illustrierter deutscher Jugendschatz.
(Hasenclerk's Vermächtnis.)
Preis elegant gebunden 1,50 Mark.

Buch der Jugend.

Für die Kinder des Proletariats.
Herausgegeben von Emma Adler.
Preis elegant gebunden 1,- Mark.

Bilderbuch für große und kleine Kinder.

Herausgegeben von J. G. W. Ditz.
3 Jahrgänge. 1893, 94, 95.
Preis je 75 Pf.

Herren- und Knaben-Garderobe
befindet sich jetzt **W. Palm** Reichstr. 37.

Auszug aus dem Preis-Courant:
Dauerhafte Arbeitshosen v. 1,80 M. an
Stoffhosen für Herren 2,70 " "
Elegante Herren-Hosen in
Stoff 4,50 " "
Westen 1,40 " "
Herren-Hosengürtel in Stoff 9,50 " "
Elegante Herren-Cheviot-
Anzüge in Stoff, zweitlig 12,25 " "
Eleg. Knaben-Anzüge 2,70 " "

Leipzigs billigste und grösste
Herren-Moden-Magazine.

Verkaufshäuser: **Gebrüder Rockmann**, Inh. Gottfr. Hühne.

Leipzig, Zeitzer Straße 24a.
Straßenbahn-Haltestelle: Sidonienstraße.
Fernsprecher: I, Nr. 8428.

L.-Reudnitz, Chausseestraße 49.
Straßenbahn-Haltestelle: Neud. iher Depôt.
Fernsprecher: I, Nr. 4202.

L.-Plagwitz, Karl Heine-Straße 30.
Straßenbahn-Haltestelle: Feilzenteller.
Fernsprecher: III, Nr. 5762.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht erhalten können.

Wir bitten höflich darum, doch nicht Straßenbahn-Guthaben auf
unsere Magazine zu legen, da wir diese nicht

